

elam

MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

**elam
fragt junge
Leute ★)**



Vietnam:

**Das
Mädchen
aus dem
Dorf der
Toten**

Bundesliga:

**Schleuder-
sitz für
Trainer**

Bildreport:

**Kongreß
Arbeiter-
jugend
kontra
Monopole**

„Ich heiße Astrid
und bin 16 Jahre
alt.
Meine Eltern
haben nichts
dagegen, daß ich
einen Freund
habe.
Von dem Spruch
„Trau keinem über
30“ halte ich nicht
viel.“



Unsere Eltern- besser als ihr Ruf?

elan

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski, Jürgen Laimer, Rolf Jürgen Priemer, Karl Hubert Reichel, Karl Heinz Schröder, Dr. Peter Schütt, Pastor Horst Stuckmann, Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

GESTALTUNG

coopcreative

Jerken Diederich / Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

ZWEIGBÜRO

6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacherstraße 65

VERLAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl.
Mehrwertsteuer / Jahresabonne-
ment DM 13,— einschl. Zustell-
gebühr

KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund, Kto. 10068742
Postscheckkonto Frankfurt/M.
Kto. 2032 90

Druck: HESKA,
Klein-Krotzenburg



P
FÜNIG
SACHS
HEN

Figur

Natürlich kann ich nicht garantieren, daß wir siegen. Aber ich kann garantieren, daß wir unser Bestes geben und eine gute Figur vor der Geschichte machen.

Dr. Frey bei der Gründung der faschistischen „Deutschen Volksunion“ in München.

Gardinen

Wir sollten alle dafür Sorge tragen, daß die Kommunisten immer hinter schwedischen Gardinen sitzen.

CDU-MdB Rollmann bei einer Straßendiskussion am Mönkebrunnen in Hamburg, Februar 71.

Juso '71

Saubere Jusos

Überschrift in der „Welt der Arbeit“ zu einem Artikel von Oberbürgermeister Jockel Fuchs über die kommunalpolitische Bundestagung der Jungsozialisten 1. 5. 1971

Vogel

findet Jusos flügel

Überschrift aus dem „Vorwärts“, 29. 4. 1971

Mit der Forderung nach der „Entwicklung von Bausystemen aus vorgefertigten Teilen und Baueinheiten, die zu Schulzentren zusammengefügt werden können“, begab sich der Kongreß tief in seine Problematik, die sonst die technischen Bauinspektoren in den Baudezernaten der Kommunen — zumeist erfolgreich — lösen.

Sozialistische Korrespondenz,
1. Mai-Ausgabe 1971.

... der hat Zähne

Die Führung dieser Partei hat sich dafür entschieden, dem kapitalistischen Hai die Zähne zu putzen. Sie will uns glauben machen, der Biß sei dann nicht mehr so schmerzhaft.

Manfred Kapluck (DKP) über die SPD, aus „UZ“, 1. 5. 1971.

Druck

Oder das Verbot der KPD, das noch immer aufrechterhalten wird! War da kein Druck im Spiel? Ging sie freiwillig in die Illegalität? Gingen ihre Funktionäre freiwillig ins Gefängnis?

„Neues Deutschland“, am 23. 4. 71 zu Klagen der „Welt“ über den politischen Druck in der DDR.

Beweis

Hugo Schreiber, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Hamburg: „Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Kollege Böhnert hat in seinem Diskussionsbeitrag geäußert, wenn man auf Tagungen und Konferenzen unbequeme Äußerungen macht, wird man es zu spüren bekommen, wenn man sich wieder zu Hause befindet. Diese Behauptung muß ich auf das schärfste zurückweisen. Diese Behauptung ist durch nichts bewiesen und kann durch nichts bewiesen werden. Ich werde die Frage unter Umständen durch ein Verfahren regeln lassen.“ (Pfiffe, Unruhe)

Aus dem Tagesprotokoll der 9. Jugendkonferenz der IG Metall.

Normalerweise

Innendienst an der Kartei für Personenfahndung, wo normalerweise mit einem Schußwaffengebrauch nicht zu rechnen ist.

Frankfurter Rundschau, 7. 4. 1971, über den neuen Arbeitsplatz des Westberliner Kriminalbeamten Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschöß.

Notstand

Das Abgeordneten-Hochhaus in Bonn ist von Ungeziefer befallen. „Der Spiegel“, 3. 5. 1971

Aufgespießt

Wenn einige über Ping-Pong-Diplomatie sprechen, sind wir unsererseits bereit, mit Präsident Nixon Fußball zu spielen. In der Tat stehen wir jetzt seit zwei Jahren mit ihm in Verhandlungen und haben den Ball in seiner Hälfte des Spielfeldes.

Der nordvietnamesische Delegations Sprecher bei der Pariser Vietnamkonferenz, Nguyen Thanh Le, über die jüngsten chinesisch-amerikanischen Annäherungsver-suche.

Scheiße

Genosse Warnecke, ich würde dich bitten, das Wort „Scheiße“ einmal inhaltlich zu füllen und nicht nur auf der Toilette zu produzieren, sondern hier in den Mund zu nehmen.

Hans Kolo auf der Münchener Unterbezirkskonferenz der Jungsozialisten zu einem Zwischenrufer, laut Süddeutscher Zeitung, 8. 2. 1971.

Bildhaft

„Arbeiterklasse — Springquell der Kraft der SED“

„Spürnasen jagen neue Reserven“.

Schlagzeilen auf der ersten Seite der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ am 26. 3. 1971.

Lieber Leser,



„Das Problem der öffentlichen Armut sei nur zu lösen, wenn der kleine Mann bereit sei, seinen Anteil zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben beizutragen. Die Parole ‚Die Reichen sollen zahlen‘ sei keine Antwort auf dieses Problem, denn die Investitionsbereitschaft der Unternehmer dürfe nicht leiden.“ (Frankfurter Rundschau, 10.5.71)

Diese Äußerung stammt nicht von Abs oder Flick, sondern von Heinz Kühn (SPD), Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Richtung ist klar: Genau wie unter den verschiedenen CDU-Regierungen soll der kleine Mann die Zeche der kapitalistischen Mißwirtschaft zahlen. Ob Willy Brandt und seine Bundesregierung, ob CDU/CSU oder Unternehmerverbände – darin sind sich alle einig. Das zeigen die jüngste Währungs- und die damit verbundene Wechselkursfreigabe der D-Mark drastisch.

Lohnstopp tönt es von der Bundesregierung; Lohnstopp tönt es von der CDU/CSU; Lohnstopp tönt es von den Großkonzernen und der ihnen hörigen Presse.

Dem Unternehmer-Blatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (14.5.71) gebührt der Dank für die offenerzogene Darstellung der konzertierten Aktion von Bundesregierung und Unternehmern gegen die arbeitende Bevölkerung: „Die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark ist in erster Linie als eine Maßnahme zu sehen, die die Unternehmer bei der Ablehnung überhöhter Lohnforderungen unterstützen soll.“

Daß die Unternehmerprofite – unabhängig von Lohnerhöhungen – weitersteigen werden, ist schon jetzt absolut sicher. So erhöhten die Farbwerke Bayer ihre Preise zum 1.4.1971 bis zu 20 Prozent mit Hinweis auf gestiegene Löhne, obwohl in der chemischen Industrie bis heute kein neuer Lohntarif abgeschlossen wurde. Und die Antwort der Bundesregierung auf diese unverschämte Profitmacherei: Sie verordnet der arbeitenden Bevölkerung und ihren Gewerkschaften praktisch einen Lohnstopp! Und als zusätzliches Druckmittel wird ganz offen das Gespenst der Arbeitslosigkeit an die Wand gemalt.

Dabei muß man wissen: seit November 1970 sind die Löhne in den Unternehmen um 3 Prozent gesunken (!), während gleichzeitig die Industriepreise um 5 Prozent anstiegen. Der DGB stellt dazu fest, daß die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen Ende 1970 um 11,5 Prozent und Anfang 1971 sogar um 13 Prozent gesteigert wurden.

Das macht deutlich: Hauptquelle der ständigen Preistreiberei und des Währungsverfalls ist die Profitgier des Großkapitals! Hinzu kommt als Ursache für die derzeitige Währungskrise in der kapitalistischen Welt die Bindung auch der D-Mark an den kriegskranken US-Dollar.

Obwohl der Dollar infolge des Unterrückungskrieges in Indochina ständig an Wert verliert, ändert sich an der offiziellen Parität DM = Dollar praktisch gar nichts. Mit anderen Worten: über den aus politischen Gründen künstlich gestützten Dollarkurs finanziert die Bundesregierung die US-Aggression in Indochina mit!

Dabei geht es nicht um Pfennige, sondern um einen jährlichen Betrag von 5 bis 6 Milliarden DM!

Die Zeche haben wir alle zu zahlen. Nicht nur durch überhöhte Preise, sondern auch durch eine friedensgefährdende Hochrüstungspolitik, die in absolutem Gegensatz zu den Verträgen von Moskau und Warschau steht.

Trotz aller Einschüchterungsversuche und Beschwörungen bleibt für die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften nur ein Mittel, um den Angriff von Großkapital und Bundesregierung abzuwehren. Dieses Mittel heißt aktive Lohnpolitik. Damit die Kaufkraft der Massen erhöht und somit die Arbeitsplätze gesichert werden. Außerdem sollten wir gemeinsam im Kampf durchsetzen:

- + Sofortiger Preis- und Mietstopp.
- + Wegsteuerung aller Spekulationsgewinne.
- + Lösung der D-Mark von dem kriegskranken US-Dollar.
- + Senkung der Rüstungsausgaben im Geist des Moskauer und Warschauer Vertrages.
- + Erhöhung der Steuern für das Großkapital, Kampf gegen die Steuerflucht.
- + Erhöhung der Massenkaukraft durch aktive Lohnpolitik und Teuerungsulagen zu Lasten der Profite.
- + Sofortige Rückzahlung der einbehaltenen Lohnsteuer-Vorauszahlung.

Auch unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung werden die Arbeitenden nur so viel an sozialen Verbesserungen erreichen, wie sie sich selbst erkämpfen.

Herzlichst

Hans-Jörg Arnische

INHALT

Arbeiterjugend

Heißer Sommer in Aussicht	4
Cleverer Jugendvertreter	8
Unternehmer-Sünden	8
Viermal Goldenes Vorhängeschloß	9

Eltern

Trau keinem über 30	10
---------------------	----

Sowjetunion

Wie der „Stern“ log	12
---------------------	----

Sport

Schleudersitz für Trainer	16
---------------------------	----

Jugendpolitische Blätter

DGB, Naturfreundejugend, Deutsche Jungdemokraten, SJD – Die Falken, Deutsche Post-Gewerkschaft, DBJR, SDAJ	19
--	----

Monats-Magazin

Jugendkonferenz der DKP	23
„Volkszorn“ gegen Linke	24
Kinder-KZ in USA	25
Skandal um Schülerzeitungen	25
URBS 71	26

Internationales

Das Mädchen aus dem Dorf der Toten	27
Bei jungen Revolutionären in Afrika	29

elan-Bücherkiste

	31
--	----

Song-Magazin

	32
--	----

Agitprop

	34
--	----

Film

	35
--	----

Leserpost

	36
--	----

Witze

	38
--	----

Fotos:

ap (1), Bavaria (2), dpa (1), Eckebrecht (1), Elsinghorst (1), Horstmüller (5), Rose (10), Rossenbach (4), Scholz (1).

Titelbild:

Rossenbach

Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ – 22./23. Mai in Recklinghausen

Heißer Sommer für Profitgeier



Gisela Holzmüller, Landesjugendleiterin der Naturfreunde Rheinland, auf der Abschlußkundgebung der Demonstration: „Gegen gemeinsame Aktionen sind die Antikommunismusbeschlüsse der SPD-Führung gerichtet, gegen das wachsende Streben nach Einheit und Solidarität. Der Antikommunismus hat der Arbeiterbewegung immer geschadet. Wir sind der Meinung: Die Diskussion unterschiedlicher Standpunkte darf nie abhalten vom gemeinsamen Kampf um gemeinsame Ziele.“





„Kämpfen wir gemeinsam für die Durchsetzung einer demokratischen Berufsausbildung, für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterjugend, für ein demokratisches Betriebsverfassungsgesetz und für drastische Erhöhung des Lehrlingsentgeltes und der Jungarbeiterentlohnung. Machen wir den Unternehmern Dampf! Stutzen wir heute den Profitgeiern die Flügel! Morgen werden wir sie dann vom Sockel stürzen!“

Brausender, rhythmischer Applaus erschütterte den Städtischen Saalbau in Recklinghausen, als Michael Gerber (Ortsjugendausschußvorsitzender der Hamburger IGM) diesen Appell an die 850 Delegierten des Kongresses „Arbeiterjugend kontra Monopole“ richtete.

Selbst bürgerliche Pressevertreter mußten anerkennen, daß Kampfbereitschaft, Begeisterung und eine große Sachkenntnis diese gewählten Vertreter von 500.000 Jugendlichen auszeichnete.

Die Bedeutung dieses Kongresses, der den Herrschenden einen heißen Sommer und Herbst versprach, wurde auch in zahlreichen Grußtelegrammen deutlich. Um nur zwei herauszugreifen: sowohl die 10. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (die gleichzeitig in Köln tagte), als auch die Soldatenversammlung der 4/46 aus Kassel begrüßten die antimonopolistische Stoßrichtung des Kongresses und wünschten vollen Erfolg.

Am Nachmittag des ersten Tages diskutierten die Delegierten nach kurzen Einführungsreferaten in fünf Arbeitsgemeinschaften. Dort ging es schwerpunktmäßig um ein neues Berufsbildungsgesetz („Kampf um Mitbestimmung ist Klassenkampf“), um die notwendige Aktionseinheit der Arbeiterjugend („Zersplitterung nutzt nur den Monopolen“), um den Kampf für mehr soziale Rechte und bessere Entlohnung („Prozenttarif muß her“), um die Situation der jungen Mädchen im Betrieb („Auf der Illustrierten vorn, in der Lohnskala hinten“) und um die internationale Zusammenarbeit der Arbeiterjugend („Solidarität mit allen unterdrückten Völkern“).

Überhaupt: Internationale Solidarität wurde ganz groß geschrieben. Vertreter von Arbeiterjugendverbänden aus verschiedenen westeuropäischen Staaten waren nach Recklinghausen gekommen. Unter ihnen Andre Diedrich, Arbeiter bei den derzeit bestreikten französischen Renault-Werken und Mitglied der Streikleitung: „Ich kann euch versichern, daß die Arbeiterjugend Frankreichs voll und ganz ihren Platz im Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind einnimmt, gegen die nationalen und internationalen Monopole, die die Jugend verstärkt unterdrücken und ausbeuten.“

Und diese Ideen waren es auch, die dann in die Öffentlichkeit getragen wurden — mit einer Demonstration, wie sie Recklinghausen seit 40 Jahren nicht mehr gesehen hat.

„Nixon und die Deutsche Bank, machen unsere Währung krank“ halte es durch Arbeitersiedlungen. Auf einer abschließenden Kundgebung beschworen Gisela Holzmüller (Landesjugendlei-

Bild links:

174 Delegierte ergriffen in den Arbeitsgemeinschaften und im Plenum das Wort. Unter ihnen: Gäste aus Frankreich, Griechenland und Italien.



Bild rechts:

Hunderte rote Fahnen und Transparente gaben der Demonstration ein kämpferisches Bild. Durch Recklinghäuser Arbeitersiedlungen hallten die Sprechchöre von mehr als 5000 Jugendlichen: „Nixon und die Deutsche Bank, machen unsere Währung krank.“



terin der Naturfreunde Rheinland), Rolf Priemer (SDAJ-Vorsitzender) und Christoph Strawe (Vorsitzender des gerade gegründeten Marxistischen Studentenbundes Spartakus) die Einheit von lernender und arbeitender Jugend als Erfolgsgrundlage im Kampf gegen das hochorganisierte Großkapital. Unmittelbar nach der Kundgebung luden Lehrlingszeitungen, elan und die Landesjugendpresse NRW zum Arbeiterjugendpressefest.

Stürmisch gefeierte Gäste waren das Kölner Straßentheater Interpol, Fasia, die Conrads, die Beatband „Exitus“ und Lerryn mit dem „Vorschlaghammer“. elan-Chefredakteur Ulrich Sander rief den Teilnehmern des „ersten Presseballs der Arbeiterjugend“ zu: „Wir haben mit unserer klassenbewußten Presse eine starke Waffe. Und diese Waffe müssen wir immer stärker, immer massenhafter einsetzen!“

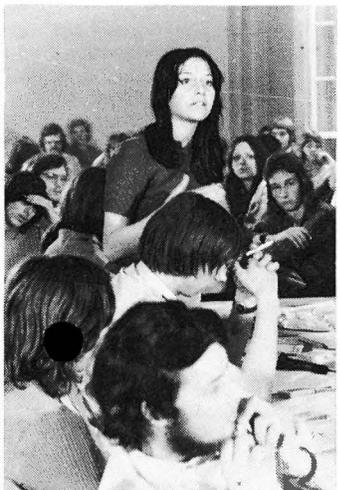
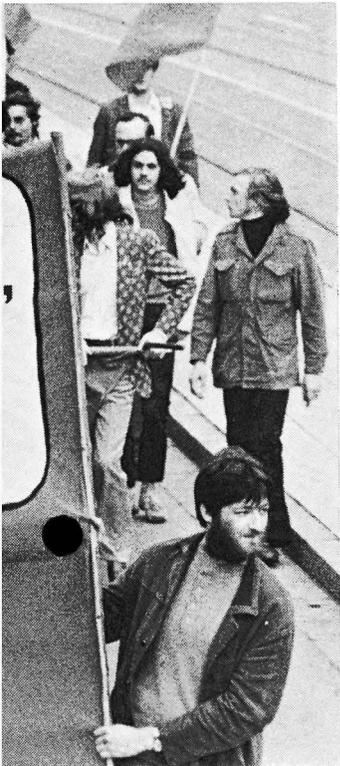
Obwohl der Presseball erst nach Mitternacht beendet war, traf man sich pünktlich um 9 Uhr



wieder zur Plenumsdiskussion. Deutlich kam zum Ausdruck: Dieser Kongreß wird der Lehrlings- und Jungarbeiterbewegung neue, kräftige Impulse geben. So z.B. im Kampf gegen den reaktionären Regierungsentwurf für ein neues Betriebsverfassungsgesetz.

Peter Schröder, DGB-Kreisjugendausschußvorsitzender in Wuppertal, drückte die Meinung aller Delegierten aus, als er in seinem Schlußwort formulierte: „Wir haben hier klagemacht, daß wir die Forderungen der Arbeiterjugend im entschlossenen Klassenkampf durchsetzen wollen und durchsetzen werden.“ Hans-Jörg Hennecke





Aufruf der Kongreßteilnehmer

Wir Teilnehmer des Kongresses „Arbeiterjugend kontra Monopole“ am 22. und 23. Mai in Recklinghausen, Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte, aktive Gewerkschafter, Vertrauensleute, Jugendvertreter, Berufsschulsprecher, Schüler und Studenten, wenden uns an alle jungen Kolleginnen und Kollegen.

Kämpft mit uns für die Grundrechte der arbeitenden und lernenden Jugend! Unsere Rechte werden uns Tag für Tag von den Reichsten der Reichen, von den Besitzern und Herren der großen Banken und Konzerne, von den Monopolen und ihren Helfershelfern in den Parteien, in der Regierung und im Staatsapparat verweigert. Unser Hauptfeind sind darum die Profitgeier, die der Jugend eine moderne Berufsausbildung, der Arbeiterklasse die Mitbestimmung und dem Volk die Demokratie vorenthalten! Sie pressen aus uns Milliardenprofite heraus, um damit eine friedens- und lebensbedrohende Rüstung zu finanzieren, den USA Devisenhilfe für ihren Vietnamkrieg zu leisten und faschistischen Regimen in Griechenland, Spanien und Portugal wirtschaftlich, politisch und moralisch den Rücken zu stärken.

Sie haben uns vor zwei Jahren ein Berufsbildungsgesetz zudiktirt, durch das die Lehrlinge weiter ausgebeutet statt ausgebildet werden, um ihre Rechte geprellt und zu lebenslänglichen Befehlsempfängern gedrillt werden sollen. Dieses Gesetz ist den Großkapitalisten auf den Leib geschrieben! Sie drohen uns jetzt mit einem Betriebsverfassungsgesetz, nach dem in den Betrieben alles beim alten und die Unternehmer Herr im Hause bleiben und den Arbeitern und Angestellten einschließlich der Arbeiterjugend jedes Mitbestimmungsrecht verweigert wird. Der Gesetzentwurf der Regierung ist den Großkapitalisten auf den Leib geschrieben und muß darum vom Tisch!

Schuld an der Misere sind einzig und allein die Monopole, die Flick, Abs und Thyssen und wie sie alle heißen. Gegen diese Profitgeier müssen wir den Kampf führen

- für eine demokratische und moderne Berufsausbildung;
- für ein Betriebsverfassungsgesetz, das der Arbeiterklasse und mit ihr der Arbeiterjugend eine wirksame Interessenvertretung gegenüber dem Großkapital ermöglicht;
- für echte Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften am Arbeitsplatz, im Betrieb, in Staat und Gesellschaft;
- für einen sofortigen Preis-, Miet- und Fahrpreisstopp, um zu verhindern, daß die Profitgeier uns den letzten Groschen aus der Tasche ziehen;
- für den Prozenttarif für Lehrlinge, für wirksame Lohnerhöhungen für alle Arbeiter und Angestellten;
- für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, um dem Großkapital das Geschäft mit der Angst, der Rüstung und dem Kalten Krieg zu vermiesen;
- für den Stopp der Militär-, Wirtschafts- und Finanzhilfe, die die westdeutschen Monopole auf unsere Kosten den USA für ihren schmutzigen Vietnamkrieg leisten.

Dafür wollen wir in den nächsten Monaten vielfältige Aktionen und Initiativen entwickeln, im Betrieb, auf der Straße, in der Öffentlichkeit, in Schulen, Universitäten und Kasernen.

Unsere Rote-Punkt-Aktionen, die Septemberstreiks, die Aktionen gegen die Neonazis und jetzt unser Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ haben gezeigt: Gemeinsamer Kampf der Arbeiterjugend gegen die Monopole ist möglich und führt zum Erfolg!

Stärkt die Gewerkschaften!

Macht die Gewerkschaftsjugend und die Arbeiterjugend stark!

Wir werden den Profitgeiern einen heißen Sommer und einen noch heißeren Herbst bereiten.

*Bild links (unten):
Heftigen Protest richtete
der Kongreß gegen die
Entlassung von aktiven
Jugendvertretern.
Gefeuert wurde, in den
letzten Wochen u.a.
Winfried Bäcker bei der
DEMAG in Wetter (uaser Bild).*

*Bild links (nebenstehend):
An der Demonstration
beteiligten sich auch
1000 Mitglieder des am
Vortage gegründeten
Marxistischen Studenten-
bundes Spartakus.*

Das Sonderangebot des Monats:



chants de la guerre d' Espagne

Lieder des spanischen Bürgerkrieges

(Sollten Sie diese Platte bis zum 30. 6. 1971 bei uns bestellen, erhalten Sie sie zum Sonderpreis von 15,— DM)

Gesamtkatalog anfordern!



**Weltkreis-Verlags-GmbH
Schallplatten**

**46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. 57 20 10**



Martin U.: „Kollegen, raus aus der Reserve!“

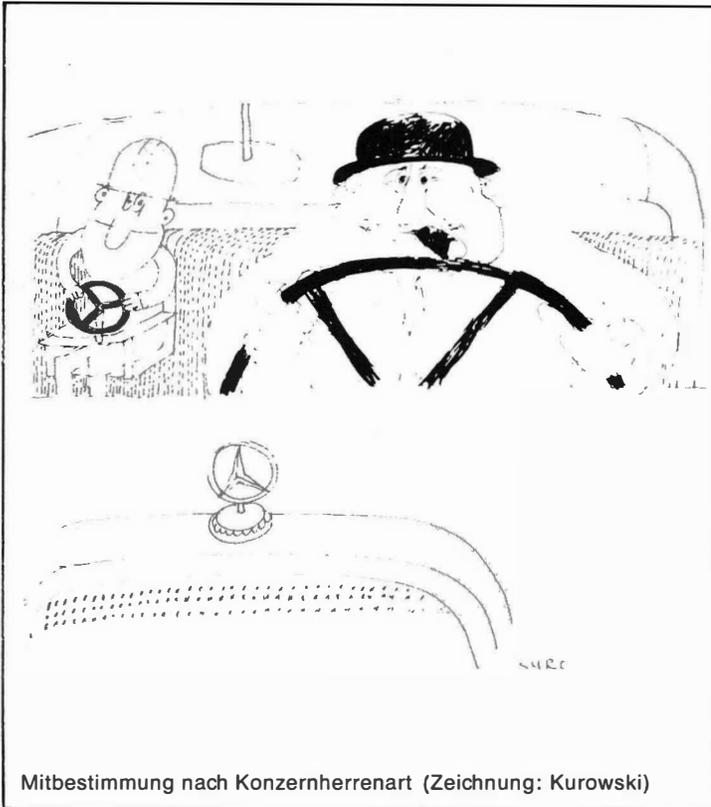
Klassenbewußte Kollegen in die Jugendvertretung!

Da ich selbst kein Lehrling bin, erfuhr ich nur zufällig von der nächsten Jugendversammlung. Nachdem mein Meister mir die Erlaubnis zum Besuch erteilt hatte, ging ich dorthin. Der Jugendvertreter gibt seinen letzten Tätigkeitsbericht. Ich glaube, er ist ein typischer Vertreter des durchschnittlichen Jugendsprechers: Von der Direktion bekommt man prinzipiell Absagen. Dem Betriebsrat ist man ebenfalls lästig, Unterstützung bekommt man von ihm bestenfalls für die Anschaffung eines Stempels oder für die Durchführung unpolitischer Diavorträge bei Jugendversammlungen. Jugend-

vertretung also als demokratisches Sandkastenspiel. Und da man die Notwendigkeit der Aktivierung aller Kollegen nicht begreift oder falsch auffaßt, ist man resigniert, schimpft mehr auf die „faulen“ Kollegen, als auf die ausbeutenden Bosse und fällt bei Verhandlungen mit diesen allzusehr schnell um. Genauso also unser Jugendsprecher. Es geht um die Berichtshefte. Die Direktion vertritt den unerschämten Standpunkt, daß der Sport und die monatlichen Jugendversammlungen eingeschränkt werden müßten, wenn die Berichtshefte während der Arbeitszeit geschrieben werden. Wohl-

gemerkt wäre diese Verfahrensweise hinsichtlich der Berichtshefte nur die Erfüllung der Weisungen des Berufsbildungsgesetzes. Und der Jugendsprecher? „Daraufhin haben wir natürlich unseren Antrag zurückgezogen“, erklärt er. Da melde ich mich zu Wort: „Bei allem Respekt vor der geleisteten Arbeit der Jugendvertretung finde ich, daß Ihr hier falsch gehandelt habt. Das ist doch reine Erpressung. Wir dürfen doch nicht auf unsere gesetzmäßigen Rechte verzichten! Wir müssen erreichen, daß die Vergünstigung des 14tägigen Sports und der monatlichen Jugendversammlung durch eine Betriebsvereinbarung rechtlich abgesichert ist und nicht für Erpressungen eingesetzt werden kann. Und dann wird das Berichtshefteschreiben während der Arbeitszeit eine Selbstverständlichkeit sein, die uns im Berufsbildungsgesetz zugesichert ist.“ Das ist der ganze Diskussionsbeitrag den ich an diesem Tage bringe. Aber viele Kollegen merken, daß hier jemand spricht, der sich nicht so schnell abwimmeln

läßt, der die Interessen der Lehrlinge konsequent vertreten würde. Zum Abschluß der Versammlung werden die Kandidaten für die Jugendvertreterwahl aufgestellt. Auch ich werde vorgeschlagen und erkläre mich zur Kandidatur bereit. 14 Tage später ist die Wahl. Mit den meisten abgegebenen Stimmen haben die Kollegen mich zum Jugendsprecher bestimmt. Inzwischen läuft unsere erste Aktion: Die Direktion hat auf unseren Antrag, Einsicht in die Beurteilungsbögen über die Lehrlinge nehmen zu können und vor der schriftlichen Abfassung angehört zu werden, mit einer harten Absage reagiert. „Diskussionen im Betrieb halten die Produktion auf“, heißt es da und in diesem Stil geht es weiter. Ein erster Anlaß, den Kollegen deutlich die Machtverhältnisse im Betrieb aufzuzeigen: Herr im Haus ist und bleibt der Kapitalist, solange wir uns das gefallen lassen. Übrigens hat mein Vorgänger jetzt auch wieder Mut gefaßt und arbeitet engagiert mit. Martin Unterberg



Mitbestimmung nach Konzernherrenart (Zeichnung: Kurowski)



Unternehmen - Sündenregister

Firma: Hotel Excelsior
Ort: Saarbrücken
Vorfall: Der Oberkellner ohrfeigt und beschimpft einen Lehrling, der eine Mineralwasserflasche fallengelassen hat.

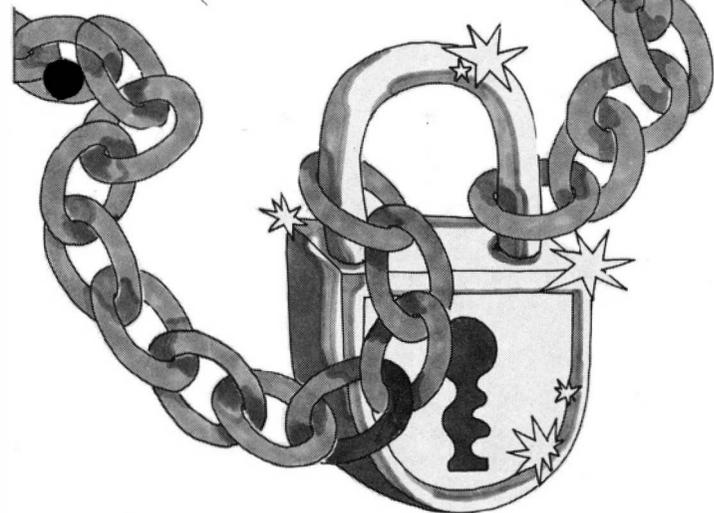
Firma: Novapax
Branche: Metall
Ort: Leer
Vorfall: Lehrlinge müssen Gesellen bei der Akkordarbeit helfen. Sie werden mit Hilfs- und Nebenarbeiten beschäftigt.

Firma: Homeyer
Branche: Elektro
Ort: Hamburg
Vorfall: Die Lehrlinge der Firma erhalten weniger Geld gezahlt, als der Tarifvertrag vorschreibt.

Firma: Schiesser
Branche: Unterwäsche
Ort: Radolfzell
Vorfall: 10 Lehrlinge des 4. Lehrjahres weigerten sich, ihre Berichtshefte in der Freizeit zu führen. Die Firma beurlaubte die Lehrlinge

arbeitenden Jugend

Viermal Goldenes Vorhängeschloß



Blohm & Voss, Hamburg: Eifriger Werksschutz

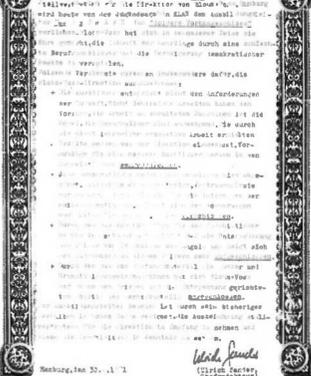
Das erste Goldene Vorhängeschloß des Monats Mai bekam die Firma Blohm & Voss in Hamburg im Auftrag des elan von SDAJern verliehen, einem Werk, dessen Ausbeuterpraxis den elan-Lesern spätestens seit dem Bericht in elan 8/70 hinreichend bekannt ist. Bei Blohm & Voss werden z. B. Lehrlinge an völlig veralteten Maschinen ausgebildet. Blohm & Voss ist auch für das schnelle Feuern von aktiven Belegschaftsvertretern bekannt: Zahlreiche Jugendvertreter und Vertrauensleute sind bereits entlassen worden.

Als ein ehemaliger Blohm & Voss-Lehrling dem berühmt-berüchtigten Ausbildungsleiter Max Bednarz — stellvertretend für die Direktion — das Goldene Vorhängeschloß überreichen wollte, verwies dieser ihn aus seinem Büro. Das Schloß sollte daraufhin beim Pförtner abgegeben werden. Als ein anderer Kollege diesen Vorgang im Bild festhalten wollte, stürmten plötzlich an die zwanzig Werkschutzleute auf ihn zu.

Der Fotograf konnte gerade noch entkommen. Der andere wurde zwecks Feststellung der Personalien festgehalten.

Als später bei Feierabend die Lehrlinge auf die Preisverleihung aufmerksam gemacht wurden, beschlagnahmte der Werkschutz die Flugblätter und rief gar die Polizei.

AKTION „GOLDENES VORHÄNGESCHLOSS“ URKUNDE



Kieserling & Albrecht, Solingen: »Unzufriedene Lehrlinge stören!«

Der Solinger Initiatorenkreis für den Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ hat einen großen Sünder entdeckt: die Firma Th. Kieserling & Albrecht. Elektrolehrlinge wurden monatlang damit beschäftigt, Leuchtstoffröhren auszuwechseln. Maschinenschlosserlehrlinge werden zum Fegen und Putzen herangezogen. Berichtshefte müssen zu Hause geschrieben werden — trotz anderslautender Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes. Die Solinger Unternehmer sind dabei, Absprachen zu treffen, die es den Lehrlingen unmöglich machen sollen, nach Abschluß ihrer Lehre die Firma zu wechseln. Und das Schwerwiegendste: in diesem Jahr bleibt die Lehrwerkstatt von Kieserling für die gewerblichen Lehrlinge geschlossen. Das Goldene Vorhängeschloß des elan wurde durch Solinger Jugendliche einem Vertreter der Geschäftsleitung übergeben. Dieser verstand die Welt nicht mehr: „Unzufriedene Lehrlinge stören doch nur!“

Schramm, Offenbach: Jugendvertreter wegrationalisiert

Ein weiteres Goldenes Vorhängeschloß wurde der Lackfirma Schramm in Offenbach verliehen. In Zeitungsanzeigen rühmt sich diese Firma einer „umfassenden, zukunftsorientierten Ausbildung“. Doch diese Behauptungen entsprechen nicht den Tatsachen. So wird seit Monaten die Verwirklichung des gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsplanes verhindert. Seit langem wenden sich Lehrlinge und Jugendvertreter gegen diese Mißstände. Jetzt erhielten die drei Jugendvertreter Toni Sauer, Klaus Seibert und Manfred Kaufmann, alle organisiert in der IG Chemie, die Kündigung zum Abschluß des Lehrverhältnisses. Als Grund gab die Geschäftsleitung „Rationalisierungsmaßnahmen“ an. Hier soll die Interessenvertretung der Jugendlichen im Betrieb wegrationalisiert werden. Mit einem

Brief wandten sich die drei Jugendvertreter an die Öffentlichkeit. Sie fordern Mitbestimmungsrecht für Jugendvertreter und vor allem Kündigungsschutz.

VW-Werk Baunatal/Kassel: Weißbuch für Lehrlinge

Im Kasseler Hermann-Schaft-Haus sitzen dreihundert Jugendliche und starren gebannt auf die Bühne. Schon lange ist es angekündigt: ein Tribunal der Arbeiterjugend gegen den VW-Konzern; ein Unternehmen, das sich überall gern wegen seiner „guten Ausbildung“ rühmen läßt. Doch hier auf dem Tribunal kommen die Lehrlinge zu Wort!

Es ist die Rede von völlig veralteten Ausbildungsmethoden. Wie anno dazumal ist das erste, was die Lehrlinge bei VW lernen: gründlichstes Feilen, lange und ausgiebig. Dazu kommen noch die Massen- und Serienarbeiten, zu denen Lehrlinge herangezogen werden, zum Beispiel Entgraten. Mitbestimmung für Jugendvertreter oder gar Kündigungsschutz ist bei VW genau so unbekannt wie anderswo. Aber trotzdem gibt es noch Unterschiede zu anderen Betrieben. Die Konzernleitung versteht es, Druck auf die Lehrlinge auszuüben. Die Ausbilder führen Weißbücher, in die sie jeden eintragen, der ihnen auffällt. Weder die Lehrlinge noch ihre Vertreter haben ein Recht auf Einsicht in die Bücher. Der Disziplinierung dienen auch so stupide Tätigkeiten wie gerade das Feilen. Dazu ein Lehrling: „Das ewige Feilen hat die gleiche Bedeutung wie das Exerzieren bei der militärischen Grundausbildung. Das braucht man, um Untertanen zu produzieren.“

Das Kasseler Arbeiterjugendgericht kam unter dem Beifall der Anwesenden zum Urteil: das VW-Werk ist schuldig der Lehrlingsausbeutung, der veralteten Berufsausbildung, an Verstößen gegen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes und der Verweigerung demokratischer Rechte für die Lehrlinge und jungen Arbeiter. Stellvertretend für den VW-Konzern wurde daraufhin das Goldene Vorhängeschloß des Jugendmagazins an den „Verteidiger“ des Arbeiterjugendgerichts verliehen.

Astrid



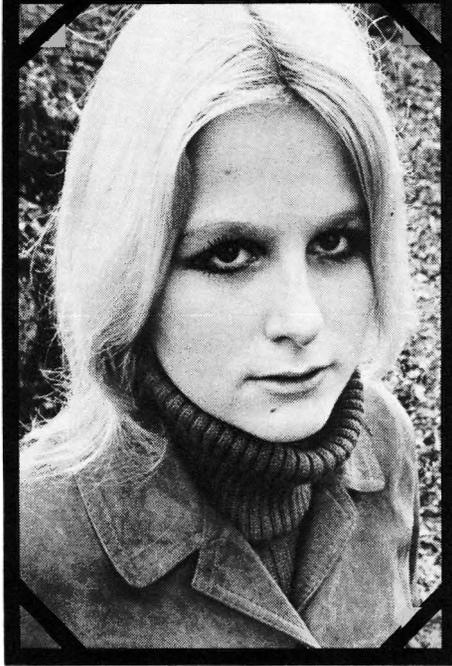
Astrid ist 16 und Schülerin. elan interviewte sie, und das erfahren wir außerdem: Sie wohnt bei ihren Eltern und muß abends um 21 Uhr im Hause sein. Ihre Eltern haben nichts dagegen, daß sie einen Freund hat. Sie geben ihr monatlich 75,- DM Taschengeld, was Astrid für nicht ausreichend hält. Sie hat ein eigenes Zimmer, das sie selbst gestalten kann. „In manchen Dingen“ hat sie andere politische Auffassungen als ihre Eltern. Von dem Spruch „Trau keinem über 30“ hält sie „nicht viel“.

Gabriele ist 17 und Mitglied der Naturfreundejugend. Bis zum Antritt ihrer Lehrstelle jobt sie und hat monatlich 560,- DM, die sie behalten darf, um alle Ausgaben davon zu bestreiten. Sie bestimmt selbst, wann sie nach Hause kommt und ob sie einen Freund hat. Ihre Eltern wären nicht damit einverstanden, wenn sie von zuhause wegzöge. Zum Verhältnis der Generationen meint sie: „Ich finde, die Einstellung zu den Dingen hat mit dem Alter nichts zu tun.“

Anne ist Lehrling und 19. Die Eltern schreiben ihr keine bestimmte Zeit vor, wann sie zu Hause sein muß; sie haben auch nichts dagegen, daß sie einen Freund hat. Bis zu „gewissen Grenzen“ darf sie ihr Zimmer nach eigenem Geschmack ausgestalten. Ihr Lehrlingsentgelt darf sie behalten, um Ausgaben für Kleidung usw. davon zu bestreiten. Ihr Taschengeld reicht nie. Sie ist „etwas“ politisch interessiert und Mitglied im Sportverein. Von der Redensart „Trau keinem über 30“ hält sie nichts, und sie findet die Fragen des elan „einmalig blöde“.

Marita ist ein 15jähriger Lehrling mit 50,- DM Taschengeld, was nicht reicht. Um 21 Uhr muß sie zu Hause sein; gegen ihren Freund haben ihre Eltern nichts einzuwenden. Sie hat kein eigenes Zimmer und würde lieber von den Eltern fortziehen, um ein eigenes Zimmer zu haben, aber die Eltern wären damit nicht einverstanden.

Gabriele



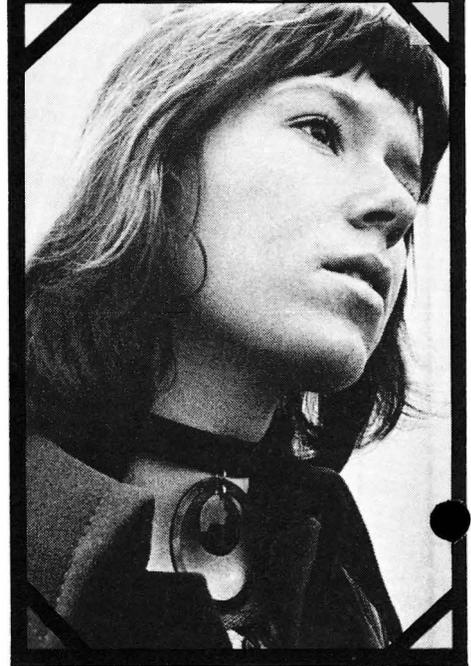
Was halten wir von unseren Eltern? Wie sind sie? Was denken wir über sie und sie über uns? In einer bergischen Großstadt haben wir Astrid, Gabriele, Anne und Marita getroffen und befragt. Ihre Antworten deuten nicht gerade darauf hin, daß sich zwischen ihnen und ihren Eltern ein permanenter Kleinkrieg abspielt. Also alles o.k.?

Der „Spiegel“ berichtete kürzlich über eine Umfrage unter Schülerinnen und Schülern (Nr. 13/71). Gefragt wurde, ob sie abends ohne Erlaubnis ausgehen dürfen. Ergebnis: „Jungen überwiegend ja, Mädchen zum großen Teil nein“. Also dürfen sich die Jungen mehr herausnehmen?

Wohl kaum einer, der sich nicht über solche Ungerechtigkeiten geärgert hat. Kaum eine Familie, in der der Vater nicht einmal „Herr im Haus“ sein will, weil er im Betrieb ja nie was zu sagen hat. Kaum einer, der nicht Redensarten wie „Solange Du noch Deine Beine unter meinem Tisch hast“ und „Warte bis Vater nach Hause kommt“ zu Fluchtplänen verleitet hätten – die dann meistens nicht verwirklicht werden.

Zum Beispiel Liebe. Bis zum 16. Geburtstag kommt es zur ersten Verabredung und zum ersten Kuß. Zum ersten Geschlechtsverkehr kommt es bei den Arbeitern durchschnittlich mit 18,4, bei den Arbeiterinnen mit 18,8 Jahren. Das alles stellte jetzt das Hamburger Institut für Sexualwissenschaft in einer Untersuchung über Sexualität unter Arbeitern fest. Es heißt dort „durchschnittlich“, denn 35 Prozent der Jungen und 30 Prozent der Mädchen hatten vor ihrem 17. Geburtstag intimen Kontakt. Man spricht von einem „Wandel im Sexualverhalten der Jugend“ und davon, daß sich „die Jugend zum großen Teil befreit hat von Anschauungen, die den Älteren manche Lust zur Last machten und machen“ („Der Spiegel“, Nr. 13/71).

Anne



Aber haben auch unsere Eltern ihre Auffassungen zum Sexualverhalten der Jugend geändert? „Was sollen denn die Leute von uns denken“ – als wenn die das etwas angeht. Kein Platz für unsere Liebe. Und überhaupt – als ob es nicht die Pille gäbe. Was sich Eltern oft so einbilden, findet ja nicht statt. Schreibt „Konkret“ über die Untersuchung der Hamburger Sexual-Forscher über die jungen Arbeiterinnen und Arbeiter: „Sie sind keine Anhänger von Promiskuität (häufiger Partnerwechsel), Austausch-Sex und wilden und hemmungslosen Orgien. Der Industrielltag läßt ihnen weniger Zeit für ein intensives Liebesleben. Sie sind für das Leben zu zweit.“ („Konkret“, 10/71)

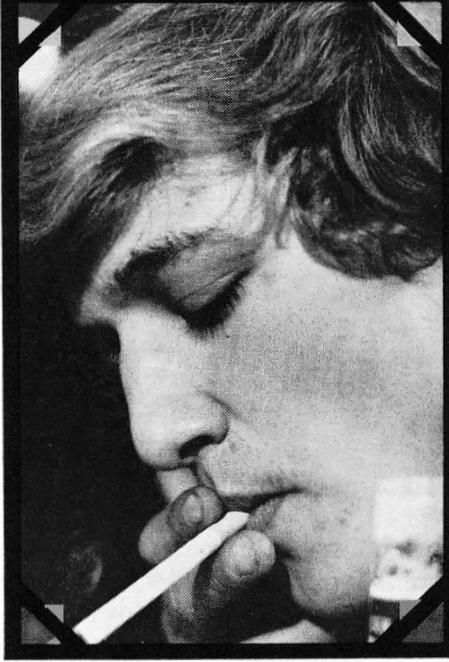
Aber läßt uns der Industrielltag überhaupt Zeit für ein intensives Leben? Nein. Daher sind wir oft so sauer über unsere Eltern und sie über uns. In diesem Industrielltag stecken wir alle mitten drin. In dem Fernsehfilm von Erika Runge „Ich heiße Erwin und bin 17 Jahre“ (elan 6/70) sagt der Lehrling Erwin: „Ich versteh meinen Vater ja ganz gut. Er mußte sein ganzes Leben immer gehorchen. Und jetzt ist er im Betrieb, da muß er auch gehorchen. Und wenn er dann zu Hause mal richtig auf'n Tisch hauen will und befehlen will, das muß man verstehen. Aber ich kann eben wieder nicht verstehen, daß er mich als seinen Untertanen haben will, dem er ewig befehlen kann. Ich möchte doch als Mensch mein eigenes Recht haben.“

Erwin hat schon richtig erkannt, daß sein Vater und auch seine Mutter – die immer ausgleichend-beschwichtigend dazwischen geht: „Dein Vater will doch auch nur Dein Bestes“ – Verhaltensnormen praktizieren, die diese kapitalistische Gesellschaft verlangt. Der Kapitalismus ist nicht an einem kameradschaftlichen und unterdrückungsfreien Verhältnis zwischen Eltern und Kindern interessiert. Einordnung, Gehorsam,

Marita



Erwin



Erwins Mutter



Trau' keinem über 30?

oder: Unsere Eltern sind besser als ihr Ruf

Pflichtgefühl, Sparsamkeit (sprich Genügsamkeit), Achtung – das sind die Tugenden, die von den Arbeitern im Betrieb erwartet werden. Diese Tugenden soll die Arbeiterfamilie den Kindern frühzeitig vermitteln, so will es auch das Gesetz: „Das Kind steht, solange es minderjährig ist (also bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres), unter der elterlichen Gewalt des Vaters und der Mutter“ (§ 1626 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Ein „deutsches Schülermagazin“ mit Namen „Underground“, das bis vor einem Jahr erschien, schrieb im Februar 1969: „Es gibt Haustiere in Deutschland, die darf man schlagen, ohne daß der Tierschutzverein dagegen protestiert. Über diese Haustiere darf man mit Gewalt herrschen, man hat das Recht, sie zu erziehen, sie zu beaufsichtigen und ihren Aufenthalt zu bestimmen. Die Tierchen sollen dafür noch dankbar sein. 19 Millionen Eltern halten sich in der Bundesrepublik diese beliebte Art von Haustier.“ Das Schülermagazin kam zu dem Ergebnis: „Todesurteil für Eltern.“ Aber für welche Eltern? Für die Eltern der Arbeiterfamilien oder der Bourgeois-Familien? Selbst im bürgerlichen Denken befangen, sagte „Underground“ zu dieser Frage nichts. Karl Marx hingegen stellte 1866 fest: „Wenn die Mittel- und höheren Klassen ihre Pflichten gegen ihre Abkömmlinge vernachlässigen, so ist das ihre eigene Schuld. Teilnehmend an den Vorrechten jener Klassen ist das Kind verurteilt, unter ihren Vorurteilen zu leiden. Mit der Arbeiterklasse steht es anders.“

Nach Meinung der Naturfreundejugend-Funktionäre Jürgen Laimer, Gerlinde Huber, Peter Hegholz und Gisela Holzmüller steht es so mit der Arbeiterklasse: „Die Abhängigkeit und Unterdrückung, die der Arbeiterjugendliche in der Familie erfährt, ist die Weitergabe der Unterdrückung, die die

eigenen Eltern im Produktionsprozeß erfahren. Dies zu erkennen heißt, die gemeinsame Klassenidentität der Eltern und der Arbeiterjugendlichen erkennen. Emanzipatorische (auf Befreiung gerichtete) Interessen des Arbeiterjugendlichen sind emanzipatorische Interessen der Arbeiterklasse. Ausschlaggebend für ihre Situation ist ihre Stellung im Produktionsprozeß, ist die Tatsache, daß sie vom Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen sind. Entscheidend ist, daß sie, um leben zu können, ihre Arbeitskraft an Besitzer von Produktionsmitteln verkaufen müssen, welche diese ausbeuten. Für sich produzieren die Arbeiter den Lohn, für die Kapitalisten den Profit, immensen Reichtum und die Mittel ihrer Macht.

Der Gegner des Arbeiterjugendlichen sind nicht die Eltern, sondern die Monopole. Die emanzipatorischen Interessen auf die Familiensituation zu reduzieren (beschränken) hieße in der Tat, das herrschende System zu stützen. Der Jugendliche aus bürgerlichem Elternhaus hat dagegen lediglich seine Unabhängigkeit vom Elternhaus zu erkämpfen, es sei denn, er verbünde sich als Sozialist mit der Arbeiterklasse und stelle sich außer gegen seine Familie auch gegen seine Klasse.“ (aus „Schnittpunkt“ Nr. 1/71)

Also kein „Todesurteil“ und nicht weglaufen. Kein zerfleischernder Generationskonflikt, den uns viele aufdrängen wollen. (Das lenkt so schön ab vom Klassenkampf). Mit den Eltern reden! Sie für die Auffassungen und Probleme der Arbeiterjugend aufgeschlossen machen. Darum geht es.

Unsere Eltern sind besser als ihr Ruf (und dieser „Ruf“ wird übrigens gerade von der bürgerlichen Presse gern verbreitet!).

Was meinen die elan-Leser dazu? Schreibt uns Eure Meinung! Auch Eltern sind zur Stellungnahme eingeladen. Die Diskussion beginnt.

„Sie waren freundlich. Vergnügt lächelten sie uns an, lachten, als Robert Lebeck die Kamera auf sie richtete, zogen dem kleinen Mädchen die Mütze zurecht und drehten ihm das Gesicht zur Kamera. . . gute, freundliche Menschen, ebenso freundlich wie ärmlich, das Land ist voll von ihnen.“

Und dann geschah es. Ein Mann kam auf der weithin menschenleeren Straße von nirgendwo, griff nach Lebecks Kamera, dann waren sie zu dritt, derbe Fäuste, verhaltene Rufe. . .“

Das ist keine Textprobe aus dem neuesten Kriminalroman von Mickey Spillane, das gehört auch nicht zu den noch unveröffentlichten Abenteuern von Asterix und Obelix. Mit dieser Schilderung begann vielmehr eine „Bericht“ genannte Fortsetzungsserie im „Stern“ (Nr. 14 vom 23. März 1971), niedergeschrieben von den Herren Rolf Winter und Robert Lebeck.

hämmerten sie eine mehr als 60 Illustrierten-Seiten starke Fortsetzungsserie in die Maschine. Und schon fünf Wochen nach dem Taschkenter Frühlingssturm spuckten die Rotationsmaschinen des „Stern“ in einer Auflage von fast zwei Millionen Exemplaren die erste Folge über jene Reise in das „offenkundig schöne, aber rückständige“ Land auf den Markt.

„Misthaufen neben Moscheen“

In den folgenden Wochen wurde Millionen Bundesbürgern auf diese Weise ein Bild von der Sowjetunion vermittelt, wie es in den letzten Jahren kaum einmal mehr die Springer-Presse zu zeichnen wagte. Da wimmelte es nur so von „Slums“ und „zerlumpten Kolchosbauern“, da gab es „sorgfältig präparierte Touristenziele“ und gleich daneben eine – laut „Stern“ – „armselige Wirklichkeit“, voll von „Bettlern“ und „defekten Klos“.

Darüber hinaus steht in fast jedem Park ein betrunkenen Rotarmist mit „rostigen Uniformknöpfen“ herum, die „Hamsterzüge“ aus der Provinz nach Moskau sind zum Bersten gefüllt, es stapeln sich die „Misthaufen neben Moscheen“, und „wer nicht schmiert, kann keinen Babyschnuller kaufen“.

Schlimmer noch: gleich in der ersten Folge

IHR STERN LÜGT, HERR NANNEN!



Über ein Paradebeispiel journalistischer Sorgfaltspflicht

Von Reinhard Junge

Wochenlang hatten sich die beiden Reporter in vielen Städten der Sowjetunion herumgetrieben, und sie hatten mit Methoden gearbeitet, die aus dem Waffenarsenal der Acht-Groschen-Journalisten des Hauses Axel Springer stammten. Immer auf der Suche nach weiteren Fotos aus der Krötenperspektive waren sie schließlich bis nach Turkestan, in die Stadt Taschkent, gekommen.

Dort aber – siehe oben – wurden die verirrtten Knaben von einigen Sowjetbürgern aufgegriffen und fürsorglich per Flugzeug dorthin zurückbefördert, von wo sie aufgebrochen waren: nach Hamburg, ins Redaktionsgebäude der auflagenstärksten Wochen-Illustrierten der Bundesrepublik.

Nachdem sich Lebeck und Winter von ihrem Schrecken erholt hatten, gingen sie frischen Mutes ans Werk. Binnen weniger Tage

des Lebeckschen Wintermärchens lernen wir einige sowjetische Geheimpolitisten kennen, die ein „dünn, siegessicheres Lächeln“ zur Schau tragen und „aus netten, alten Frauen angstvolle Lügner und Denunzianten“ machen. Und dann taucht auch noch ein „Büro der Politpolizei KGB“ auf („fensterlos, warme Stickluft“), und jener unvermeidliche Zivilist mit dem „Kintopp-gesicht eines brutalen Politkommisars“, der seinen „verkrüppelten linken Zeigefinger“ unaufhörlich auf eine Tischplatte trommeln läßt.

Angesichts dieser Leistungen der „Stern“-Journalisten wird sich ihr Kollege vom Konkurrenzblatt „Quick“, Hans Günther Kon-salik, der alljährlich einen neuen „Roman einer Liebe in Rußland“ zusammenstümpert, in diesem Sommer gewaltig strecken müssen.

Menschenverachtende Arroganz

Am 21. Juni 1941 marschierten 220 faschistische deutsche Divisionen in die Sowjetunion ein. Bis hin zur Wolga wurden Städte und Dörfer niedergebrannt, kaum eine Brücke blieb unzerstört, Millionen Menschen wurden als Arbeitsklaven auf die Felder der pommerschen Junker und in die Fabriken der Flick, Krupp und Thyssen verschleppt. 20 Millionen Bürger der UdSSR wurden auf den Schlachtfeldern getötet, in Gaskammern und Genickschußanlagen ermordet.

Einige Wochen bevor sich der Tag des vertragsbrüchigen Überfalls auf die Sowjetunion zum dreißigsten Male jährt, fahren zwei Journalisten, Bürger der imperialistischen Bundesrepublik, nach Minsk, Moskau, Kiew. Wie verhalten sie sich?

Die aus Schutt und Asche wiederaufstehenden Städte und Dörfer hatten Lebeck und Winter kaum einen Blick. An den Denkmälern für die Gefallenen und Ermordeten gingen sie achtlos vorüber. Und daß man sie mit ihren unbestechlichen Leicas nicht in hochmodernen Fabriken herumschnüffeln ließ, kommentieren sie mit unschuldsvoller Entrüstung – als wenn nicht schon lange vor der Geheimdienst-Serie des „Spiegel“ bekannt gewesen wäre, wer solche Fotos in der

Die Methode des Vertuschens

Lebeck und Winter sind wochenlang durch ein Land gereist, das innerhalb von fünf Jahrzehnten Jahrhunderte übersprungen hat.

Dieses Land hat niemals in seiner Geschichte völlig ruhige Grenzen gehabt. Dieses Land hat nicht nur, im Gegensatz zu der Politik der imperialistischen Raubmächte, keine anderen Völker ausgeplündert, sondern es hat durch fünf schwere Jahrzehnte hindurch den marxistischen Parteien nichtsozialistischer Länder und den um ihre Befreiung ringenden Völkern der Erde aufopferungsvolle, selbstlose Hilfe geleistet.

Dieses Land konnte in weiten Gebieten Sibiriens die allgemeine vierjährige Schulpflicht erst zu einer Zeit einführen, als Lebeck und Winter vielleicht schon in der ersten Klasse einer Realschule oder eines Gymnasiums saßen – eine direkte Folge der Ausplünderung durch den Zarismus, durch die Erdölhyänen und Kohlengrubenbesitzer aus Schweden, den USA und aus dem imperialistischen Deutschland.

Im „Stern“ wird so etwas verschwiegen, im „Stern“ steht auch nicht, daß die UdSSR jetzt die Einführung der allgemeinen zehnjährigen Schulpflicht beschlossen hat.

Durch dieses Land, das heute die wirtschaft-

zeug eben diesem Moskauer Vertrag gegolten hat?

Doch, auch Winter und Lebeck scheinen solche Menschen getroffen zu haben. Aber im „Stern“-Jargon „ölen“ die ja nur „rote Kalendersprüche“ herunter, die man „auch mit Wodka“ nicht mehr ertragen kann. Die sind einfach nicht interessant genug – für den „Stern“ und seinen Chefredakteur, den ehemaligen Offizier einer Propagandakompanie der Hitlerwehrmacht.

Die Methode der Halbwahrheiten

Sicher: die Herren Lebeck und Winter haben nicht gelogen, wenn sie berichten, daß es in der Sowjetunion Fälle von Disziplinlosigkeit und des Versuchs, sich persönlich zu bereichern, gibt. Aber die Urheberrechte für diese „Entdeckung“ liegen nicht beim „Stern“. Die Bürger der Sowjetunion wissen, daß der Aufbau des Sozialismus ein schwieriger, oft widerspruchsvoller Entwicklungsprozeß ist. Sie sind gegenüber negativen Erscheinungen nicht blind. Und ist es etwa ein Zeichen der Schwäche, wenn die sowjetischen Kommunisten auf ihrem 24. Parteitag offen über diese Dinge diskutiert und Maßnahmen zu ihrer Überwindung beschlossen haben?

Sicher: es kommt auch vor, daß ein bestimmtes Ersatzteil für einen „Wolga“ oder „Moskwitsch“ nicht sofort lieferbar ist. Diese Feststellung traf zuletzt der 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans auf dem Parteitag.

Aber es ist nur die halbe Wahrheit, wenn man sich wie Lebeck und Winter ausführlich über gewisse Mängel der Organisation der Produktion mokiert. Die ganze Wahrheit ist: Hunderttausende von Sowjetbürgern produzieren statt jener Ersatzteile Fliegerabwehraketen für Vietnam, Panzer für Ägypten, Traktoren und Werkzeugmaschinen für Kuba und Korea.

Sie verzichten dabei bewußt sowohl auf ein paar Radkappen als auch auf jene jährlichen Milliarden Rubel, die sie auch zur Schaffung von noch mehr Wohnraum verwenden könnten. Sie betrachten das als einen selbstverständlichen Akt internationaler, proletarischer Solidarität. Aber für eine solche Haltung darf jemand, der auch weiterhin beim „Stern“ oder irgendeinem anderen bürgerlichen Blatt beschäftigt sein will, keinerlei Verständnis aufbringen.

Die Methode des Verschweigens

Während in vielen Ländern der Erde auch Nicht-Kommunisten begannen, die Dokumente und Materialien des 24. Parteitages der KPdSU durchzuarbeiten, übergangen Lebeck und Winter dieses Ereignis, als handele es sich dabei lediglich um die Jahreshauptversammlung des Fußballvereins von Karaganda.

Auf diesem Parteitag wurden auch die Ergebnisse des 8. sozialistischen Fünfjahrplans bekanntgegeben. Sie sind derart imponierend, daß allein das reine Zahlenmaterial für

Die Parteislogans hält man nicht aus, auch nicht mit Wodka

Kriwoj Rog: Kommunisten zertrümmern den Gemeindesaal

Not macht auch in der Sowjetunion funderisch

In Riga fischt diese Frau vertrocknete Blumen aus dem Müll. Wenige Minuten später wird sie diese Blumen zu verkaufen versuchen. Schnittblumen sind auch im Sommer chronisch knapp und nur auf dem „freien Markt“ für viel Geld zu haben.



Die rote Moral ist aus den Fugen

Aus trister Wirklichkeit die Flucht in den Wodka

Die Sowjetunion heute – Mehr Widerstand als je zuvor

In Tiflis wird gehaucht

Bundesrepublik als erster und am gründlichsten auswertet.

Hämisch grinsend registrierten sie, daß es in der Sowjetunion Ehen gibt, die deswegen scheitern, weil junge Leute wegen immer noch fehlender Wohnungen manchmal für Jahre zu den Eltern ziehen müssen und dort niemals wirklich allein sind – obwohl doch vielleicht auch Vater Lebeck und Vater Winter dabei gewesen sind, als die heute fehlenden Wohnungen von faschistischen Bomben und Granaten zerstört wurden.

Sie fotografierten Menschen während einer Arbeitspause, Menschen mit zwangsläufig abgespannten Gesichtern – und höhnisch schreiben sie das Wort „Paradies“ neben das Bild im „Stern“. Wundern sie sich wirklich darüber, daß die Bürger der Sowjetunion solche Besucher hinauswerfen?

lich, politisch und militärisch bedeutsamste Kraft des sozialistischen Lagers ist, sind Lebeck und Winter mehrere Wochen gereist. Haben sie dabei wirklich nur Leute getroffen, die sich die Wände ihrer Wohnung mit westlichen Zigaretenschachteln tapezieren, als ihren kostbarsten Besitz „eine amerikanische Schallplatte mit mildem Beat“ betrachten und „vom Westen reden... wie Christenmenschen vom Paradies“? Haben sie wirklich nicht einen Menschen getroffen, der sie gefragt hat, wann nun endlich der Vertrag ratifiziert wird, wann die alten Nazigenerale aus der Bundeswehr hinausfliegen und die Wehrpflichtigen der Bundesrepublik nicht mehr auf den „Fall Rot“ gedrillt werden?

Ist es etwa nur mir allein passiert, daß die zweite Frage des Taxifahrers in Irkutsk oder des Nachbarn in einem sowjetischen Flug-

Blätter wie den „Stern“ eine Nummer zu groß ist: Man muß sie verschweigen, um sich nicht selbst zu entlarven.

So wurde im Verlauf des letzten Planjahr-fünfts die industrielle Produktion der Sowjetunion um insgesamt 49 Prozent, die landwirtschaftliche Produktion um 21 Prozent im Jahresdurchschnitt gesteigert.

Bei stabilen Preisen hat sich im angegebenen Zeitraum das Durchschnittseinkommen der Arbeiter und Angestellten um 26 Prozent erhöht, und es wurde mehr neuer Wohnraum geschaffen, als jemals zuvor in der Geschichte der UdSSR innerhalb einer solch kurzen Zeit: mehr als eine halbe Million Quadratmeter.

Zugleich wurden auf diesem Parteitag neue Ziele abgesteckt, neue Aufgaben formuliert. Der neue Fünfjahresplan wurde verabschiedet. Er sieht eine weitere Anhebung der Mindesteinkommensgrenze, einen verstärkten Ausbau des Bildungs- und Gesundheitswesens und eine Steigerung in der Konsumgüterproduktion vor, wie es sie in der UdSSR noch nicht gegeben hat.

Darüber hinaus beschlossen die 5000 Delegierten des Parteitages ein gesellschaftspolitisches Arbeitsprogramm, das einen weiteren Ausbau der sozialistischen Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen vorsieht. Zu all dem hatte der „Stern“ nichts zu sagen. Statt dessen brachte er am 18. April eine neue Folge seiner Märchenserie auf den Markt. Titel: „Die rote Moral ist aus den Fugen!“ Umfang: fünf Seiten, 17.000 Schreibmaschinenanschlätze aus den Fingern gesogenen Textes.

Da berichteten Lebeck und Winter zum Beispiel, daß der Wodka-Konsum seit der Einführung der Fünf-Tage-Woche in der UdSSR um 25 Prozent gestiegen sei: „Der Wodka und seine epidemische Verbreitung ist das legitime Kind der Sowjetwirklichkeit von heute.“

Da belustigten sie sich über eine vorgebliche Verhaltensvorschrift der Sowjetarmee, in der die geschlechtliche Enthaltensamkeit als oberste aller Tugenden gewürdigt worden sei.

Möglich, daß ihnen die Landsknechtsmentalität jener amerikanischen Soldaten und Offiziere genehmer ist, die in jedem „befreiten“ Land die materielle Not der Menschen dazu ausgenutzt haben, ganze Jahrgänge junger Mädchen in die Prostitution zu treiben – siehe Kaiserslautern, siehe Saigon.

Die Frage des Systems

Damit hätten wir den wesentlichen Punkt erreicht: den Zweck dieser ganzen Serie.

Lebeck und Winter werden nicht müde, in jeder Fortsetzung mehrfach zu wiederholen, daß all die üblen Dinge, die sie gefunden, aufgebauscht oder erfunden haben, einzig und allein auf das System des Sozialismus zurückzuführen seien.

Bewußt sehen sie alles mit den Augen der Bourgeoisie, und wenn sie von der Sowjetunion reden und eine vereinzelt Erschei-



IHR STERN LÜGT, HERR NANNEN!

20 Millionen Sowjetbürger fielen im Kampf gegen den Faschismus. Zehntausende von ihnen wurden, wie dieser Partisan, von SS und Hitlerwehrmacht zur „Abschreckung“ öffentlich ermordet. 30 Jahre später baut der „Stern“ mit seinen Trunksucht-Märchen eine neue Untermenschen-Theorie auf.



Nirgendwo werden pro Kopf der Bevölkerung so viele Bücher wie in der UdSSR gedruckt. Literatur-Verkaufsstände, wie dieser hier in Omsk, sind stets dicht umlagert. Auf der Suche nach Leuten, die West-Schallplatten lieben, ist den „Stern“-Reportern entgangen, welche kulturellen Bedürfnisse für Sowjetbürger in Wirklichkeit repräsentativ sind.

Fabrikhallen wie die Endfertigung dieses Röhrenwerkes blieben den „Stern“-Journalisten verschlossen. Ihren Ärger darüber entluden sie in einem antikommunistischen Schauermärchen.



nung für das Wesen des Staates und das Wesentliche für eine vereinzelte Erscheinung erklären, dann tun sie das mit voller Absicht. Wer mit den Maßstäben bourgeoisen Konsumdenkens den Wert des Sozialismus am Zustand irgendeiner Landstraße in der Ukraine mißt, der will mit voller Absicht verschweigen, daß eine U-Bahn-Fahrt durch ganz Moskau nur fünf Kopeken kostet, daß die Höhe der Wohnungsmieten nicht von der Profitgier großer Siedlungsgesellschaften bestimmt wird und daß die Klassenschranken im Bildungs- und Gesundheitswesen ein für alle Male gefallen sind.

Wer einige jugendliche Hörer der „Stimme Amerikas“ für Repräsentanten der sowjetischen Jugend erklärt, der unterschlägt in diffamierender Absicht, daß die überwiegende Mehrzahl der sowjetischen Jungen und Mädchen einen anderen Kulturbegriff und ein anderes gesellschaftliches Bewußtsein hat, daß gerade die Jugend der Sowjetunion eine hervorragende Schrittmacherrolle bei der weiteren industriellen Erschließung Sibiriens, auf den Weizenfeldern Kasachstans und in den Forschungsinstituten der Akademie der Wissenschaften spielt.

Wer einen künstlichen Gegensatz zwischen dem Aufbau des Sozialismus und den persönlichen Liebesbeziehungen der Menschen zueinander aufbaut (als ob es eine „Breschnew-Doktrin“ gäbe, die den Sowjetbürgern verbietet, sich zu lieben), der will darüber hinwegreden, daß in den kapitalistischen Staaten die Beziehungen der Geschlechter durch eine eigens dazu geschaffene und auch vom „Stern“ propagierte Ideologie des Pseudosex pervertiert werden. Wer jene in der Sowjetunion öffentlich angeprangerten Fälle des Sich-Vergehens am Volkseigentum verabsolutiert und als eine ursächliche Folge des gesellschaftlichen Systems zu deklarieren versucht, der will verschweigen, daß der Raub der von den Menschen geschaffenen Werte durch die großen Monopole charakteristischer Wesenszug des Kapitalismus ist.

Wer die sowjetische Wirklichkeit von heute anhand einiger verabsolutierter Mängel unter Aufbietung aller rhetorischen und demagogischen Mittel der bürgerlichen Publizistik als ein einziges Chaos der Unterdrückung hinstellt, wer ein (überdies verzerrtes) statisches Bild von Oberflächen- und Randercheinungen zeichnet – der tut dies zum Zwecke der Volksverdrummung, der Manipulation des Bewußtseins, der leugnet bewußt den dynamischen Prozeß der Vorwärtsentwicklung der Länder des Sozialismus, der lenkt in voller Absicht vom Klassencharakter der Bundesrepublik ab und will den Menschen einreden, daß es keine Alternative zum Kapitalismus gebe. Und genau das hat der „Stern“ getan.

Der „Stern“ – ein liberales Blatt?

Es ist gewiß kein Zufall, daß dieser „Sowjetunion heute“ betitelt Bericht ausgerechnet zur Zeit des 24. Parteitages der KPdSU erschienen ist, und es ist nicht minder bezeich-

nend, daß er im Auftrag des „Stern“ geschrieben wurde.

Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hat bewiesen, daß die Ideen von Marx und Engels keine Hirngespinnste waren. Die Existenz des von der Sowjetunion geführten sozialistischen Weltsystems bringt täglich erneut den Beweis, daß die Helden der Pariser Kommune und der deutschen Novemberrevolution von 1918 nicht für eine Utopie gefallen sind. Der Sozialismus ist nicht nur eine denkbare, sondern die einzig mögliche und historisch zwingende Alternative zum Kapitalismus. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, ihn zu erkämpfen.

Die Ausbeuterklassen aller Länder haben seit 1917 nichts auf der Welt mehr gefürchtet, gehaßt und bekämpft als diese Wahrheit: den Beispielcharakter der Sowjetunion. Um sie zu verleumden und damit das eigene System der Unterdrückung zu rechtfertigen, ist ihnen jede Lüge, jede Verleumdung willkommen, bedienen sie sich aller Mittel, die dazu geeignet erscheinen, den Staat und damit Wirklichkeit gewordenen Sozialismus verächtlich zu machen und zu verteuflern.

Dies – und nichts anderes – war der Auftrag, mit dem Henry Nannen die Herren Lebeck und Winter in die Sowjetunion geschickt hatte.

Die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages hatte das Rechtskartell zur Entfaltung einer breiten antikommunistischen, profaschistischen Hetzkampagne veranlaßt. Das Ziel: die Ratifizierung mußte verhindert werden. Auf der anderen Seite aber hatte der 24. Parteitag der KPdSU erneut dokumentiert, welche eine geschichtliche Kraft mit der Sowjetunion entstanden ist. Die Wahrheit über seine Ergebnisse zu hören, das hätte manchen Bürger veranlaßt, gründlicher über die Notwendigkeit der Ratifizierung nachzudenken. Aus diesem Grunde wurde wieder einmal ein antisowjetisches Schauer-märchen aus erster Hand gebraucht.

Daß dieses Märchen ausgerechnet im „Stern“ erschien, der vorher schon die anti-sowjetischen Memoiren der Stalin-Tochter Swetlana und die gefälschten Erinnerungen Chruschtschows abgedruckt hatte, das war der Clou an der ganzen Sache.

„Stern“ – das ist für viele Leute immer noch ein Hauch von Liberalität. Im „Stern“ schreibt Sebastian Haffner, ein Mann großen journalistischen Kalibers und unbestritten antifaschistischer Gesinnung. Im „Stern“ erscheinen jene illustrierten-Berichte über den verbrecherischen Krieg in Indochina, die der Wahrheit noch am nächsten kommen. Und im „Stern“ wird hin und wieder ein General der Bundeswehr der Bestechlichkeit überführt. Somit war der „Stern“ das geeignetste Forum, die Sowjetunion und mit ihr den gesamten Sozialismus zu verleumden – Nannens Wochenblatt war einfach am glaubwürdigsten.

Für elan-Leser:

BARRAS REPORT

heißt ein neues Buch über die Bundeswehr.

Gefreiter Reinhard Junge schrieb sein „Tagebuch einer Dienstzeit“

(mit Dokumentenanhang)

Subskriptionspreis: DM 3,10

Sie sollten diese Möglichkeit nutzen und Ihre Bestellung bis zum 20. 6. 1971 aufgeben.

Denn danach wird dieses Buch nur noch zu einem höheren Preis zu erhalten sein.

Ich/Wir bestelle(n) hiermit Exemplare des Buches von Reinhard Junge Barras-Report

zum Sonderpreis von 3,10 DM je Exempl.

Name: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Unterschrift: _____

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Bundesliga: SCHLEUDERSITZ FÜR TRAINER

Klaus Waller

„Herbert Burdenski wurde gebeten, mit einem Trainerwechsel einverstanden zu sein, um der derzeitigen kritischen Situation zu begegnen.“ Mit diesen Worten gab der Vorstand des Fußball-Bundesligisten Rot-Weiß Essen den „Rauschmiß“ seines Trainers bekannt.

Der Grund: Die Mannschaft hatte in den letzten Spielen nur 2:14 Punkte geholt und war damit auf einen Tabellenplatz in der „Abstiegszone“ gerutscht.

Daß Herbert Burdenski bis zu dieser Niederlagenserie die Rot-Weißen auf einen guten Mittelplatz in der Tabelle gebracht hatte und daraufhin sein Vertrag erst wenige Wochen zuvor bis 1972 verlängert worden war, hatte plötzlich genauso wenig Bedeutung wie die Tatsache, daß unter der Leitung Burdenskis der Rekord aufgestellt wurde, 52 Spiele hintereinander zuhause ungeschlagen zu sein.

Danach fragte, wie gesagt, niemand mehr. Und danach hatte man auch bei den 44 vorhergegangenen Trainer-Entlassungen in der Bundesliga kaum einmal gefragt. Ein Platz im letzten Drittel der Bundesligatabelle – und der Trainersessel wird zum „Schleudersitz“.

Aber nicht nur existenzbedrohte Vereine greifen in letzter Zeit zum „Wundermittel“ Trainerwechsel. Wie weit die Sitten inzwischen verwildert sind, zeigte sich zu Anfang dieser Saison:

Bei Kickers Offenbach wirkte der ehemalige Dortmunder Nationalspieler „Aki“ Schmidt als Trainer. Der Verein belegte einen soliden Mittelplatz. Zu dieser Zeit wurde „Startrainer“ Rudi Gutendorf bei Schalke 04 entlassen.

Der Vorstand des Offenbacher Vereins schaltete schnell: Am folgenden Sonntag wurde Schmidt lakonisch mitgeteilt, daß er „fristlos entlassen“ sei; am gleichen Tag übernahm Rudi Gutendorf das Training.

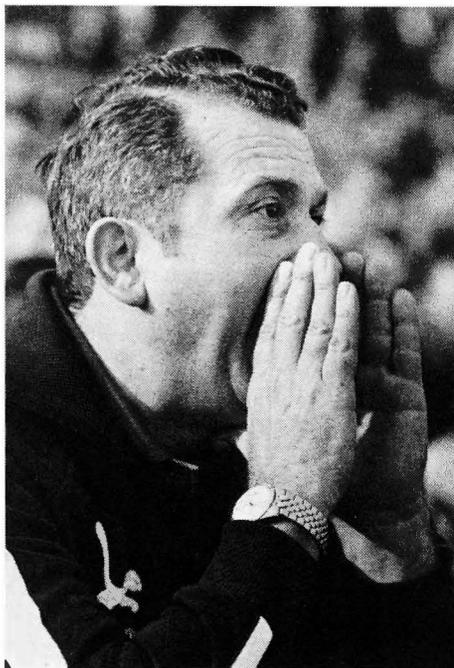
Gut vier Monate später hatte Gutendorf die Offenbacher auf den letzten Tabellenplatz geführt, im Europapokal der Pokalsieger und im DFB-Pokal war jeweils nach der ersten Runde Schluß. Gutendorf mußte seine Sachen packen. . .

Nun ist es keineswegs so, als stünden entlassene Trainer plötzlich mittellos auf der Straße. Da sie ja mit den Vereinen jeweils Verträge abgeschlossen haben, die von Vereinseite gekündigt werden, erhalten sie im Regelfall ansehnliche „Abtrittsgelder“.

So konnte es soweit kommen, daß Trainer wie Rudi Gutendorf oder etwa der zur Zeit in Spanien tätige Max Merkel, jahrelang „Enfant terrible“ spielen konnten und dabei noch steinreich wurden.

Im Gegensatz zu der unlauteren Art, wie etwa „Aki“ Schmidt oder Herbert Burdenski ihrer Tätigkeit enthoben wurden, waren die Entlassungen Gutendorfs nämlich in der Hauptsache durch den Trainer selbst provoziert worden.

In Schalke legte er sich mit dem eigenwilligen Vorsitzenden Günter Siebert und der gesamten Mannschaft an. Siebert nach dem



Trainer Burdenski: gefeuert

Ausscheiden Gutendorfs: „Entscheidend war, daß Herr Gutendorf ständig das Selbstvertrauen unserer Mannschaft untergrub, unsere Spieler schlecht machte und das Ansehen Schalkes schädigte.“

Gutendorf bereitete also seine Entlassung über Monate hinweg vor. Als es soweit war, bekam er 100 000 Mark in die Hand, damit man ihn los war.

Ähnlich war es dann vier Monate später bei Offenbach, wo Gutendorfs selbstherrliche Art ebenfalls entscheidend zu seinem Rauschmiß beitrug. Hier erhielt Gutendorf 70 000 Mark, damit er verschwand. 170 000 Mark in gut vier Monaten (zusätzlich zu dem in dieser Zeit verdienten Trai-



Trainer Gutendorf: provozierte

nergehalt natürlich) – das reicht, um einmal richtig auszuspannen. Und das macht Gutendorf nun trotz einiger Angebote von Bundesligaklubs auch.

Die „Sport-Illustrierte“ bezeichnete den Trainer als „eine Mischung aus Pater Lepich und Udo Jürgens“ und traf damit wohl hundertprozentig ins Schwarze.

Er selbst fühlt sich völlig unschuldig daran, daß er so oft schon bei einem Bundesligaverweilen vorzeitig entlassen wurde. „Dummheit, Eitelkeit und Prestigesucht“ gibt er als die Ursachen an, die ihn jeweils zum Ausscheiden zwangen.

Dummheit, Eitelkeit und Prestigesucht – die sieht Gutendorf natürlich bei den ande-



Nürnberg: Vor leeren Rängen (oben)
Schalke 04 gegen Bayern München (unten): Der Trainer trägt das Risiko

ren. Und dort ist sie sicherlich auch vorhanden. Aber in Gutendorf haben die erfolgsbesseren Bundesligavereinsvorstände ihren passenden Gegenspieler gefunden, auf den diese Charakterisierungen mindestens ebenso gut zutreffen.

Nun, in der überwiegenden Mehrzahl der Trainerwechsel während dieser Saison liegt die Lage anders als in den Fällen Gutendorf. Die Vereine, ohnehin schon bis zum Hals mit Schulden beladen, entlassen glücklose Trainer, um auf einen besseren Tabellenplatz zu kommen. Das Geld, das sie dem Trainer als „Abfindung“ zahlen müssen, hoffen sie, durch einen besseren Zuschauerandrang wieder hereinzubekommen.

Dabei aber haben sie oft die Rechnung ohne die Aktiven gemacht. Denn auch der beste Trainer kann aus einer Mannschaft mit mittelmäßigen Spielern keinen Meisterschaftsanwärter formen.

Um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, kann es eigentlich nur eine Alternative geben: Freiwillige Begrenzung der Trainergehälter (Max Merkel verdiente zum Beispiel bei 1860 München 17 000 Mark monatlich). Dazu konsequente Vertragserfüllung, kontrolliert durch den Deutschen Fußball-Bund.

Aber die Erfahrungen der letzten Jahre, auch im Hinblick auf die verantwortungslose Entwicklung bei den Handgeldern der Fußballstars, lassen keinen Optimismus zu. Trainer der Bundesliga werden weiterhin auf dem Schleudersitz bleiben – und dabei kassieren.

Und die Vereine werden weiterhin ihren Schuldenberg durch unnötige Trainerwechsel erhöhen.

„Italienische Zustände“ sind schon lange auch in der Bundesliga eingekehrt.



Schalke 04 gegen Eintracht Frankfurt: Kassieren auf dem Schleudersitz



Jean Villain

DIE GROSSEN 72 TAGE

Etwa 300 Textseiten · 100 Seiten Bildteil
Pappband etwa 17,80 M

Ein Report über die Pariser Kommunarden

Dieses Buch ist mit keinem der üblichen Gedenkbände vergleichbar. Zeitungsartikel, Flugblätter, Briefe von Augenzeugen, Polizeiberichte, militärische Lage-meldungen und Tagesbefehle, Plakate, Zeichnungen und Fotografien – das alles ist gemeinsam mit Auszügen aus Memoiren und wissenschaftlichen Wer-ken zu einem authentischen und eindrucksvollen Bild der Pariser Kommune von 1871 vereinigt worden. Der Text von Jean Villain stellt die Verbindung zwischen den einzelnen Quellen und die Beziehung zur Gegenwart her. Im Pariser Alltag von heute werden die Spuren der Pariser Kommune gesucht. Zudem untersucht Villain auch die Rolle Preußens und die Hintergründe der bismarckschen Reichsgründung und ermöglicht so dem Leser Rückschlüsse auf hundert Jahre europäischer Geschichte.

A report on the Communards of Paris

This volume does not belong to the general run of books commemorating historical events. Newspaper articles, leaflets, letters from eyewitnesses, posters, drawings and photos, together with extracts from memoirs and reference books, produce a striking and authentic picture of the 1871 Paris Commune. Jean Villain's text units past with present and traces the effects of the Paris Commune in modern Paris. In addition he deals with the role of Prussia and the background to Bismarck's modern German Empire, thereby covering the last hundred years of European history.

Verlag Volk und Welt / Kultur und Fortschritt

DDR-108 Berlin, Glinkastraße 13-15

jugendpolitische blätter

Ordnungsfaktor oder Kampforganisation?

Außerordentlicher DGB-Bundeskongreß beschloß neue Satzung (Düsseldorf, 14./15. 5. 1971) / Von Hans-Jörg Hennecke

„Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften bekennen sich zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein.“

Um keine Satzungsbestimmung rangen die 430 Delegierten des außerordentlichen DGB-Bundeskongresses so heftig, wie um diese Passage. Kernfrage der Diskussion war: Ist der soziale Rechtsstaat in der BRD bereits Realität, so daß es um seine Sicherung und seinen Ausbau geht, oder muß diese Formulierung des Grundgesetzes erst noch wirklich werden? Und: Kann man von „weiterer Demokratisierung“ der Wirtschaft sprechen, denn das unterstellt ja, daß bereits demokratische Ansätze vorhanden sind?

Das gültige Grundsatzprogramm des DGB stellt fest, daß in der Bundesrepublik die alten Besitz- und Machtverhältnisse wieder hergestellt worden sind – und die waren nach gängiger gewerkschaftlicher Einschätzung alles andere als demokratisch.

Noch auf diesem außerordentlichen Bundeskongreß erklärte DGB-Vorsitzender Heinz-Oskar Vetter unter dem Beifall der Delegierten: „Fragen wir uns nach den Grundlagen der Gewerkschaftsbewegung, so stehen wir heute wie vor hundert Jahren vor demselben Tatbestand: der sozialen Unterlegenheit und Abhängigkeit des Arbeitnehmers.“ Und: „Nach wie vor werden wir unser Augenmerk darauf richten müssen, diese Gesellschaft mit all ihren Abhängigkeiten, Zwängen, undurchsichtigen Machtverhältnissen von Grund auf zu verändern.“

Trotzdem bekannten sich etwa Dreiviertel der Delegierten zu der eingangs zitierten Formulierung. Otto Brenner, IGM-Vorsitzender und lange Zeit als konsequent linker

Gewerkschafter angesehen, kämpfte besonders verbissen für diese konservative Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in unserem Lande. Denn für ihn sind, wie er in einem Diskussionsbeitrag bekannte, Rationalisierungsschutzabkommen und Einführung der Fünf-Tage-Woche bereits „gesellschaftsverändernde Erfolge.“ So profiliert auch die Gegner dieser Einschätzung auftraten (Philip Pless: „Wir entwickeln uns nicht zur Demokratie, sondern von der Demokratie weg“), sie konnten sich nicht durchsetzen.

Reform des DGB – diese Aufgabe hatten sich die Delegierten gestellt. Damit verbunden war die Fragestellung nach dem Selbstverständnis des DGB: Sollen die Gewerkschaften Ordnungsfaktor im spätkapitalistischen Gesellschaftssystem sein, oder aber Kampforganisation? In den Diskussionsbeiträgen wurde die von Unternehmern und Bundesregierung geforderte Rolle als Ordnungsfaktor strikt abgelehnt. In der neuen Satzung ist diese Ablehnung aber zumindest stark verwässert worden. Es wird in der Zukunft somit alles davon abhängen, wie stark junge und ältere Gewerkschafter auf der Position des progressiven Grundsatzprogramms beharren und in der Praxis die Gewerkschaften als Kampforganisationen entwickeln. Das ist möglich und notwendig, wie

nicht zuletzt die Tarifaueinandersetzungen der letzten beiden Jahre zeigen.

Wie schon auf vergangenen Kongressen, wurde auch diesmal Unbehagen deutlich, was die altersmäßige Zusammensetzung und die soziale Struktur dieses höchsten DGB-Organs betrifft: Nur fünf Delegierte waren unter 30 Jahre alt und 238 der 430 Mandatsträger sind hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre.

Lag es an der altersmäßigen Zusammensetzung oder an dem Übergewicht des hauptamtlichen Elements oder an beidem, daß alle Anträge der DGB-Jugend – die auf mehr Demokratie orientiert waren – vom Kongreß abgelehnt (bzw. als erledigt betrachtet) wurden? Eine bezeichnende Demonstration im „Jahr des jungen Arbeitnehmers“ ist es allemal.

Trotzdem: Weglaufen nutzt nichts. Zur Gewerkschaftsjugend zählen eine Million junge Menschen! Sie haben die Kraft, eine hervorragende Rolle in der Gesamtorganisation zu spielen, die – wie Franz Woschek vom Bundesvorstand des DGB es ausdrückte – oftmals noch die Rolle des schlafenden Riesen spielt.

Franz Woschek an die Delegierten der 9. IGM-Bundesjugendkonferenz im April 1971: „Ich fordere euch auf – wie alle Jugendgruppen, wie alle Jugendkonferenzen –, diesen schlafenden Riesen aufzuwecken, seine Kraft zu verstärken und dafür zu sorgen, daß dieses Temperament, diese Bewegung, diese progressive Entscheidung, wie ich sie auch heute hier wieder erleben konnte, nicht nach wenigen Jahren eures Jungseins wieder in der bequemen Anpassung an die gegebenen Verhältnisse versickert.“

„Die Unvollendete“ II

Naturfreundejugend für stärkere Zusammenarbeit demokratischer Jugendorganisationen – Bericht von der 12. Bundesjugendkonferenz / Von Wolfgang Bartels

„Die Unvollendete“ – so nannte man die 11. Bundesjugendkonferenz der Naturfreunde im Jahre 1969. (Elan 7/69) Doch

auch die 12. Bundesjugendkonferenz – vom 7. bis 9. Mai im Leverkusener City-Forum – blieb unvollendet. Eine Reihe von

Anträgen konnten aus Zeitmangel nicht mehr verabschiedet werden.

Trotzdem trafen die über 120 Delegierten wichtige Aussagen für die weitere Arbeit des Verbandes. Die lange Diskussion über ein neues Arbeitsprogramm fand nun auf der Konferenz ihren Abschluß. Als wichtigste Forderungen für die Arbeit wird dort formuliert: „Die Naturfreundejugend versteht sich als Teil der Arbeiterbewegung. Sie nimmt teil am Kampf für die Überwindung der bestehenden Klassenstruktur in dieser Gesellschaft, für die Verwirklichung einer sozialistischen Demokratie, der von Arbeitern, Lehrlingen, Schülern und Studenten getragen wird.“ Und „zur Durchsetzung von Forderungen zur Vertretung von gemeinsamen Interessen arbeitet sie vor allem mit anderen Jugendorganisationen zusammen.“

Dieser Standpunkt wird in einem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag bestätigt, in dem die Initiativen der Gewerkschaftsjugend zum Jahr des jungen Arbeitnehmers begrüßt und eigene Initiativen angekündigt werden; einmal durch eigene Lehrlingsarbeitskreise, zum anderen durch Beteiligung an der Lehrlingsarbeit befreundeter Organisationen, wie Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Falken und Jungsozialisten. Ein ähnlicher Antrag wurde zur Schülerarbeit beschlossen.

Ebenfalls ein wichtiger Punkt war die Diskussion um neue Richtlinien für die Naturfreundejugendarbeit. Die Naturfreundejugend erstrebt mehr Selbständigkeit vom Erwachsenenverband. Gegen die Empfehlungen der Leitung des Erwachsenenverbandes wurde der Wunsch nach mehr Eigenverantwortung für die Jugend von der Konferenz bestätigt. Diesen Richtlinien muß allerdings erst noch die Bundeskonferenz Ende des Jahres ihre Zustimmung geben.

Neben den bereits oben genannten Anträgen wurde eine Solidaritätserklärung für Angela Davis und für eine bei den in der Bundesrepublik stationierten US-Streitkräften aktive Farbigengruppe „Ramstein 2“ verabschiedet.

Der Großteil der Anträge konnte jedoch aus Zeitnot nicht mehr behandelt werden. Die noch anstehenden Anträge betreffen u.a.: Ablehnung der Antikommunismus-Beschlüsse der SPD-Führung, Ausschluß der DJO aus allen Jugendringen, völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Kampf gegen Rechtsradikalismus und für Umweltschutz. Mit diesen Anträgen wird sich der Bundesjugendausschuß bei seiner nächsten Sitzung beschäftigen.

An die Stelle des bisherigen Bundesjugendleiters wählte die Konferenz ein Dreierkollektiv, dem Werner Geprägs (Stuttgart), Jürgen Laimer (Köln) und Manfred Geiss (Stuttgart) angehören.

Postjugend: Streik aller Lehrlinge!

10. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft – Kampfbewußtsein für viele Aufgaben / Von Wolfgang Bartels

„So hohe Ziele wie etwa Menschenwürde, Chancengleichheit, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sind noch nicht einmal in ihren Grundlagen angepackt, geschweige denn gelöst.“ Diese Worte richtete Carl Stenger, 1. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), an die 160 Delegierten der 10. Bundesjugendkonferenz seiner Gewerkschaft, die vom 20. bis 22. Mai 1971 in Köln tagte.

Und die Delegierten, die 67 000 junge Gewerkschaftskollegen vertraten, nahmen ihn beim Wort. Sie wandten sich gegen „die an der ‚Partnerschaftsideologie‘ orientierte Praxis in der DPG.“ Sie „unterstützen den Hauptvorstand der DPG auf das Entschiedenste in seinem Kampf um die Einführung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsvorschläge“ und verurteilen „gleichzeitig das Verhalten der Regierung, sowie des ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden, z. Zt. Minister für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Georg Leber.“ Eine weitere Forderung: „Die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln.“

Im Mittelpunkt des Kongresses standen Probleme der Berufsausbildung bei der Bundespost. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, und der 2. Vorsitzende der DPG, Gustav Fehrenbach, referierten zum Thema Bildung.

Der bisherige Bundesjugendsekretär der DPG, Horst Krüger, sagte zu den Delegierten: „Die Gewerkschaftsjugend ist kein Kindergarten der Gesamtorganisation.“ Folgerichtig fand der nur wenige Tage zuvor stattgefundene DGB-Kongreß heftige Kritik bei den Delegierten: Nur fünf der

dort vertretenen Delegierten waren unter 30 Jahre alt. Die jungen Gewerkschafter forderten mehr Einflußmöglichkeiten in ihrer Organisation, z. B. Vertreter der Jugend bei Tarifverhandlungen.

Die Konferenz verabschiedete wichtige politische Anträge. So wurden die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der Ausschluß der DJO aus dem Bundesjugendring, Kontakte zum FDGB und zu den Gewerkschaften anderer sozialistischer Staaten, Umweltschutz, Verbot von rechtsradikalen Gruppierungen, Kürzung der Wehrpflicht auf zwölf Monate, Freiheit für Angela Davis und Bobby Seale gefordert. Der Hauptvorstand der DPG wurde aufgefordert, sich gegen die Konzertierte Aktion auszusprechen. Außerdem wurde der Hauptvorstand beauftragt, dafür zu sorgen, daß Postbedienstete nicht gegen ihren Willen Arbeiten im Rahmen der Notstandsgesetze verrichten (Abhörtanlagen installieren) müssen.

Die Konferenz orientierte auf die Aktion: Der DGB und alle Einzelgewerkschaften wurden aufgefordert, einen Sternmarsch nach Bonn zu organisieren, um gegen den Betriebsverfassungsgesetzesentwurf zu kämpfen: „Der Novellierungsvorschlag der Bundesregierung bedeutet eine Herausforderung aller kampfbewußten Gewerkschafter.“

Und: „Die DPG wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der DGB-Bundesvorstand auf Bundesebene zum Streik aller Auszubildenden aufrufen soll, damit erreicht wird, daß die jahrelang erhobenen Forderungen der Gewerkschaftsjugend mehr Nachdruck erhalten.“

„Falken“ gegen Antikommunismus-Beschlüsse

Aber dennoch viele Halbwahrheiten – Reinhard Junge berichtet von der 13. Ordentlichen Bundeskonferenz der SJD

150 Delegierte der „Falken“ waren zu ihrer 13. ordentlichen Bundesjugendkonferenz in die Ruhr-Metropole Essen gekommen, um über eine neue Grundsatzerklärung, ein neues Aktionsprogramm und zahlreiche politische Entschließungsanträge aus den

Landesverbänden und Bezirken zu beraten. Zugleich galt es, Maßnahmen zur Verbesserung der praktischen Arbeit des Verbandes einzuleiten.

Es begann am Himmelfahrtstag mit dem für große „Falken“-Kongresse üblichen Auftritt

Herbert Wehners. Obwohl er mehrfach versicherte, seine Partei werde gegenüber dem Jugendverband keinerlei Vorherrschaftsansprüche erheben, versuchte er doch, die Delegierten fest auf den Kurs der rechten SPD-Führung einzuschwören.

Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik der Brandt-Scheel-Regierung unterlief Wehner mit lautstarker Demagogie und scheinrevolutionären Lippenbekenntnissen: „Mitbestimmung kriegt man, wenn überhaupt, nur von einer SPD-Regierung“ und „Predigen ist billiger als das Kämpfen – ich bin für das Kämpfen!“

Der Beifall, den sich Wehner unter Aufbietung aller ihm eigenen rhetorischen Fähigkeiten erkämpfte, kennzeichnet Halbheiten in der Haltung vieler Delegierten und in der Politik des gesamten Verbandes, der, von der rechten SPD-Führung gegängelt, ständig mit seinem Anspruch, sozialistische Jugendpolitik zu betreiben, in Konflikt gerät.

Zwar applaudierten viele, als Wehner („Ich bin gelernter Kommunist!“) in der Debatte über die antikommunistischen Parteiratsbeschlüsse das alte Märchen von „totalitären“ Herrschaftsformen aufwärmte – aber sie verabschiedeten zwei Tage später eine Resolution, in der festgestellt wurde, daß diese Beschlüsse dem Zustandekommen eines antifaschistischen Aktionsbündnisses hinderlich sind, und forderten ihre Aufhebung.

Zwar stimmten die Delegierten einer vom Bundesvorstand erarbeiteten Tagesordnung zu, gemäß derer letztlich die Behandlung wichtiger politischer Anträge (u. a. Solidarität mit Angela Davis) der vorgezogenen ganztägigen Debatte über die neue Beitragsordnung zum Opfer fiel – aber sie protestierten leidenschaftlich und mit Erfolg gegen das aus „Zeitgründen“ geplante Rede- und Versammlungsverbot für die ausländischen Delegationen (u. a. aus der UdSSR, Bulgarien und der DDR).

Und so wurde auch die imperialistische Rüstungspolitik des SPD-Bundeswehrministers Schmidt in keinem der verabschiedeten Papiere erwähnt oder gar verurteilt – aber immerhin stimmten die Delegierten einer Resolution zu, in der die Militarisierungspläne für den zivilen Ersatzdienst entschieden abgelehnt und der Rücktritt des Regierungsbeauftragten Iven (SPD) gefordert werden.

Sowohl die in Essen angenommene Grundsatzserklärung als auch das neue Aktionsprogramm der „Falken“ dienen – leider muß das festgestellt werden – offensichtlich eher dazu, kritische Stimmen innerhalb des Verbandes durch verbale Bekenntnisse zu einem jedes Klasseninhaltes beraubten Sozialismusbegriff zum Schweigen zu bringen, als dazu, eine konsequente Arbeiterjugendpolitik zu entwickeln.

Beide Papiere sind derart allgemein gehalten, daß sie zu nichts verpflichten, aber als Begründung für jede Scheinreform herhalten können. Nur an einer einzigen Stelle wird das Aktionsprogramm konkret: wenn es dazu aufruft, gegen Umweltverschmutzung mit Info-Ständen und Flugblättern anzukämpfen.

Eine echte Alternative zu den verabschiedeten Dokumenten wäre der Entwurf eines Aktionsprogramms gewesen, der von Günter Gabrecht und 16 weiteren Delegierten vorgelegt wurde.

Dieser Entwurf nannte den Hauptgegner der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der BRD, das Rechtskartell, beim Namen, er forderte eine konsequente Weiterführung der im Ansatz steckengebliebenen Friedenspolitik durch die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und die Anerkennung der DDR, und er war eng an die Forderungen und Beschlüsse der Gewerkschaftsjugend angelehnt. Aber – auch er fiel der Beitragsordnung zum Opfer.

Rolle. Dazu Heiner Bremer, der alte und neue DJD-Vorsitzende: „Da an die Möglichkeit einer Revolution ernsthaft niemand glauben kann, können sich die für notwendig gehaltenen politischen Veränderungen nur nach Aufklärung der Bevölkerung durch Reformen vollziehen.“ Und in einem verabschiedeten Papier: „Die Jungdemokraten gehen davon aus, daß eine revolutionäre Situation weder gegeben ist noch herbeigeführt werden kann oder sollte.“ Selten wurden die „systemüberwindenden Reformen“ so in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit definiert: Hier und da ein paar Reformen, aber die Grundlagen des Systems sollen nicht angetastet werden – das wäre ja die Revolution.

Und so sehen diese ominösen „systemüberwindenden Reformen“ in der Praxis aus: Ein Antrag, der von den Bundestagsfraktionen der SPD und FDP die Durchsetzung der unverzüglichen Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages forderte, wurde abgelehnt.

Während die Jungdemokraten grundlegende gesellschaftliche Veränderungen resignierend als unmöglich bezeichnen, reden sie andererseits in der Gewerkschaftsfrage Linkssektierern nach dem Mund. Da stecken dann die Gewerkschaften plötzlich in einem „Zwangskorsett“, um die Arbeiterschaft zu „beschwichen“, als ob da die Arbeiterschaft nicht selbst ein Wörtchen mitzureden hätte.

Die Jungdemokraten erklärten sich zur Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Gruppen bereit, „auch wenn diese zum Teil mit der Programmatik der Jungdemokraten nicht vereinbare Ziele verfolgen, solange gesichert ist, daß die DJD ihren eigenen Standpunkt deutlich vertreten können“. Die Jungdemokraten haben dabei vorwiegend die JuSos im Auge.

In weiteren Beschlüssen wurde u. a. die Befristung von Parteiverboten und die Schließung der vom CIA finanzierten Sender auf dem Boden der BRD (Radio Freies Europa und Radio Liberty) gefordert. Ein Beschluß richtet sich gegen die zunehmende Zusammenfassung aller Rechtskräfte in einem „Rechtskartell“. Die Jungdemokraten fordern die Einstellung der Subventionierung „faschistoider Organisationen“ aus öffentlichen Mitteln. Sie wenden sich gegen die Verharmlosung des Rechtskartells durch FDP-Politiker wie Genscher. Sie erklärten sich bereit, mit anderen demokratischen Kräften gemeinsam gegen dieses Rechtskartell vorzugehen.

Trotz einiger richtiger Aussagen, trotz einiger guter Beschlüsse, die Widersprüche bleiben.

DJD: Suche nach neuen Wegen

Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten 1971 voller Widersprüche / Von Wolfgang Bartels

„Die Gesellschaftsform der BRD ist gekennzeichnet durch den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung; d. h. das Bruttosozialprodukt wird von der Masse der Bevölkerung hergestellt, der Großteil des Gewinns fließt jedoch einer winzigen Minderheit zu, nämlich den Eigentümern der Produktionsmittel.“

So heißt es zwar richtig in einem von der Bundesdelegiertenkonferenz der Deutschen Jungdemokraten (DJD) vom 20. bis 23.

Mai in Leverkusen angenommenen „Manifest-Entwurf“. Trotzdem blieb die Konferenz voller Widersprüche.

Auf dieser Konferenz fand eine Diskussion Fortsetzung, die auf der letztjährigen Bundesdelegiertenkonferenz in Herrenalb begann. Die Jungdemokraten suchen nach neuen Konzepten zur Gesellschaftsanalyse und der Veränderbarkeit der Gesellschaft. Dabei spielte der Begriff von den „systemüberwindenden Reformen“ – der auch bei den Jungsozialisten gängig ist – eine große

DBJR auf dem Weg nach rechts

Arno Rather berichtet über die 39. Vollversammlung des DBJR – Kürzung des Bundesjugendplans abgelehnt

Der Boden war gut vorbereitet. Las man am Tag zuvor in den Zeitungen Überschriften wie „Kuriere versorgen rote Kassen“ und „Linksradikale haben aufgeholt“, so erinnerte man sich der Erklärungen des Hamburger Senats, der die SDAJ als „im Kern“ kommunistisch, DKP-gesteuert und somit nicht förderungswürdig, die DKP wiederum als KPD-gesteuert und alle zusammen als verbotswürdig bezeichnet hatte. Genschers Berichte lagen in allen Redaktionen und Jugendverbandszentralen vor. Linksradikale! Na Sie wissen schon – Baader-Meinhof-Mahler. Und dann diese moskau-treuen Kommunisten!

So machte es dann eine Mehrheit auf der 39. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes am 12. Mai im Düsseldorfer DGB-Hauptquartier kurz und schmerzlos. Ohne Diskussion wurde der Antrag der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) auf Aufnahme als Anschlußverband abgelehnt. 17 der anwesenden 56 Delegierten stimmten für die SDAJ, 7 enthielten sich der Stimme. Die antikommunistische Welle hatte den DBJR erreicht und war über die Delegierten geschwappt. Die Münchener Beschlüsse des Bundesjugendringes wurden in Düsseldorf gefaßt.

Zuvor hatte sich Ulrich Sander als Sprecher der SDAJ bemüht, die jugendpolitischen Vorstellungen seiner Organisation zu erläutern. Doch seine Ausführungen waren der Mehrheit lästig. Man hatte das Urteil schon in der Tasche. DJO-, DAG- und Katholische-Jugend-Sprecher unterbrachen dann auch den SDAJ-Sprecher mit unfreundlichen Bemerkungen. Edi Prosch, CDU-Bürgerschaftsabgeordneter in Hamburg und DAG-Vertreter, tadelte gar den Vorsitzenden, weil dieser Sander nicht das Wort entzogen hatte.

Was ist geblieben von der progressiven Politisierung des DBJR? Von den schönen Reden der DBJR-Vertreter auf internationalen Konferenzen (Schluß mit dem Antikommunismus, Anerkennung der DDR, Schluß mit Revanchismus)? Ein paar Erinnerungen, mehr nicht. Das Geld wird in Bonn bewilligt – und damit auch der politische Spielraum. Die „kritische Jugend“ – die vielzitierte – mit ihren antikapitalistischen Vorstellungen, sie soll beim DBJR weitgehend vor der Tür bleiben.

War schon der Verzicht auf erneute Behandlung eines Antrages auf Ausschluß der DJO ein politisches Signal, so wurden mit der Behandlung des SDAJ-Antrages weitere Pflöcke gesetzt. Die DJO bleibt drinnen,

die SDAJ bleibt draußen, und alles bleibt beim alten. Die „goldenen fünfziger Jahre“ mit ihrem Motto „Keine Experimente“ wurden wieder wach. Nun mal ehrlich, liebe Leute von der Mehrheitsfraktion des DBJR, wem wollt Ihr eigentlich imponieren? Den Lehrlingen und jungen Arbeitern, die für ihre Rechte kämpfen? Den Schülern und Studenten, die für Demokratisierung und bessere Bildung eintreten? Der Jugend Polens, der UdSSR und der DDR, mit der Ihr angeblich so gern ins Gespräch kommen wollt? Verständigung mit jungen Kommunisten und so? Eintreten für die Interessen der Jugend? Mit dem antikommunistischen Brett vorm Kopf wird das nicht gehen. Damit kann man allenfalls der Bundesregierung, Herrn Rollmann von der CDU und dem „Rheinischen Merkur“ imponieren.

Doch die Sache ist nicht irreparabel. Der Antrag der SDAJ wird im Herbst auf einer Vollversammlung wieder vorliegen – zum vierten Mal. Es könnte – nur mal so zum Spaß angenommen – ja passieren, daß ein Lernprozeß einsetzt. Und dazu würde dann auch gehören, daß die DJO rausfliegt und die Mehrheit des DBJR endlich erkennt, welche Verantwortung die demokratische Jugendbewegung im Kampf gegen die Rechtsgefahr trägt.

Was sonst noch geschah?

1. Die im DBJR zusammengeschlossenen Verbände forderten Parlament und Regierung auf, Mittel, die durch das Haushaltsgesetz für die Jugendarbeit bereitgestellt sind, unverzüglich von jeder Verfügungsbeschränkung oder Kürzung auszunehmen. Damit protestierten die Delegierten gegen eine 30prozentige Sperre des Bundesjugendplans infolge der Beschlüsse zur Währungskrise und gegen alle Kürzungspläne der Regierung, die die Arbeit der Jugendverbände hart treffen würden.

2. Hauptthema der Vollversammlung war „Jugend und Drogen – Sozialisierung, nicht Kriminalisierung?“. Die in dem Thema beinhaltetete Frage wurde in der mehrstündigen Diskussion bejaht. Die politisch Verantwortlichen wurden aufgefordert, das Drogenproblem nicht primär unter medizinischen und kriminalpolitischen Gesichtspunkten zu sehen und zu behandeln, sondern nach den gesellschaftlichen Ursachen zu forschen. Ziel der Hilfe müsse die Auflösung von Abhängigkeitsverhältnissen sein. Werner Lichtwark von der Evangelischen Jugend: „Die Jugendlichen müssen stärker als bisher die Möglichkeit

haben, ihre Vorstellungen zu artikulieren und vor allem eine weitaus größere Mitwirkung an gesellschaftlichen, betrieblichen und politischen Entscheidungen erhalten.“ (Während der Beratungen der Vollversammlung und in mehreren Referaten wurde umfangreiches Material zum Drogenproblem zusammengetragen, das bei der Geschäftsstelle des DBJR, 53 Bonn-Venusberg, Haager Weg 44, angefordert werden kann.)

In Kürze

WBDJ-Treffen in der BRD. Elf Jugendorganisationen aus kapitalistischen Ländern Europas (Finnland, Dänemark, BRD, Westberlin, Belgien, Frankreich, Österreich, Griechenland, Zypern) haben sich am 20. und 21. Mai 1971 in Mannheim an einer Beratung von Mitgliedsorganisationen des Weltbundes Demokratischer Jugend beteiligt, zu der die SDAJ eingeladen hatte. An der Beratung über die Situation der arbeitenden und lernenden Jugend Westeuropas und über den Kampf für die politischen und sozialen Rechte der Jugend nahm auch der WBDJ-Generalsekretär Michel Jouet teil. „Die Teilnehmer des Treffens kamen überein, die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken – auch auf der Ebene der Konzerne und internationalen Monopole –, um den Kampf der werktätigen Jugend dadurch erfolgreicher führen zu können und den WBDJ zu stärken“, heißt es in dem Komunique des Treffens. Bei Europapolitik des Monopolkapitals, der verstärkten Ausbeutung der Gastarbeiter, der gefährlichen NATO-Politik, den faschistischen Regimen und dem Militarismus sollen „gemeinsame und koordinierte Aktionen“ entgegengesetzt werden.

elan in der Bundeswehr verboten. „Keine rechtlichen Bedenken“ hat das Bundesverteidigungsministerium gegen das Verbot und die Zensur des „elan“ durch Kompaniechefs. Das teilte ein Vertreter des Ministeriums zu einem entsprechenden Vorfall in Lübeck mit (elan 3/71). Das Ministerium wirft dem elan seine „hetzerischen und diffamierenden“ Berichte vor. Springer-Zeitungen und NPD-Blätter hingegen werden im Kasernenbereich unbehelligt verbreitet. Die Redaktion in einer Erklärung: „Wir protestieren entschieden gegen diesen weiteren Übergriff der Militaristen auf die Bürgerrechte und appellieren an die demokratische Öffentlichkeit, alle Versuche, demokratische Publikationen im Bereich der Bundeswehr zu verbieten oder zu zensieren, zurückzuweisen.“

„Macht die DKP stark“

1. Jugendkonferenz der DKP in Hannover

Von Ulrich Sander

„Alle Leitungen der Partei müssen sich ständig und verstärkt um die Probleme, um den Kampf der jungen Generation sorgen“, sagte der Parteivorsitzende, und 850 junge Delegierte klatschten Beifall. Sagt das der Vorsitzende der CDU? Wohl kaum, denn die Probleme der Jugend lassen diese Partei ziemlich kalt, wie erst wieder die Behandlung des Berufsbildungsgesetzes auf dem CDU-Parteitag gezeigt hat. Und 850 junge Betriebsjugendvertreter, Betriebsräte, junge Arbeiter, Schüler, Studenten bekommt die CDU heutzutage ebenfalls nicht zusammen, schon gar keine, die ihr applaudieren.

„Gute Erfahrungen in der Jugendpolitik haben wir dort gemacht, wo wir als Partei das Gespräch mit der jungen Generation gesucht und uns ihren brennenden und kritischen Fragen gestellt haben, wo wir einen Ausweg und eine Perspektive zeigen konnten.“ Sagt das der Vorsitzende der SPD? Ebenfalls Fehlanzeige. Die brennenden und kritischen Fragen verbannt die Führung dieser Partei bekanntlich hinter verschlossene Türen, wo sich Jungsozialisten austoben, ohne eine Perspektive für den Ausweg aus der kapitalistischen Unordnung aufzeigen zu dürfen.

„Unser Jugendprogramm ist ein Aktionsprogramm für den Kampf um Tagesforderungen der Jugend, ein Programm für Frieden und grundlegende demokratische Umgestaltung.“ Und auch das sagt nicht etwa Scheels Walter von der FDP. Sie hat nämlich

kein Aktionsprogramm für die Jugend, sondern behindert die Jugend an Aktionen, wie die Trennung des ganzen Landesverbandes der Jungdemokraten Niedersachsens von der Partei beweist. Sie befindet sich in einer Regierungskoalition, die die Rüstung forciert und nicht die Arbeit für den Frieden — die dem Monopolkapital zuwillen ist und nicht den Kräften, die auf Demokratisierung drängen.

Der Parteivorsitzende, der das alles sagte, heißt Kurt Bachmann. Seine Partei ist die Deutsche Kommunistische Partei, „die einzige Partei im Lande, die keine Angst vor der Jugend hat“ (SDAJ-Vorsitzender Priemer).

Wenn man in der BRD eine Partei kennenlernen will, in der die jungen Mitglieder und die älteren in ihrem Wollen eins sind, dann muß man zur DKP gehen. Das zeigt die Jugendkonferenz der westdeutschen Kommunisten, die am 8. Mai in Hannover unter dem Motto tagte: „Mit der DKP vorwärts — kontra Großkapital, für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus.“

Mitglieder der SDAJ und der Gewerkschaftsjugend, Vertreter

des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Schüler und Mitglieder der Assoziation marxistischer Studenten Spartakus hatten sich in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Wülfeler Biergarten eingefunden. Letztere gaben unter großem Beifall ihren Plan bekannt, sich am 20. Mai als Bundesverband Spartakus zu konstituieren. Unter den Teilnehmern auch Hans-Joachim Müller, bis vor kurzem Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Oldenburg, der gemeinsam mit einigen Freunden „den Geltungsbereich der Münchener Antikommunismusbeschlüsse verlassen hat“ um Mitglied der DKP zu werden. Müller: „Wir haben begriffen, daß eine Veränderung des Kräfteverhältnisses eine Stärkung der DKP erfordert — der einzigen Partei, die zu Gunsten der Arbeiterklasse nicht am System herumflücht, der einzigen Partei, die es verändern will.“

Die Zustimmung der Delegierten unterstrich Kurt Bachmanns Feststellung: „Die Widersprüche des kapitalistischen Systems, die Ausbeutungs- und Kriegspolitik der herrschenden imperialistischen Kreise führen immer mehr junge Arbeiter und Studenten

von der Kritik an offenen Mißständen des Systems zu der Fragestellung: ‚Wie kann und wie soll die Gesellschaft verändert werden?‘ Als einzige Partei könne die DKP eine wissenschaftlich begründete Antwort geben.

Das geschah in drei Arbeitsgemeinschaften. 72 Teilnehmer ergriffen das Wort. Hauptthema: Wie können neue Kräfte für die DKP gewonnen werden — was muß die Partei unternehmen, um die Probleme der Jugend zu erkennen und gemeinsam mit der Jugend auf der Grundlage des Jugendprogramms der DKP für die Rechte der jungen Generation einzutreten. In der Diskussion stellten die Jugendvertreter aus den Betrieben und Soldaten der Bundeswehr einen besonders großen Teil der Redner, was die bürgerliche Presse sehr beunruhigt vermerkte. Der antimonopolistische und antimilitaristische Kampf — das sind die beiden Hauptpunkte der Jugendpolitik der DKP, wie man an der Diskussion feststellen konnte.

Als besonders aktuelle Aufgaben wurden der Kampf gegen den arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzentwurf, für





bessere Berufsausbildung sowie gegen weitere Militarisierung des Bildungswesens, der Betriebe und der gesamten Gesellschaft genannt. Immer wieder wurde in der Diskussion unterstrichen: Zum Kampf der jungen Arbeiter und Studenten gehört das Studium des Marxismus und die Auseinandersetzung mit allen jugendfeindlichen Kräften und Theorien, insbesondere mit dem Antikommunismus. Von der DKP erwarten viele Jugendliche Hilfe bei der Vermittlung des geistigen Rüstzeugs für diese Auseinandersetzung. Die Mehrheit der BRD-Jugend haben noch keinen festen politischen Standort, deshalb sei es Aufgabe der DKP, sich noch stärker den Sorgen der Arbeiterjugend anzunehmen, und ihr klarzumachen, daß die Monopole der Hauptfeind der Jugend seien, hieß es in der Diskussion. Die Sprecher der Parteiführung versicherten; die Kritik und die Vorschläge der Delegierten werden sehr gründlich ausgewertet und nicht zuletzt in der Vorbereitung des Düsseldorfer Parteitag im November 1971 eine bedeutende Rolle spielen.

Begeistert waren die Gäste aus den kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Bulgariens, Belgiens, Frankreichs, Österreichs sowie die Vertreter der SED empfangen worden. Gemeinsam mit ihnen standen die jungen Kommunisten an diesem 8. Mai, dem 26. Jahrestag des Kriegsendes, vor dem sowjetischen Ehrenmal in Hannover — 20 von ihnen in Bundeswehruniform. Beschlüsse der Solidarität mit Angela Davis und des Protestes gegen die Indochina-Aggression der USA unterstrichen ebenfalls den Geist des Internationalismus, der die Konferenz bestimmte. Manfred Kapluck vom Präsidium der Partei in seinem Schlußwort: „Niemandem wird es gelingen, die DKP aus der Kampfgemeinschaft mit der KPdSU und der SED herauszureißen.“

Mit einem Aufruf wandten sich die 850 abschließend an ihre Altersgenossen: „Macht die DKP stark! Führt mit uns den organisierten Kampf in der Partei der Arbeiterklasse!“

Abschluß und Höhepunkt des Kongresses war eine eindrucksvolle Kampfdemonstration durch die Straßen Hannovers. 4 000 junge und ältere Kommunisten, Mitglieder aus Arbeiterjugendorganisationen und Studentenverbänden waren dabei. ■

Ein Professor klagt sich selbst

Neues vom „Volkszorn gegen die Linken“

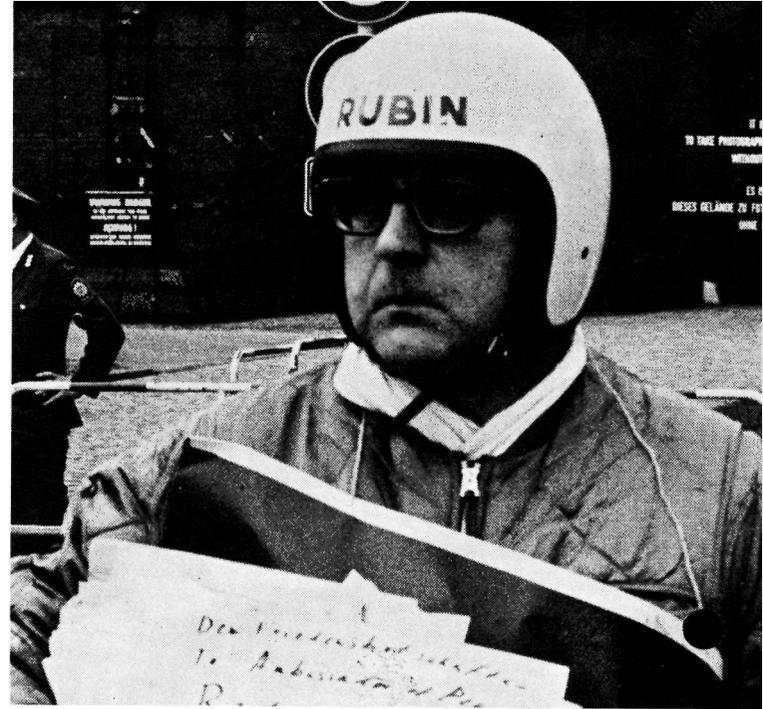
Von Wolfgang Bartels

„48 Stunden bis zur Hinrichtung.“ Diese Schlagzeile servierte Bild am Sonntag seinen Lesern am 25. April zum Wahltag in Schleswig-Holstein. Dazu den erläuternden Text: „Entführer schickten Drohbrief: Laßt Mahler frei — oder wir töten Professor Rubin!“

Einige Tage später bemühte sich die Springer-Presse darum abzuweigen: die Ente war geplatzt. Rubin hatte sich selbst entführt, sich selbst an einen Baum im Bayerischen Wald gefesselt und auch selbst den „Drohbrief“ geschrieben. Warum? „Um den Volkszorn gegen die Linken anzurachen“, so sagte es Rubin später dem Staatsanwalt. Seit Wochen hatte der Professor seine Entführung vorbereitet — mit Hilfe des Freundeskreises der CSU, dessen Vorsitzender er ist. Pünktlich zur Landtagswahl wollte er eine neue Welle der Hysterie gegen Links auslösen. Noch schwankende Schleswig-Holsteiner Bürger sollten CDU wählen. Am Sonntagabend stand dann fest: absolute Mehrheit für die CDU.

Rubin ist kein Unbekannter. Mehrmals sprang er mit dem Fallschirm über England ab, um für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß zu demonstrieren; mit Hammer und Meißel machte er sich an der Berliner Mauer zu schaffen; gegen demonstrierende Studenten warf er Farbbeutel.

Während der „Terror von links“ auch behördlicherseits zum x-ten Male kopportiert wird, betleibigen sich die offiziellen Stellen gegenüber neonazistischen Terroristen eines unerträglichen Maßes an Zurückhaltung und einer planmäßigen Verniedlichung. Die „Demokratische Aktion“ hat



eine Dokumentation vorgelegt, in der dem NRW-Innenminister Weyer (FDP) und seiner Polizei eine eindeutige Begünstigung der Neonazis nachgewiesen wird. Einige Beispiele:

■ Die Bundesführung des „Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten“ veranstaltet „Fernvergleichsschießen mit KK-Gewehren“.

■ Die Bundesführung der DJO hat in einem Rundschreiben, das „nur zur persönlichen Information“ diente und als „streng vertraulich“ bezeichnet wurde, aufgefordert, beim Treffen Brandt/Stoph „sogenannte Greiftrupps für Fähnchen“ zu bilden.

■ Innenminister Weyer verniedlichte planmäßig die Existenz der militanten Terrorgruppe „Europäische Befreiungsfront“, die Waffenlager angelegt hat. Man hat der Öffentlichkeit vorenthalten, daß der EBF-Funktionär Udo Holtmann gleichzeitig NPD-Funktionär und Oberfeldwebel der Bundeswehr war und beim „Verband der Reservisten“ eine Funktion bekleidete. Des weiteren wurde verschwiegen, daß der Stadtbauinspektor von Köln, NPD-Landtagskandidat und Leutnant der Reserve Hartwig Neumann, für den Tag X schwarze Listen „Linker Intellektueller von Funk, Fernsehen und Presse“ zusammengestellt hat.

■ Aus Benzberg-Immekeppel verschickte der Neonazi Alired W. Mahnke Rundschreiben der „Volkspolitischen Aktion“ in denen zur Bildung von „örtlichen Aktionsgruppen des Widerstandes“ aufgerufen wurde, wobei jeder legale „Organisationsstil“ zu vermeiden sei.

■ Der „Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)“ und die „Wiking-Jugend“ führen militärische

Übungen durch. Diese Gruppen waren es, die kürzlich zwei „Stern“-Reporter überfielen und sie mit „Bolschewistenschweine“ und „Itzig, Itzig“, dem Nazischimpfwort für Juden, betitelten.

Folgende nazistische Terrorakte wurden bis heute nicht aufgeklärt:

■ 12. November 1970; Krefeld: Schüsse und Steinwürfe auf die Büros des DGB, der Bank für Gemeinwirtschaft, der Neuen Rhein-Zeitung, der DKP und der SDAJ.

■ 28. November 1970; Wuppertal: Sprechchöre der Neonazis „Willi Stoph und Willy Brandt, Volksverräter an die Wand“ auf einer SPD-Kundgebung.

■ 12. Dezember 1970; Köln: Schüsse auf die Wohnung des SPD-Stadtverordneten Keßler, der zuvor telefonische Morddrohungen erhalten hatte.

In keinem einzigen Fall hat die Polizei oder die Justiz die Täter unschädlich gemacht. Ganz im Gegenteil:

■ Die Verlagsleitung der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund mußte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Polizei wegen deren passiven Verhaltens beim Eindringen einer neonazistischen Terrorgruppe in das Verlagsgebäude einreichen.

■ Eingestellt haben Jusitz und Polizei die Ermittlungen nach den Tätern, die am 18. Januar 1971 in die Wohnung des Bochumer Ehepaars Kannenberg einbrachen, die Ehefrau fesselten, die Kinder bedrohten, Papiere, Reisepässe und Geld stahlen, wobei sie die Überfallenen als „Kommunistenschweine“ beschimpften.

In derselben Woche wurde das Bochumer Jungsozialistenlokal

„Punkt“ gestürmt. Wenige Tage später erfoleten neue Überfälle auf Krefelder Büros, auf das DKP-Büro wurde diesmal sogar ein Brandanschlag verübt. Und die neueste Meldung: In Kleinsachsenheim bei Stuttgart findet das 17. Pfingsttreffen der „Nationalen Jugend“ statt. Auf dem Programm stehen Schießübungen.

Auf dem rechten Auge sind Justiz, Polizei, Springerpresse usw. blind. Als kürzlich im Westberliner Kaufhaus KaDeWe ein Sprengkörper explodierte, erinnerte die BILD-Zeitung: „Schon am 20. Dezember 1969 war in einem Büro des KaDeWe eine Brandbombe explodiert. Damals vermutete (!) die Polizei: Die Täter waren APO-Angehörige.“

Ein teuflischer Plan

USA: Konzentrationslager für Kinder

Von Harald Dieter Budde

Führenden amerikanischen Politikern bereitet die zunehmende Zahl der in den USA begangenen Gewalttaten und anderer Verbrechen, darunter die bedrückende Kinder- und Jugendkriminalität (die höchste auf der Welt), erhebliche Sorge.

Doch während progressive Politiker, Erzieher, Wissenschaftler, Ärzte und Juristen die US-Regierung bisher vergeblich aufgefordert haben, das Problem direkt an der Wurzel zu packen — im Klartext: die Beseitigung der Verherrlichung von Verbrechen und Gewalt in den Massenmedien, der Arbeitslosigkeit und Rassendiskriminierung, des Profitstrebens und die Beendigung des Vietnamkrieges — verfiel der New Yorker Internist (Facharzt für innere Krankheiten) Arnold Hutschnecker, der in Deutschland geboren wurde und in Berlin seine Ausbildung erfuhr, auf einen teuflischen Plan: Im Dezember bereits, so erklärte er der Presse, hätte ihn Präsident Nixon, Expatient von Hutschnecker, besorgt gebeten, zu dem deprimierenden Bericht der Nationalen Kommission für die Ursachen und Verhütung von Gewalt ein ergänzendes Memorandum zu schreiben. Danach gelangte Hutschneckers Vorschlag

zur öffentlichen Diskussion: Alle Kinder zwischen sechs und acht Jahren sollten auf ihre latente kriminelle Veranlagung hin psychologisch getestet werden. Aus einer Skala, die von größter Ablehnung bis zu größter Zustimmung läuft, müssen bestimmten Dingen bestimmte Werte zugeordnet werden.

Mit dieser allen Zufällen und Auslegungen offenen Methode, bei der Hutschneckers Kritiker sich unliebsam an das Motte „die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen“ erinnert fühlen, glaubt der Internist, der kinderlos ist, Kriminelle aussondern zu können. Die Kinder sollten dann in Camps gebracht und gruppentherapeutisch behandelt werden. Eltern, die ihre Zustimmung zu Test und Jugendlager verweigern würden, müßten notfalls gesetzlich dazu gezwungen werden; denn hier ginge es „um das Wohl des Kindes, der Eltern und der Nation“.

Dieser Plan scheint dem Hirn eines potentiellen Faschisten zu entspringen. Verschiedene progressive Soziologen und Psychiater des Landes argumentierten, die von Hutschnecker vorgeschlagenen Camps hätten auffallende Ähnlichkeit mit den Straf- und Konzentrationslagern der Nazis. Nicht (psychologisch) zu probieren, so meinen sie, sondern die Ursachen der Kinder- und Jugendkriminalität in den USA zu erforschen, sei der richtige Weg.

Die Wurzel des Übels heißt spätkapitalistisches System. Mit der Beseitigung dieses Krankheitsherdes würde man einem der gravierendsten Probleme der amerikanischen Gesellschaft (aber nicht nur ihr!) beikommen. Zugegeben: eine derartige Operation ist kompliziert; sie erfordert entsprechende Kenntnisse und die notwendige Medizin, die da heißt: Kampf dem kapitalistischen Gesellschaftssystem.

1. Preis für Schmutzerei

Wettbewerb jugendeigener Zeitungen in NRW

Von Hans-Jörg Hennecke

Die heile Welt der vier Solinger Gymnasien hat einen Sprung bekommen. Schon lange war den Direktoren ein Dorn im Auge, was bei Schülern zunehmenden Anklang fand: die progressive Tendenz der Schülerzeitung „Schülerpresse“. Doch dann geschah etwas, was die Schulbosse der rheinischen Stadt als „unglaublichen Skandal“ bezeichneten. Die „Schülerpresse“ hatte sich an einem Wettbewerb der jugendeigenen Zeitungen Nordrhein-Westfalens (ausgeschrieben von der Landesregierung in Verbindung mit der Landesjugendpresse [LJP]) beteiligt und hatte prompt den 1. Platz belegt. Eine Jury unabhängiger Journalisten — zu der auch der Autor dieser Zeilen gehörte — hatte mit der Übung gebrochen, politisches Wohlverhalten und Autoritätsgläubigkeit zu honorieren. So ging ein weiterer 1. Preis an die Redaktion der Düsseldorf „Comene“, die sich in besonderem Maße um die Solidarisierung von lernender und arbeitender Jugend bemüht. Die drei ersten Preisträger — der 3. Platz wurde von der Berufsschulzeitung „kontra“ in Lemgo belegt — verbindet, daß sie ihre Leser zum politischen Engagement bewegen und die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik als veränderbar und veränderungsbedürftig analysieren. Und so rief das konservative Solinger Schulestablishment nach staatlicher Autorität, um die Entscheidung der Journalistenjury auf diesem Wege aus der Welt zu schaffen. Kultusminister Girgensohn solle, so hieß es, die Preise nicht verleihen. Und als Begründung unterschoob man der „Schülerpresse“ die „Produktion von Anti-Lehrer-Kam-



Überreichte Preise für linke Schülerzeitungen: Kultusminister Girgensohn inmitten der Preisträger

pagnen, radikalisierenden Thesen und Schmutzereien“. Doch dieser Zumutung mochte sich der Minister nicht anschließen. Neben Buch- und Schallplattenpreisen überreichte er in seinem Düsseldorf Amtssitz drei Briefumschläge für „Schülerpresse“, „Comene“ und „Kontra“, in denen sich zweimal 500 und einmal 200 DM befanden. Wie sie das Geld verwenden werden, erklärten die Preisträger freimütig den anwesenden Journalisten: zu gleichen Teilen wird der Gesamtbetrag für die Initiative Internationale Vietnamsolidarität, das Verteidigungskomitee Angela Davis, den Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“, das Sozialistische Jugendzentrum Solingen und die Düsseldorf Rotpunkt-Aktion gespendet. Das scheint den Solinger Schuldirektoren vollends die Sprache verschlagen zu haben. Kommentare liegen nämlich noch nicht vor.

Witz des Monats

Was sagt ein Kölner, der sich in London einen Weihnachtsbaum kaufen will?
„Attention, please!“

(Eingesandt von Torsten Ganske, Troisdorf. — Jeder hier veröffentlichte Witz wird mit 10 DM prämiert.)



„Urbs 71“

Kulturelles Forum für die Ruhrstädte

Von Peter Schütt

„Urbs 71“, eine „kulturelle Initiative“ der Städte Bochum, Dortmund, Köln, Krefeld, Oberhausen und Wuppertal, findet unter dem Oberthema „Arbeit und Gesellschaft“ vom 6. bis 13. Juni statt, zum selben Zeitpunkt wie die 12. Arbeiterfestspiele der DDR in Leipzig. Das zeitliche Übereintreffen ist sicher kein Zufall. „Urbs 71“ ist nur einer von verschiedenen, von sozialdemokratischen Kulturreferenten eingeleiteten Versuchen, der kulturellen Masseninitiative in der DDR bundesrepublikanische Aushängeschilder entgegenzustellen. Ähnliche Experimente sind die diesjährigen Veranstaltungen zum Dürerjahr in Nürnberg, die Straßentheaterwoche Anfang Juni in Braunschweig oder die „Art Information“ in Kiel. Gleich zu Beginn der Urbs-Planung zeichneten sich zwei widersprüchliche Kulturkonzeptionen ab. Die Stadtväter orientierten sich zunächst vor allem an dem propagandistisch erfolgreichen „Image“-Rummel, der im vergangenen Sommer in Hannover über die Bühne ging, und wollten eine publikumswirksame, pseudodemokratische Show mit möglichst allen Erscheinungsformen der imperialistischen Massenkultur. Da sollte die Wupper bunt angemalt, Happenings im Freien inszeniert und mit Schaumgummi- und Plastikpalästen die häßlichen Viertel des Stadtbildes abgedeckt werden.

Daneben gab es von Anfang an progressive Bestrebungen, die das von den sechs Industriestädten getragene Festival zu einem Forum der fortschrittlichen und sozialkritischen Kunst machen wollten. Das endgültige Wuppertaler Programm enthält sowohl harmlose „Umweltaktionen“, „Multimedia“-Späße und „polymorphe Umgebungen“ zum Vergnügen frustrierender Kleinbürger als auch nützliche und engagierte Informations- und Agitationsveranstaltungen. Insgesamt haben die progressiven Kräfte ein deutliches Übergewicht, so sehr, daß die CDU der

Stadt bereits damit gedroht hat, den „Bürgerzorn“ gegen die linken Künstler zu mobilisieren, und in der Lokalpresse der unsinnige Verdacht geäußert wurde, die DKP bemühe sich, das kommunale Volksbildungswesen umzufunktionieren. Einem Lehrer wurde von seinem Direktor die weitere Mitarbeit an den Vorbereitungen für das „Urbs“-Programm untersagt.

Daß die Veranstaltungswoche einen Programmteil enthält, der sich speziell an die Arbeiter und Angestellten der Stadt wendet, ist nicht zuletzt dem Werkkreis Literatur der Arbeitswelt und der Wuppertaler Werkstatt zu danken. Der Werkkreis veranstaltet im Rahmen von „Urbs 71“ sein drittes zentrales Werkstatttreffen, gibt unter dem Titel „Nix zu machen!“ eine literarische Broschüre zum Thema Mitbestimmung heraus und führt auf der Straße, in Jugend- und Freizeitheimen sowie in einigen Großbetrieben Lesungen und Diskussionen mit schreibenden Arbeitern durch.

Neben Arbeiterliteratur gibt es Kabarett, Protestsong und Straßentheater. Die Conrads, Juan & Jose und Rolf Schwendter treten im Freien und in Betrieben auf. Die Machtwächter, Floh de Cologne und Check point Charlie spielen vor Lehrlingen und Schülern, Ton-Steine-Scherben und die Roten Steine aus Westberlin, Interpol aus Köln und das Industrietheater Rhein-Ruhr bringen Agitprop auf der Straße. Der Oberhausener Graphiker Walter Kurowski, bekanntgeworden durch den Prozeß um sein „Lehrlingsdracula“-Plakat, hat eine Ausstellung zusammengetragen, die über die Berufsausbildung im Lande Nordrhein-Westfalen informieren soll.

Kunstaustellungen, Photowettbewerbe und Filmvorführungen im Freien — unter ihnen die in Oberhausen prämierten Agitationsfilme — ergänzen das Programm. Auch an die Kinder ist gedacht: ihnen gelten Kindertheateraufführungen, eigens eingerichtete Spielräume und eine Ausstellung „Kinder in unserer Gesellschaft“. Es wird also für jeden etwas geboten. Frage ist, was die Wuppertaler daraus machen. Eine Möglichkeit, aus dem Kulturfestival einen dauernden Nutzen zu ziehen, wäre es, den während der Festwoche zwischen den Städten als Attraktion eingeführten Nulltarif für Straßenbahn und Busbetrieb zur ständigen Einrichtung zu machen.

Unsere Perspektiven

(Nach einer Rede R. J. Priemers auf der Jugendkonferenz der DKP am 8. Mai 1971)

Jede in Volkseigentum überführte Kupfermine in Chile, jeder Fußbreit Boden, den die Freiheitskämpfer in Angola den portugiesischen Söldnern entreißen, jedes Bombenflugzeug der USA, das die Patrioten in Vietnam vom Himmel holen, eh es seine tödliche Last abgeworfen hat, verkürzt die Frist des Imperialismus.

Jedes neue Kraftwerk in den Weiten Sibiriens, jede Entdeckung sowjetischer Wissenschaftler und jeder Roman, der das Bild der künftigen Menschengemeinschaft gestaltet, beweist uns, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört.

Jedes vor Schichtbeginn verteilte Flugblatt, jeder erfolgreich organisierte Streik, jeder gelungene Gruppenabend mit Diskussionen bis in die Nacht, mit Beschlüssen für die weitere Arbeit, mit neu gewonnener Zuversicht bringt uns unserm Tag näher.

Peter Schütt

Es stand im elan...

... daß Ersatzdienstleistende bald auch bei Post und Bahn eingesetzt werden sollen (elan 1-2/71). Die Deutsche Postgewerkschaft wandte sich inzwischen kompromißlos gegen eine solche Zweckentfremdung des Ersatzdienstes, der „einen persönlichen Beitrag des Zivildienstleistenden zur Friedensförderung ermöglichen“ soll.

... daß der südvietnamesische Student Huynh Tan Mam zusammen mit 117 anderen Studenten verhaftet wurde, als tausende Studenten in Saigon gegen das militärische Ausbildungsprogramm an den Schulen protestierten (elan 12/70). 113 Studenten wurden unter dem Druck weiterer Demonstrationen nach drei Tagen wieder freigelassen. Doch Huynh wurde weiterhin mit vier anderen gefangengehalten. In den nächsten Wochen entwickelte sich eine breite Solidaritätsbewegung. Die gefangenen Studenten begannen einen Hungerstreik. Nach einem Monat wurde Huynh endlich freigelassen. Er klagte auf einer Pressekonferenz die unmenschlichen Zustände und die Folter in den Gefängnissen an. Auf den erfolgreichen Kampf der Studenten antwortete die Saigoner

Clique mit neuen Terrormaßnahmen.

... daß im südvietnamesischen KZ auf der Insel Pulo Condor, dem Saigoner Regime unliebsamer Friedenskämpfer in sogenannten „Tigerkäfigen“ unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten werden (elan 12/70).

Als die Enthüllungen über die Tigerkäfige um die Welt gingen, tauchten in der US-Presse Meldungen auf, nach denen die Tigerkäfige bald verschwinden sollten.

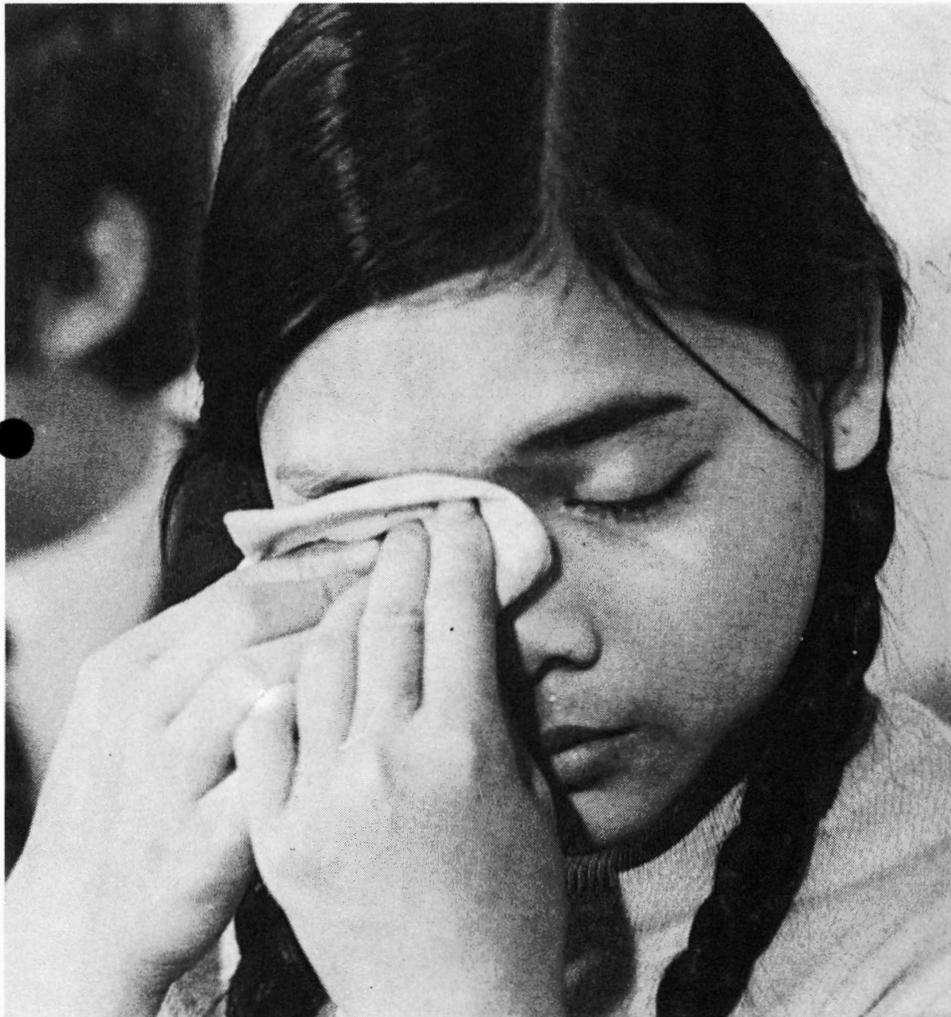
Inzwischen hat Washington den Saigoner Behörden zusätzliche Gelder bewilligt, um die Tigerkäfige umzubauen: sie sind von amerikanischen Baufirmen etwas vergrößert worden. Jetzt haben in den Tigerkäfigen 12 000 Häftlinge Platz.

... daß der Deutsche Bundesjugendring die Überprüfung der Subventionen für Jugendreisendienste forderte (elan 4/1971).

Nachdem die offiziellen Bonner Stellen bisher keine Reaktion zeigten, forderte der DBJR in einem neuerlichen Schreiben, in dem er auch Stellung nimmt zu den Behauptungen der Deutschen Gesellschaft für Internationalen Jugendaustausch, erneut eine Überprüfung.

Calley – einer der Mörder von My Lai ist auf freiem Fuß. Sein höchster Chef – Richard Nixon – hat ihn freigelassen, hat ihn zum Nationalhelden gemacht. Während Angela Davis im Zuchthaus auf ihr Todesurteil warten muß, prügeln Nixons Polizisten, mit der neuen Nationalhymne – dem Calley-Song – auf den Lippen, das andere Amerika, die Hunderttausend von Kriegsgegnern zusammen. My Lai ist kein Einzelfall, genauso wenig wie Calley ein Einzelfall ist. Es gibt viele My Lais, es gibt viele Calleys. Und es gibt den Präsidenten Richard Nixon, der den Krieg gegen die Völker Indochinas befiehlt. Über eines seiner Opfer berichtet aus Moskau J. Kubitschew.

Das Mädchen aus dem Dorf der Toten



13 Jahre ist Tran thi Da. Bei ihrem Bericht über das Massenmorden der GIs gelang es ihr nicht, die Tränen zurückzuhalten. Doch sie will immer wieder darüber sprechen, will der Welt die Wahrheit über die US-Verbrechen sagen, auch um andere junge Menschen vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren.

Sie weinte ununterbrochen von der Minute an, als sie das Schwesterchen auf den Arm genommen hatte und aus dem Dorf der Toten fortgelaufen war, egal wohin. Sie hieß Tran Thi Da und war 11 Jahre alt.

Das war am 18. April 1969, um etwa vier oder fünf Uhr. Der 88. Tag, seitdem der neue Präsident der USA, Richard Nixon, seinen Posten im Weißen Haus eingenommen hatte.

Tran Thi Da erzählt: „... Vom frühen Morgen an beschäftigten sich die Einwohner unserer Gemeinde Hanh Tynh (in der Provinz Quang Nghai – J.K.) mit ihren Dingen. Die Erwachsenen und älteren Kinder waren auf dem Feld, die bejahrten Leute beschäftigten sich mit der Wirtschaft, die kleinen Kinder spielten oder halfen ihnen. Die Sonne stieg immer höher, es ging schon an die Mittagszeit. Die Menschen machten sich von den Feldern auf den Heimweg.

Plötzlich kamen hinter dem Wald mit großem Lärm Hubschrauber angeflogen und begannen sofort niederzugesenken. Der Luftstrom ihrer riesigen Schrauben drückte das Gras nieder. Die Amerikaner sprangen mit lauten Schreien auf den Boden, einige feuerten in die Luft. Sie liefen sofort zu den Häusern unserer drei Dörfer – die Gemeinde bestand aus drei Dörfern – trieben alle Menschen auf einen Platz zusammen, umringten sie und richteten die Gewehre auf sie. Andere Soldaten zündeten unterdessen unsere Häuser an, die – eines nach dem anderen – aufloderten. Gleichzeitig warfen Soldaten Granaten in unsere Bombenunterstände – das sind überdeckte Gruben. Wenn sich jemand dort verstecken konnte, kam er nicht mehr heraus. All das geschah so unerwartet und rasch, alles war so schrecklich, daß die Menschen einfach schwiegen und sich fürchteten. So standen wir, bis unsere Häuser und alles, was darin war, niedergebrannt waren, und warteten, daß man jetzt auf uns schießen wird, und das war entsetzlich. Ich klammerte mich an Mama; sie hielt auf dem Arm die kleine Schwester. Jetzt beginnen sie zu schießen, dachte ich, aber die Amerikaner schossen nicht. Die Häuser brannten und knisterten stark im Feuer.

Als die Häuser fast niedergebrannt waren, ereignete sich plötzlich ein Wunder. Die Amerikaner setzten sich in die Hubschrauber und flogen weg. Wir blieben am Leben. Da begannen alle sehr laut zu weinen, weil die Häuser und die Sachen in ihnen verbrannt waren und wir uns durch ein Wunder gerettet hatten. Wir hatten uns aber nicht gerettet. . .“

Aus der Rede des USA-Präsidenten auf der Pressekonferenz im Weißen Haus am 18. April 1969, d.h. am selben Tag:

„Seit dem Amtsantritt der heutigen Regierung haben sich die Chancen auf den Frieden in Südost-Asien bedeutend verbessert. . .“

Tran Thi Da erzählt: „. . . Wir begaben uns alle in unsere Dörfer, die ganz nahe nebeneinander lagen, und begannen in dem herumzusuchen, was von unseren Häusern übrig geblieben war. Bei manchen Leuten waren die Häuser nicht verbrannt, und sie begannen Essen für sich, die Verwandten – für alle – zuzubereiten. Um ungefähr 12 Uhr kamen die Amerikaner zurück. Diesmal begannen sie sofort nach der Landung auf die Menschen zu schießen. Man konnte nirgendshin weglaufen, alle waren im Dorf, niemand war versteckt. Die Familie von Tante Nhat hatte sich zusammen mit den Kindern in einem Unterstand verstecken können, ein amerikanischer Soldat sah es aber und winkte ihnen, sie sollen herauskommen. Als sie nacheinander den Unterstand verließen, tötete er sofort alle, auch die Kinder.“

Aus der Rede des USA-Präsidenten am 18. April 1969:

„. . . Unsere Position bei den Verhandlungen in Paris muß immer eine solche sein, daß wir die Verhandlungen von der Position der Stärke aus führen können. . .“

Tran Thi Da erzählt: „. . . Als die Amerikaner schon viele getötet hatten, machten sie eine Pause, wahrscheinlich um zu schauen, wer noch zu töten war. Sie wollten uns übriggebliebene nicht einzeln aufspüren, sondern alle gleich auf einmal töten. Nachher trieben sie alle noch am Leben gebliebenen in das Haus von Onkel Huong, gerade hinter dem Haus, wo das Bambusdickicht begann. Mama und mich stießen sie auch hinein. Zuerst schauten sie auf uns und unterhielten sich. Dann traten sie an uns heran und rissen den Kindern die Halsketten ab. Dann gingen sie etwas weiter weg, aber nicht sehr weit, und begannen alle sofort auf uns zu schießen. Weiter kann ich mich nicht sehr gut erinnern. Ich fiel hin, wahrscheinlich hatte mich einer der Erwachsenen beim Fallen mit sich niedergerissen. Ich lag unten. Ich kann mich nur erinnern, wie ich Mama zum letzten Mal lebend gesehen habe. Sie hielt, so wie das vorige Mal, die Schwester auf dem Arm. Als mit dem Schießen aufgehört wurde und alle Menschen schon auf dem Boden lagen, war es sehr still, und von da an kann ich mich schon wieder an alles erinnern, weil ich hörte, wie mich Mama rief. Wahrscheinlich war sie nur verwundet. Ich hatte ihr aber noch nicht geantwortet und auch noch nicht von dem Menschen freigemacht, der auf mir lag, als eine Granate auf uns geworfen wurde, und wieder wurde es still, ganz still. Meine Mama rief mich nicht mehr. Mir war sehr ängstlich zumute, und ich traute mich nicht, mich zu rühren; dann sah ich aber, wie die Soldaten trockenes Gras ausrissen, es auf uns warfen und an-



Vietnamesische Kinder schauen auf ihr Haus – oder auf das, was von ihm übrigblieb. GIs haben es angezündet.
Grund: Ihr Haus ist „vietkong-verdächtig“.

zündeten. Das Gras flammte auf und verbrannte wahrscheinlich sehr rasch, weil ich unten liegend nichts verspürte. Ich weiß nicht, wieviel Zeit verging. Dann hörte ich wieder meinen Namen. Mich rief aber nicht meine Mama, sondern die Schwester. Sie weinte ganz neben mir und rief mich, ich fürchtete mich aber aufzustehen, weil ich dachte, daß die Amerikaner noch nicht weg waren.

Als ich mich herausgearbeitet hatte, fand ich die Schwester. Sie lag zwischen Mama und Tante Tien und war verwundet. Ich rückte Tante Tien ein wenig zur Seite und bekam die Schwester zu fassen. Da sah ich den Jungen Shan aus unserem Dorf. Er fragte mich, ob meine Mama lebte. Ich sagte nein, und er sagte: „Meine auch nicht“, weinte und ging weg.

Aus der Rede des USA-Präsidenten am 18. April 1969:

„... Wir werden alles Erforderliche für den Schutz unserer Positionen und für die Wahrung der Stärke unserer Position beim hartnäckigen Handeln auf den Pariser Verhandlungen über den Frieden unternehmen.“

Tran Thi Da erzählt: „... Ich dachte, daß ich mich mit meiner Schwester verstecken muß, fand auch einen Unterstand, dort saßen schon Shan und Hoi, eines unserer Mädchen. Ich hatte Angst, daß die Amerikaner zurückkommen und alle töten, und daher versteckte ich mich mit der Schwester an einem anderen Platz.

Wir wußten nicht, was wir tun sollten und wollten schon herauskriechen, als amerikanische Flugzeuge kamen und das Dorf zu bombardieren begannen. Die Bomben gingen aber daneben und verbrannten unsere Felder. Eine Explosion verschüttete einen der zwei Eingänge unseres Unterstandes, uns verschüttete es fast mit Erde, wir versteckten uns aber und krochen nicht hinaus.

Erst nach vier Stunden verließ ich mit der Schwester den Unterstand. Wir gingen zum Haus von Onkel Huong, wollten sehen, ob nicht von den Erwachsenen jemand am Leben war. Aber sie lagen alle tot da. Da nahm ich die Schwester auf den Arm, und wir liefen auf die Straße, um nicht im Dorf zu bleiben. Wir liefen in die Berge. Es war sehr heiß, weil rundherum Felder brannten, und ich war sehr müde. . .“

Diese Geschichte hörte ich am 22. März von Tran Thi Da auf einer Pressekonferenz in Moskau und schrieb sie Wort für Wort nieder. Am selben Tag hielt der USA-Präsident eine Fernsehrede, in der er von neuem das Wort „Frieden“ in allen möglichen Variationen gebrauchte. . .

Wie heißt das nächste Dorf, das die amerikanischen Henker vernichten? Heute wissen wir es noch nicht. Aber schon morgen werden wir es vielleicht erfahren. . .

Unser Mitarbeiter Helmut Weinand besuchte die Demokratische Republik Sudan und die Volksrepublik Kongo (Brazzaville), um an Kongressen der Jugendverbände dieser Länder teilzunehmen. Was er dort erlebte, berichtet er hier für die Leser des elan.

Zu Gast bei jungen Revolutionären

Der Lärm der Beat-Band verstummt. Im selben Moment greift der Lehrer im Raum nebenan zur Kreide. Rund 50 Schüler im Alter von 20 bis 30 blicken von ihren Büchern auf. An der Tafel steht bereits eine Reihe von Buchstaben. Die nächste Viertelstunde ist damit ausgefüllt, aus den vorhandenen Buchstaben Wörter zu bilden. Danach greift die Band erneut für ein oder zwei Stücke in die Saiten.

Kein Ort zum Lernen? Für uns vielleicht. Nicht aber in Khartoum, der Hauptstadt der Demokratischen Republik Sudan. In einem mittelgroßen Haus in der Vorstadt hat die „Sudanesische Jugend Union“ (SYU) ihr Zentrum für dieses Gebiet. Nutzfläche ca. 200 m². Und die werden bis auf den letzten Zentimeter genutzt. Schließlich sind die Mittel begrenzt.

Dazu gehört eine großangelegte Kampagne gegen das Analphabetentum ebenso wie die

Organisierung der Jugend. Die oben erwähnte Band übte nicht, um am nächsten Wochenende zum Tanz aufzuspielen. Sie bereitete sich auf eine Tournee durch die Gebiete außerhalb der Stadt vor. Das Ziel: Einbeziehung immer größerer Teile der Bevölkerung, besonders auf dem Lande, am Aufbau des neuen Sudan.

Vor 2 Jahren, genau am 25. Mai 1969, hat im Sudan ein Revolutionsrat unter der Führung von Präsident Nimeri die Macht übernommen. Dieser Tag war der Beginn einer antiimperialistischen, national-demokratischen Entwicklung. Gegen den Widerstand der sudanesischen Bourgeoisie und der internationalen imperialistischen Kräfte, allen voran die USA, Israel und die Bundesrepublik, begann im größten Land des afrikanischen Kontinents der Kampf für eine freie Republik Sudan.

Eine wichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung spielt die Jugendorganisation. 70 000 Mitglieder zählt die SYU. Vor wenigen Wochen führte sie in Khartoum ihren dritten Kongreß durch, den ersten nach der Revolution. Zur Debatte standen die Aufgaben der nächsten Etappe. Im Vordergrund: Erfüllung des 5-Jahr-Plans, Kampf dem Analphabetentum (82 Prozent der Bevölkerung) und Lösung der Probleme des Südens.

1000 Delegierte hatten sich in der Universität von Khartoum versammelt, um über diese Fragen zu beraten. Groß war die Zahl der ausländischen Gäste, die zu diesem Kongreß eingeladen war. Unter den riesigen Ventilatoren, die bei einer Außentemperatur von 40 Grad etwas Kühlung in den Saal zu schaufeln versuchten, saßen Vertreter von 20 Jugendorganisationen aus allen Teilen der Welt. Der sowjetische Kosmosol, die Kommunistische Jugend Chiles, Delegationen aus Frankreich, der DDR und der VAR, der SDAJ und der Jugend Ghanas bis hin zur Mongolei brachten ihre Solidarität mit der Sudanesischen Jugend zum Ausdruck.

„Kein Norden ohne den Süden und kein Süden ohne den Norden“ lautet die Losung des von der Jugendorganisation durchgeführten Festivals in der größten Stadt des Südens, Juba. Der Kampf gilt den Spaltern des Landes, die aus der Rückständigkeit



des Südsudans Kapital schlagen wollen. Leute, deren neokolonialistisches Interesse einer Auseinandersetzung von Sudanesen gegen Sudanesen gilt.

„Solche Kräfte sind, außer in den USA und Israel, auch in der Bundesrepublik zu finden“, erklärte der Minister für südliche Angelegenheiten in einem Gespräch mit den ausländischen Delegationen.

Um diesen Schmarotzern endgültig das Handwerk zu legen, braucht die Republik Sudan eine gebildete, politisch bewußte Jugend, die frei ist von Stammesvorurteilen, Aberglauben und religiösem Fanatismus.

Diese Aufgabe hat sich die „Sudanische Jugend Union“ gestellt. Und sie weiß dabei, wo ihre Freunde zu finden sind. Mit Sicherheit in den verschiedenen Kulturzentren der sozialistischen Länder. Nehmen wir das Zentrum der UdSSR in Khartoum. Mit einem Swimming-Pool für Jedermann. Mit einer reichhaltigen Bibliothek in englischer, arabischer und russischer Sprache. Mit einer Film-Ausleihstelle und einem komplett eingerichteten Sprachlabor.

Einen Swimming-Pool hat auch der westdeutsch-sudanische Club in der Nähe des Flughafens von Khartoum zu bieten. Benutzt werden darf er freilich nur von den eingeschriebenen Mitgliedern. Dafür steht etwas anderes auf dem Programm: Hausmannskost für sauerkraut- und linsensuppenhungrige Westdeutsche (laut Speiseplan im Aushang). Ein völlig auf Party-Bedürfnisse ausgerichteter Club ohne Nutzen für die sudanese Bevölkerung.

Die Jugend im Sudan steht vor großen Aufgaben. Aber fast ebenso groß sind die Schwierigkeiten. Neben den wirtschaftlichen Problemen des Landes, der Rückständigkeit des Südens und der enormen Mittel, die erforderlich sind, um im Norden die Dürregebiete zu bewässern, gilt es, die Menschen für eine demokratische Massenbewegung, die Voraussetzung für eine wirkliche Autonomie, zu gewinnen.

Die Initiativen der Jugendorganisation treffen jedoch auch nicht in jedem Fall auf die Sympathie aller Regierungskräfte. Diese Fragen stehen allerdings nicht im Vordergrund. Die fortschrittliche Entwicklung der Republik Sudan ist die wichtigste gemeinsame Aufgabe. Ein Delegierter aus dem Südsudan während des Kongresses: „Früher gab es einen Krieg zwischen dem Norden und dem Süden. Heute gilt unser gemeinsamer Kampf der Armut und dem Imperialismus.“

Ein paar Flugstunden weiter südlich: Internationale Konferenz zur Unterstützung der gegen den portugiesischen Kolonialismus kämpfenden Befreiungsfronten in der Hauptstadt der Volksrepublik Kongo, Brazzaville. Der Präsident der „Union der Sozialistischen Jugend Kongos“ (UJSC) in seiner Eröffnungsansprache: „Wir versichern Euch unserer vollen Solidarität in unserem gemeinsamen Kampf, den wir ge-

gen den Imperialismus, den Kolonialismus und den Neokolonialismus führen. Die Wahl unseres Landes zur Durchführung dieser Konferenz ist der Beweis, daß der Kampf unseres Volkes die Sympathie der fortschrittlichen Jugend der ganzen Welt findet. Ihr seid in ein afrikanisches Land gekommen, daß sich unwiderruflich entschlossen hat, sich von der Vormundschaft und der Ausbeutung durch den Imperialismus zu befreien.“

Die größte Aufmerksamkeit gilt den Vertretern der Befreiungsbewegungen. Gespannt verfolgen die Delegierten von 32 Jugendorganisationen aus Afrika, Asien, Latein-Amerika und Europa die Berichte der MPLA aus Angola, der FRELIMO aus Mozambique und PAIGC aus Guinea-Bissau.

„Heute werden von der MPLA in zehn der 15 Bezirke Angolas politische und militärische Aktionen durchgeführt. Zur Zeit kontrollieren wir mehr als ein Drittel des ganzen Landes. Das sind 400 000 km² mit einer Einwohnerzahl von rund 500 000 Menschen.“

Seit Jahren wird in diesen Ländern ein erbitterter Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten geführt. Doch in diesem Krieg sind die Portugiesen nur ausführendes Organ. Die Hintermänner sind vor allem in Washington, Bonn und Süd-Afrika zu finden. Über die Unterstützung der Bundesrepublik stellt der Vertreter der SDAJ in seinem Diskussionsbeitrag fest: „Portugal hat bei seinen neokolonialistischen Feldzügen, bei dem Einsatz von Giftgas und Napalm, in der Bundesrepublik Deutschland einen seiner besten Verbündeten. Daran hat auch die neue sozialdemokratische Regierung nichts geändert. Die Bundesrepublik ist nach wie vor an allen Verbrechen gegen die um ihre Unabhängigkeit ringenden Völker beteiligt. Der Krieg Portugals wird mit von Westdeutschland bezahlten Flugzeugen und Kriegsschiffen geführt. Neben anderen Waffen bekam Portugal von der Bundesrepublik 100 000 Maschinenpistolen geliefert. Die Bundesrepublik unterstützt die Unterdrückung der afrikanischen Völker finanziell, militärisch und ökonomisch.“

Dahinter stehen konkrete, wirtschaftliche Interessen. Westdeutsche Firmen, fast alle großen Konzerne, sind in den sogenannten portugiesischen Kolonien und anderen afrikanischen Staaten vertreten.

Von einer Afrika-Reise zurückgekehrt, berichteten die CDU-Abgeordneten Häfele und Rinsche vor wenigen Wochen dem Bundestag: „Es ist falsch, mit ideologischen Vorurteilen und ohne Kenntnis des Entwicklungsstandes Afrikas überhaupt, ja sogar der Veranlagungsunterschiede zwischen Afrikanern und Europäern Südafrika beurteilen zu wollen. Auf Jahrzehnte, wohl Generationen, gibt es zur derzeitigen Politik der Apartheid, heute lieber genannt:

der multinationalen Entwicklung, im Grundsatz kaum eine Alternative, es sei denn Chaos. (,Man kann eine Frucht nicht reif pressen.‘ Afrikanisches Sprichwort) ... Gerade wir Deutschen genießen in Südafrika ein hohes Ansehen und haben ein starkes wirtschaftliches Interesse.“

Gegen solche Kräfte gilt es den Kampf zu organisieren. Nach eingehender Diskussion verabschiedete der Kongreß in Brazzaville zwei Dokumente. Eine politische Resolution und ein Aktionsprogramm.

„Die Konferenz verurteilt die barbarischen Methoden der Unterdrückung und Ausbeutung der portugiesischen Kolonialisten unter der wachsenden Unterstützung der NATO-Mitgliedstaaten, wie der BRD, Groß-Britanniens, Frankreichs und besonders der USA. Die Konferenz drückt ihre Bewunderung für den Kampf der Befreiungsbewegungen aus. Auf Grund der Notwendigkeit, die politische, moralische und materielle Solidarität der Jugend mit den Völkern Angolas, Guineas und der Cap Verdischen Inseln und Mozambiques zu verstärken, appelliert die Konferenz an alle fortschrittlichen und demokratischen Jugendorganisationen der Welt, die Solidarität mit dem bewaffneten Kampf der MPLA, der PAIGC und der FRELIMO zu verstärken.“

Das Aktionsprogramm sieht eine Kampagne vom 3. August 1971 bis zum 4. Februar 1972 zur Verstärkung der materiellen Hilfe vor. Die vom Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ), der Panafrikanischen Jugendbewegung (MPJ) und der Union der Sozialistischen Jugend Kongos (UJSC) organisierte Konferenz hat den 4. Februar zum Internationalen Solidaritätstag mit der MPLA, den 3. August mit der PAIGC und den 25. September mit der FRELIMO erklärt. Eine Reihe weiterer Aktionen, wie die Mobilisierung der Öffentlichkeit, besonders in den NATO-Ländern, und der Isolierung derjenigen Regierungen, die die portugiesischen Verbrechen unterstützen, stehen auf dem Programm.

Welche Rolle können die fortschrittlichen Teile der westdeutschen Jugend bei der Unterstützung des Kampfes der afrikanischen Völker spielen?

Bei uns kommt es darauf an, immer größere Teile der öffentlichen Meinung gegen die Beteiligung der Bundesregierung an den neokolonialistischen Kriegen zu gewinnen. „Als die Weißen in unser Land kamen, hatten wir das Land, und sie hatten die Bibel – jetzt haben wir die Bibel und sie haben das Land“, heißt es in einem alten und bitteren Sprichwort aus den Kolonien. Diese Zeiten sind vorüber. Der Kampf um die Zurückgewinnung des geraubten Landes hat die letzten Gebiete erreicht. Unsere volle Unterstützung und Solidarität muß jenen Kräften gehören, die um ihre nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung ringen.

Gewerkschaften

Der im Nachrichten-Verlag Frankfurt erschienene Band „Gewerkschaften — Standort und Perspektive“ bietet auf über 300 Seiten umfangreiches, vom Standpunkt der Arbeiterklasse her erarbeitetes Diskussionsmaterial zur Rolle der Gewerkschaftsbewegung in der BRD. Beiträge

westdeutschen Bereitschaftspolizei gingen die Herrschenden der BRD gegen diejenigen vor, die sich gegen die geplante (und längst beschlossene) Wiederaufrüstung zur Wehr setzen.

Dr. Fritz Krause schildert, gestützt auf umfangreiche Dokumente und Pressematerialien, den Weg und den Kampf

war zu hören: „Wer weiß, wo diese Lumpen stecken! Wenn wir den Zuchthäusler bekommen, eine Kugel ist ihm sicher!“

Mit dem „Zuchthäusler“ war Karl Liebknecht gemeint, der Erzähler ist der Berliner Arbeiter Otto Franke, Teilnehmer an der Novemberrevolution und Gründungsmit-

setzt, Feldjäger-Rollkommandos fahnden nach unbequemen Offiziersdenkschriften...

Sicherlich: ein Roman, Handlung erfunden, Ähnlichkeiten mit lebenden Personen — nein, die sind schon nicht mehr zufällig, denn was Block und sein Freund, der Oberst Reisdorf, in der Mühle der Gesinnungsschnüffelei und

ELAN — BUCHERKISTE

zu diesem Buch lieferten u. a. Leo Ledwohn, Dieter Klein, Heinz Schäfer, Werner Cieslak, Wolfgang Bartels und Herwart Prudlo; behandelt werden u. a. die Themen „Gewerkschaften und Staat“, „Gewerkschaften und Neofaschismus“, „Fragen der betrieblichen Mitbestimmung“ und „Die Gewerkschaften und die Arbeiterjugend heute“.

(Ledwohn/Seeger: Gewerkschaften — Standort und Perspektive, Nachrichten-Verlags-GmbH, 340 Seiten, 7,50 DM.)
Im selben Verlag erschienen und ebenfalls zu empfehlen: „Arbeiter-Seminar '71“ — Eigentum, Mitbestimmung, Systemveränderung (216 Seiten, ganzkartoniert, DM 6,—)

Antimilitaristische APO 1949—1955

Im Juni 1948 schrieb die Zeitschrift „US News and World Report“, daß „in Kreisen offizieller Militärpersönlichkeiten in Deutschland über einen Wiederaufbau der deutschen Armee als Gegengewicht zur Stärke Rußlands in Europa“ diskutiert werde.

Solche Gerüchte und die eilfertigen Dementis der Parteien des westdeutschen Monopolkapitals standen am Anfang einer Kampagne, durch die die Bevölkerung der Siegerländer und der heutigen BRD bereits drei Jahre nach Kriegsende auf die Wiederbewaffnung des deutschen Imperialismus vorbereitet werden sollte. Mit Halbwahrheiten, Lügen, einer beispiellosen antikommunistischen Haßpropaganda und mit dem Terror der paramilitärischen

der damaligen antimilitaristischen Opposition. Aus der spontan sich entwickelnden „Ohne-Mich-Bewegung“ wurde eine breite Volksbewegung geschaffen, an der sich Kommunisten, fortschrittliche Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Christen und bürgerliche Pazifisten beteiligten; führend beteiligt war die KPD. In die Erinnerung zurückgerufen werden die Aktionen zur Rettung der Insel Helgoland, die als Zielgelände für britische Bombenübungen dienen sollte, die machtvollen Protestdemonstrationen der Arbeiterjugend und die verbotenen Aktionen der Volksbefragung, in deren Verlauf fast 10 Millionen Bundesbürger gegen die Remilitarisierung stimmten.

Krauses Buch ist mehr als eine wissenschaftliche Dokumentation: es ist zugleich eine aktuelle Anleitung zum Handeln im gegenwärtigen Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen das Rechtskartell und für die Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

(Fritz Krause: „Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949 bis 1955“, Verlag Marxistische Blätter, 188 Seiten, 7,50 DM.)

Karl und Rosa

„Die Sitzung der revolutionären Obleute war aufgefliegen. Wir mußten uns zurückziehen. Auf vielen Umwegen kam Karl zusammen mit mir nach 12 Uhr nachts in dem Vorort Alt-Stralau an... Die Greifer huschten an uns vorbei, dann kamen sie zurück. Deutlich

glied der KPD. Sein fesselnder Bericht über die illegale Arbeit des Spartakus-Bundes gehört zu einem Sammelband von Erinnerungen zahlreicher Kampf- und Lebensgefährten von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ein Buch, das jedem jungen Arbeiter mehr über die Geschichte seiner Klasse berichtet, als alle Lehrbücher für Berufsschulen in der BRD zusammen.

(„Karl und Rosa, Erinnerungen zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“, herausgegeben von Ilse Schiel und Erna Milz, Dietz-Verlag Berlin, ca. 300 S., 6,80 DM)



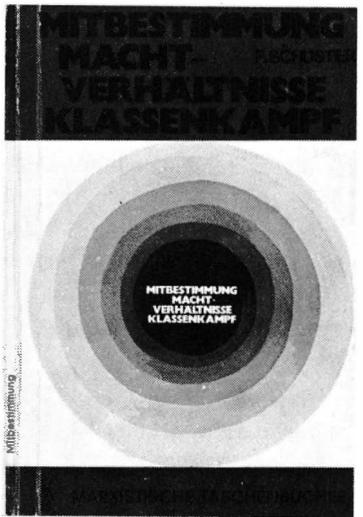
Gesinnungsschnüffler

Berthold Block, Pazifist und Atomwaffengegner, macht sich unbeliebt, weil er kritische Artikel über die Bundeswehr schreibt. Der militärische Abschirmdienst schaltet sich ein, Kirchenblättchen-Redakteure werden unter Druck ge-

des Rufmords erleben, das widerfährt den Unterzeichnern von „Soldat 70“ jeden Tag. Erwin Fischers „Kameradenessen“ vermittelt einen lebendigen Eindruck vom Innenleben reaktionärer Bundeswehroffiziere und den Methoden des Militärischen Abschirmdienstes. Eine spannende Lektüre nicht nur für Reservegefreite.

(Erwin Fischer: „Kameradenessen“, Roman, verlegt bei Kindler, München, ca. 280 Seiten, 20,— DM)

Weitere Neuerscheinungen



Friedemann Schuster: „Mitbestimmung, Machtverhältnisse, Klassenkampf“, Verlag Marxistische Blätter, ca. 80 Seiten, 3,— DM)

„KPD-Verbot, Ursachen und Folgen 1956 bis 1971“, herausgegeben von Max Reimann u. a., Verlag Marxistische Blätter, ca. 80 Seiten, 3,— DM)

Reinhard Junge

★ ★ ★ ★ SONG-



Aus: Bulletin der Bundesregierung, 11.5.71

Ware Mensch

Man spricht von Arbeitsmarkt – auf dem Markt, und von Marktlücken – auf dem Markt. Gemeint sind immer Menschen.

Man spricht von „Normalisierung und Entspannung“ auf dem Arbeitsmarkt. Gemeint ist dann, daß es wieder mehr Arbeitslose gibt, daß das Angebot steigt und die Ware billiger wird.

Gemeint ist die Ware Mensch die Ware Arbeitskraft die der Unternehmer kauft oder die er wegschmeißt an der er verdient oder die er abstößt die er braucht oder nicht mehr braucht die er verbraucht und entläßt

Auf dem Markt auf dem Markt auf dem Arbeitsmarkt trägt der Arbeiter

seine Arbeitskraft zu Markte

Weil er nichts anderes verkaufen kann weil er nichts anderes hat wofür er Geld kriegt damit er davon leben kann

Und der Unternehmer stellt mit Genugtuung fest, daß die Arbeitszeit in den letzten fünfzig Jahren nur um ein paar Stunden gesunken ist, während die Profite der Unternehmer in der gleichen Zeit um einige tausend Prozent gestiegen sind.

Auszug aus „Profitgeier“ von Floh de Cologne

Literatur

„Agitprop“, Aktueller Textdienst für Spiel- und Songgruppen, erscheint kostenlos bei: Herrmann Gruber, 8 München 82, Zehntfeldstr. 111.

„Kultur und Kulturpolitik im anti-imperialistischen Kampf“, zu erhalten bei DKP-Parteivorstand, 4 Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 79

„Werkhefte“ des Arbeitskreises für Amateurkunst und „Deutsche Volkskunst“ (Jahresabo 6,- DM) über: Arbeitskreis für Amateurkunst, 42 Oberhausen, Josefplatz 3.

„Im Jahr der Schweine“, 30 neue Lieder von Franz Josef Degenhardt, Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg.

Unterm

Hammer:



Uns Udo

Jeden Monat kommt künftig im „elan“ eine Platte unter den Hammer.

Das meinen wir wörtlich. In diesem Monat ist Udo Jürgens mit seiner Single „Lieb Vaterland“ an der Reihe. Die Redaktion kam zu dem Schluß: Trotz eines stellenweise passablen Textes von Eckart Hachfeld, verdient diese Platte ein solches Urteil. Denn wenn da neben vielem Richtigen behauptet wird, unser Land, in dem bekanntlich nach dem Krieg die Herrschaft der Reichsten wiedererrichtet wurde, habe „einen neuen Weg gefunden“, und gerade die Jugend warte „auf deine Hand, lieb Vaterland“, so können wir nur zu dem Ergebnis kommen: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, Udo schläfert die Jugend ein!“ Daher: unter den Hammer! Und auch sonst, lest mal diese Kommentare von Udo und seinem Manager:

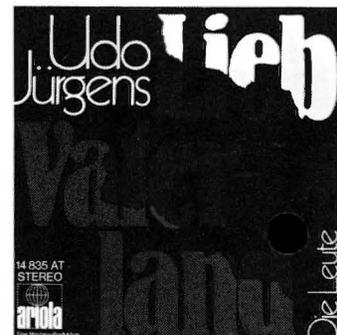
Und Udo Jürgens zu seinem „politischen“ Lied:

„Ich habe, zugegeben, selbst Bla-Bla gemacht. Man muß mal anfangen, wichtige Dinge auch im Text von populärer Musik an-

zusprechen. Warum soll ich nicht auch als Wohlhabender ein soziales Empfinden haben? Ich habe lange genug mit sehr wenig Geld leben müssen. Was ich jetzt habe, ist durch meine Arbeit zusammengekommen und nicht durch Kulis, die für mich gearbeitet haben.“

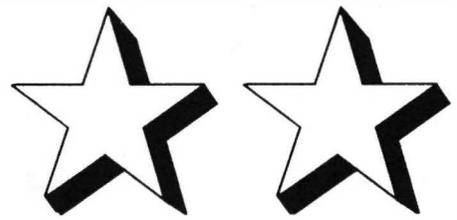
Hans R. Beierlein, Manager von Udo Jürgens, zur „Wartung“ seines Stars:

„Wir machen in Deutschland immer noch Texte von 1938. Auch Udo hat Texte, die unbedingt vergessen werden müssen. Der Schlagertext hat Tabus: Sozial- und Gesellschaftskritik, das wird immer ausgespart. Wir wollen das jetzt probieren. Wenn es einigermaßen hinhaut, machen wir weiter und ziehen die Schraube noch ein bißchen an.“



Plattentips

TYPISCH HÜSCH ist, daß er wegen seiner differenzierenden Zwischentöne bei vielen Genossen als „liberaler Scheißer“ gilt, obwohl seine Texte eine klare Sprache sprechen (z.B. in „Frieden hienieden“) und zur Veränderung des Systems aufrufen. „Typisch Hüsch“ ist, daß er ständig zweifelt, und auch scheinbar gängige Wege und Lösungen in Frage stellt. „Typisch Hüsch“ ist, daß seine Schallplatten erst wenig Beachtung finden und später als „le-



Die „Flöhe von Köln“ antworten den Zensoren von Köln

Schon wieder ist im Fernsehen gegen uns politische Zensur geübt worden. Zeitungsmeldungen entnehmen wir, daß der WDR-Programmdirektor Dr. Scholl-Latour eine bereits fertiggestellte Sendung mit unserer Rockoper PROFIT-GEIER selbstherrlich gegen den Willen der zuständigen Jugendredaktion aus dem Programm gestrichen hat. In gleicher Weise hatte kürzlich Werner Höfer im 3. Programm eine Sendung abgesetzt. Scholl-Latour spricht in seiner Begründung verleumderisch von „rotem Faschismus“, Höfer von „üblem Doppelspiel“: die geplante einstündige Sendung hätte seiner Meinung nach „eine dicke Doublette“ eines siebenminütigen aktuellen Kurzberichts über „Profitgeier“ in MONITOR ergeben. Wir stellen fest: 1. Herr Höfer lügt. 2. Herr Scholl-Latour lügt.

Gegen Scholl-Latour und Höfer ist von uns Strafanzeige wegen übler Nachrede und Beleidigung erstattet worden. Wir haben beide Herren eingeladen, sich bei einer unserer nächsten Vorstellungen der Öffentlichkeit zu stellen. Wenn sie es zeitlich einrichten können, werden sie sicherlich kommen, um sich einmal über die Meinung „ihres“ jugendlichen Fernsehpublikums zu informieren. Allein in Leverkusen haben sofort nach Bekanntwerden der WDR-Entscheidung 600 Jugendliche mit ihrer Unterschrift gegen diesen Akt der Zensur protestiert. Über 100.000 Besucher sahen bisher die Rockoper PROFIT-GEIER!

Floh de Cologne, 5 Köln, Brabanter Straße 42



gendäre Raritäten“ gelten. „Typisch Hüsch“ ist ferner, daß seine neue Pläne-Platte „Typisch Hüsch“ heißt (Pläne S 33401, 20 DM) und unter Mitwirkung guter Jazzer produziert wurde. „Typisch Hüsch“ ist letztlich, daß diese LP das zeigt, was wirklich Typisch Hüsch ist: engagierte, skeptische, ironische, kritische und sehr ruhige, das Denken anregende Lieder und Sprechgesänge.

Ein Live-Mitschnitt aus der Deutschland-Tournee von FRANZ JOSEF DEGENHARDT wurde als „DIE WALLFAHRT ZUM BIG ZEPPELIN“ (Polydor 2371 138, 20 DM) mit neuen Liedern veröffentlicht. Degenhardts „El condor pasa“ – ein amerikanischer Musik-Verlag verbot ihm die Verwendung der bekannten Melodie mit der Begründung, er habe einen anti-amerikanischen Text dazu gemacht – erzählt die lange Geschichte der Ausbeutung der Inkas durch Spanien und die USA und endet: „...zerhackt die Yankee-Gier nach Gold und Blut / die Gier wird nie satt! / Erst dann kann Frieden sein in jedem Land, / wenn man sie getötet

Zusammenhang rückt und die Gründe aufzeigt, die zur Konkurrenzhaltung der beiden führten. In „Rudi Schulte“ besingt Franz Josef Degenhardt den Lebenslauf eines Essener Kommunisten, der sich schon seit 40 Jahren mit der nötigen Kleinarbeit für seine Partei und „für die Sache, die so einfach – aber schwer zu machen ist“ einsetzt. Im Titelsong wird gegen jene Teile der Jugend argumentiert, „die mit Pop und Pot auf dem falschen Trip sind“ und sich z.B. auf Pop-Festivals ohne Gegenwehr ausnutzen lassen, anstatt mit der proletarischen Jugend den Klassenkampf zu führen und hierin ihren Vorläufern, den Wandervögeln gleichen, die sich in die Romantik der Blauen Blume flüchteten. Denn: „Wieder mal nach innen ging der Trip, das große Wandern / und Schule und Betrieb ließen sie wieder mal den andern.“

Die Einnahme von Drogen führt Degenhardt als Ursache dafür an, daß so viele Jugendliche sich nicht politisch organisieren. Mit „Big Zeppelin“ ist im folgenden Zitat die Rauschgift-Spritze gemeint:

„Big Zeppelin, Big Zeppelin, du Friedenswunderwaffe,
du hast erreicht, was Wasserwerfer und Polizeiknüppel nicht schaffen:

Die gerade lernten, wie man lernt, nicht einfach wegzurennen,
die hockten da am Straßenrand, kaputtgerannt beim Flennen.
Die lernten, daß der Kampf nicht läuft, wie ‚Räuber und Gendarmen‘,

die schossen sich die Leiber wund und hatten kein Erbarmen.

Und Love und Peace und Freedom war wieder überall
und ‚paar kaputte Schießer verschmerzt das Kapital.‘“

hat.“ Zu den beeindruckenden Liedern gehört auch „Monopoly“, worin der Sänger eine am 20.1.1970 in West-Berlin tödlich ausgegangene Schlägerei zwischen zwei Arbeitskollegen (die damals Bild-Schlagzeilen machte) in den gesellschaftlichen

Franz-Josef Degenhardt hat auch alte Lieder wie z.B. Tonio Schiavo aus dem Jahre 1966 so überarbeitet und ergänzt, daß sie Agitationsstrophen umfassen. Seine Lieder spiegeln die Strukturen der politischen Situation der letzten beiden Jahre wider.

AGITPROP



Antifaschistische Aktion

Die Bande nennt sich „Aktion Widerstand“: der braune Mob will sich formieren und brüllend durch die Stadt marschieren. Bürger, rettet unser Land vor solcher Art von „Widerstand“!

Thadden und Konsorten lassen bitten: die DDR und ein Drittel von Polen wollen sie sich heim ins West-Reich holen. Heute werden die Grenzen nur bestritten, morgen vielleicht schon überschritten.

Wer sie hört, der ist entsetzt: Für Gewerkschafter, Dichter und Denker ruft die Meute nach dem Henker! Stoppt die Nazibande jetzt, die öffentlich zum Mord aufhetzt!

Dahinter stehen Strauß und Springer: sie schüren heimlich, still und fleißig die Feuer für ein neues Dreiunddreißig! Haut den Braunen auf die Finger, sonst passiern noch andere Dinger!

Ihr Aufmarsch ist eine Schande. Und sie marschieren abermals unter dem Schutz des Großkapitals! Demokraten, jagt die Bande fort aus unserm Lande!

Auf zur Gegendemonstration! Wir statuieren dem Thadden ein Exempel — und zerschlagen seinen braunen Krempel! Unsere gemeinsame Aktion stoppt seinen Marsch auf Bonn!

Peter Schütt

Frühstückspause

Ich bin Schlosser. Arbeitszeit von halb Acht bis halb Fünf. Die Frühstückspause wurde von der Betriebsleitung abgeschafft. Dafür haben wir länger Mittag. Ich kann mich frühmorgens nicht so vollstopfen. Meine Kollegen übrigen auch nicht. Um neun knurrt uns der Magen. Die Werkstatt ist klein und alle Stühle stehen in der Meisterbude. So hocken wir auf der Werkbank und essen eine Doppelte. Wir sitzen nicht gerade gut. Die Eisenkante ist kalt

Im September kam ein neuer Stift. Er holte sich einen Stuhl aus der Meisterbude. Der Meister war nicht da, kam aber kurz darauf. Den Jungen da sitzen sehen und schreien war eins. „Nun lassen Sie ihn doch“, sagte ich, „ist doch egal, wo er sitzt.“ Schreit der Meister mich an: „Hier frühstückt jeder so, wie er arbeitet.“ Der Stift tat so, als hätte er nichts gehört.

Ein Meister sagt schon mal was und es wird nicht so auf die Goldwaage gelegt. Aber die Bemerkung „hier frühstückt jeder so, wie er arbeitet“, ging mir nicht aus dem Kopf. Das hieß also, wer den ganzen Tag auf seinem Hintern sitzt, der hat auch das Recht, im Sitzen zu frühstücken. Wer bei der Arbeit steht, muß auch beim Frühstück stehen. Da soll doch der Teufel dreinfahren.

Am nächsten Morgen holte der Stift sich wieder einen Stuhl. Ich nahm mir auch einen. Der Meister saß hinter seinem Schreibtisch, sah auf, sagte aber nichts. Schade. Als Reparaturschlosser arbeite ich sozusagen in allen Lebenslagen, stehend, sitzend und oft auch liegend. Ich hätte ihn gern gefragt, wie ich nun frühstücken soll.

Inzwischen haben wir eine neue, größere Werkstatt. Für Stühle ist wieder Platz. Jetzt sitzen alle und der Meister sagt nichts. Meine Frage, ob ich stehend, sitzend oder liegend frühstücken soll, werde ich wohl nicht mehr los.

Aletta EBer (Werkkreis-Text)

Soldat Andreas Otto auf dem Hamburger Thälmann- Seminar

Ihr fragt: Was will ein Bundeswehrrsoldat auf einem Thälmannseminar?

Gegenfrage: Was tut ein General beim Industrieclub oder auf einem Revanchistentreffen?

Er bekennt sich zu seiner Klasse!

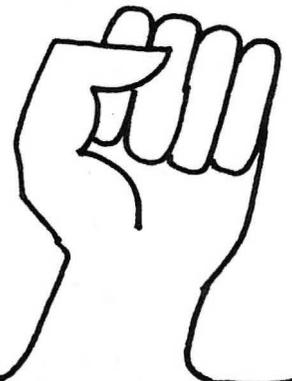
Wie meine Vorgesetzten nehme ich für mich das Recht in Anspruch, mich zu meiner Klasse zu bekennen: zur Arbeiterklasse, zu ihren Traditionen, zu ihren Kämpfen, zu ihrer Partei.

Peter Schütt

Ankunft

Drüben, hinter der nötigen Grenze, sag ich den Monopolen ade, lös mir für zwanzig Pfennig eine U-Bahnkarte zum Alex, kaufe mir das Neue Deutschland, lese flüchtig und schaue hinaus, aufgeregt und ziemlich gut gelaunt: ein neuer Staat, auch mein Land.

Peter Schütt



Zwei Starfighter der Bundeswehr rasen im Tiefflug über die Leinwand. Einblendung:

„1 Starfighter kostet 8 Millionen Mark.“ Schnitt. Vor dem Zuschauer erscheint eine Schule; ihre hellen, modern eingerichteten Klassenzimmer bieten mehr als 700 Kindern Platz zum Lernen. Erneute Einblendung: „Diese Schule kostet 7,2 Millionen.“ Dann die Feststellung: „Bisher sind über 120 Starfighter abgestürzt.“ Schnitt, Trickfilmeinblendung: Ein Flugzeug stürzt auf eine Schule, die Schule explodiert.

Das ist, aus der Erinnerung heraus geschildert, eine der überzeugendsten Sequenzen aus Film „Vier Beispiele der Agitation“. Gedreht haben ihn die Regisseure Jedamus, Stützing, Vosz und Weber von der

neuesten Kurzfilme aus über zehn Ländern kennenzulernen. Die Filmothek ist eine Erfindung der filminteressierten Jugendlichen Oberhausens. Unzufrieden damit, daß im alljährlichen Non-Stop-Mammut-Programm der offiziellen Kurzfilmtage nur selten Zeit für Diskussionen blieb, regten sie vor vier Jahren eigene Veranstaltungen an.

Mehr als 300 Filme liefen in der Woche zwischen dem 30. April und dem 8. Mai über die Leinwand, darunter zahlreiche, die unmittelbar nach ihrer Vorführung zu teilweise hitzigen Diskussionen anregten.

Insbesondere unter dem Thema „Gewalt in unserer Zeit“ wurden einige bemerkenswerte Produktionen gezeigt. Zu ihnen gehörten:



Münchener Gruppe „Das Team“, gezeigt wurde er während des bayerischen Landtagswahlkampfes von einem beweglichen Straßenkino der DKP. Seine Aufführung während der Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen wurde abgelehnt. Aber drei Tage später siegte er durch Publikumsabstimmung in der Kategorie „Politische Filme“ auf der Dritten Filmothek der Jugend.

Pausenhalle und Aula des Staatlichen Gymnasiums zu Oberhausen glichen eine Woche lang einem Heerlager. Tag für Tag drängten sich dort Hunderte von Lehrlingen und Schülern. Sie umlagerten die Informationsstände der Jusos, Jungdemokraten und der SDAJ, stürmten in den Pausen den Getränke- und Würstchenkiosk und umlagerten die Schmalfilmckecke, wo außer Konkurrenz die Abenteuer des tapferen Asterix an die Wand geworfen wurden. Und bis zu sieben Stunden täglich saßen sie Kopf an Kopf in der stickigen Luft der Aula, um dort die

– „Ende des Dialogs“, ein von südafrikanischen Freiheitskämpfern illegal gedrehter Film gegen die Apartheid-Politik der weißen Minderheiten-Regierung; – „Peace now“ (Frieden jetzt!) aus den USA;

– „Venceremos“, ein Film aus Chile; in krassen Gegenüberstellungen werden das Elend der Ausgebeuteten und der Luxus der Herrschenden Südamerikas gezeigt; nach dem sekundenlang eingeblendeten Wort „Basta“ folgen mitreißende Aufnahmen von den Siegesfeiern nach der Wahl Allendes;

– „Elf zu Null“ (Cuba) von Santiago Alvarez; Anlaß zu diesem Film gab die Verhaftung von elf cubanischen Fischern durch US-Marine-Einheiten; in die Aufnahmen von Protestaktionen auf Cuba werden Ausschnitte aus Reden Fidel Castros, von den Antikriegs-Demonstrationen in den USA und ein Trickfilm, der zur Wachsamkeit gegenüber US-Agenten aufruft, eingeblendet.

All diese Filme wurden mit ver-



Überhaupt: es fehlte auch in diesem Jahr nicht an Filmen, die über ein „deutsches Mädchen“ nicht mehr zu berichten hatten, als: Was es isst (Yoghurt), trinkt (Pampelmusensaft), anzieht (Mini) und mit wem es schläft (unterernährtes Mittelalter, Halbglätze, Bart). Und nur in den Filmen „Programmhinweise“ von Christiane Gelmer und „Warum ich Hausfrau werden soll...“ von Wolfgang Richter entdeckt der Zuschauer einen Hinweis darauf, daß die Befreiung der Frau wohl doch erst im Sozialismus möglich sei – aber das ist auch nur Behauptung, jegliche Herleitung fehlt, niemand glaubt es.

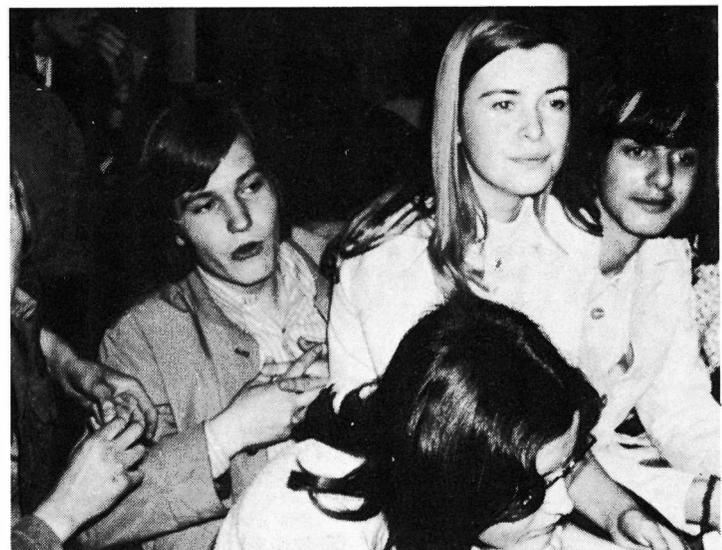
Die Diskussionen zwischen den einzelnen Veranstaltungen hatten aber nicht nur einen nützlichen Charakter: Oftmals waren sie von formal-demokratischer Prinzipienreiterei so überladen, daß selbst die gutwilligsten die Lust zum Mitreden verloren.

Auch erscheint es zweifelhaft, ob man junge Mädchen in der Emanzipationsdebatte dadurch ans Mikrofon bekommt, daß man jugendbehördlich feststellt: „Wenn die Mädchen sich nicht an dieser Debatte beteiligen, so beweist das doch, daß sie wirklich nichts anderes wollen als tanzen, modische Kleidung und einen schicken Mann.“

Die Mädchen im Saal taten das einzig richtige: Sie husteten dem Jugendpfleger eines und weigerten sich, als Zoo-Objekt aufzutreten.

Doch diese Mängel können, insgesamt gesehen, an dem Erfolg der Dritten Filmothek nicht rütteln.

Reinhard Junge



POST

»Taschengeldparagraf«

Der Brief eines Vaters eines unserer Leser wirft ein Problem auf, über das viel Unklarheit besteht. Der Vater irrt. Nach dem sogenannten „Taschengeldparagrafen“ ist es für Minderjährige ohne weiteres möglich, selbständig eine Zeitschrift zu abonnieren.

Da mein Sohn Detlef ohne mein Wissen als Minderjähriger (16 Jahre) – ohne geschäftsfähig zu sein – Ihr Magazin elan bestellte, wurde die Nachnahme nicht eingelöst.

Nach Kenntnisnahme Ihrer beiden Ausgaben März/April, die Detlef bekommen hat, stelle ich fest, daß dieses Magazin in keiner Weise den Vorstellungen einer Jugendzeitschrift entspricht, sondern stark tendenzlösen sozialistischen-kommunistischen Einschlag hat, ohne Alternativen aufzuzeigen.

W. N., Münster

Mehr für Schüler

Ein Schüler schreibt uns:

Ist elan wirklich ein Magazin für alle jungen Leute oder nur für Lehrlinge? Gewiß, die jungen Arbeiter machen den größten Teil der Leser aus, aber ich meine, man müßte mehr für und über uns Schüler bringen, denn unsere politischen Probleme sind genauso wichtig, wie die der jungen Arbeiter. Ich glaube, es wäre aufschlußreich und interessant, zu erfahren, wie andere Leser darüber denken.

MICHAEL HEININGER,
Gelnhausen

Ergänzung

Zu unserem Artikel über das Strauß-Gutenberg-Tribunal in elan 3/71 erreichte uns eine ergänzende Bemerkung aus Bonn.

Mathias Jung mußte auf Grund seiner aktiven Teilnahme am Tribunal seinen Posten als Assistent des MdB Manfred Wende aufgeben. Jung hatte sich auf dem Tribunal für eine Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten ausgesprochen. Er sagte dazu in seiner Rede folgendes: „Wenn Willy Brandt heute die Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten leugnet, dann leugnet er die historischen Erfahrungen im anti-

faschistischen Kampf, Erfahrungen, die die großen Vertreter der Aktionseinheit, der Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid und der Kommunist Ernst Thälmann im Buchenwalder Konzentrationslager mit dem Leben bezahlen mußten.“

Und er schlußfolgert daraus: „Unser Kampf gegen das bundesdeutsche Rechtskartell, den hinter ihm stehenden militärisch-industriellen Komplex, gegen den reaktionären Hochschulblock ‚Bund Freiheit der Wissenschaften‘, unser Kampf aber auch gegen die amerikanische Aggression in Indochina, gegen die faschistischen Herren über Spanien und Griechenland, der Kampf um Volksdemokratie und Frieden endlich, kann nur ein Kampf der demokratischen Solidarität, der Aktionseinheit, sein.“

TAMARA THIEL, Bonn

Post aus der SU

Aus der Sowjetunion erreichte uns folgender Brief:

Heute habe ich zwei Hefte des elan bekommen. Sie sind sehr interessant. Ich danke für diese Hefte und möchte gern weitere erhalten. Sie geben mir viel Neues. Ich lese bis jetzt zwei Zeitungen, die UZ und die Marxistischen Blätter, doch elan ist am interessantesten. Ich wünsche viel Erfolg.

ANTANAS SARAPAS, Leningrad

Völlig ohne Sex?

Aus Hamburg erhielten wir eine Abbestellung mit folgender Begründung:

Ich finde es sehr schade, daß auch „elan“ jetzt versucht, auf der allgemeinen Sex-Welle mitzureiten. Denn wenn irgendwelche elan-Leser das wünschen, können sie ja gleich „konkret“ kaufen. Wie gesagt, es ist sehr schade. Denn irgendwie war ich doch sehr froh, daß gerade „elan“ als einzige vernünftige Jugendzeitschrift bisher völlig ohne Sex auskam.

SUSANNE M., Hamburg

Aktion 18

Im November 1970 berichteten wir über die „Aktion 18“. Jetzt schrieb uns diese Gruppe einen Brief.

Die „Aktion 18“ macht weiter. Anlässlich der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz hat sich eine

Gruppe junger progressiver Demokraten zusammengeschlossen, um Ihre Interessen, die Interessen der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend zu vertreten und klar darzulegen. Nach der Fahrpreis-Aktion und den vielen anderen Aktionen, von denen ihr ja sicher gehört habt, haben wir uns entschlossen, die DKP als einzige Partei aktiv zu unterstützen, da sie tatsächlich für die Interessen der Jugend eintritt.

Wir unterstützen die DKP in allen Aktionen, in denen unsere Forderungen vertreten werden. Was wir tun? Zum Beispiel gaben wir eine Zeitung für Berufsschüler heraus, die großen Anklang fand und sehr erfolgreich war. Das gleiche wünschen wir uns auch in unserem gemeinsamen Kampf „Arbeiterjugend kontra Monopole“!

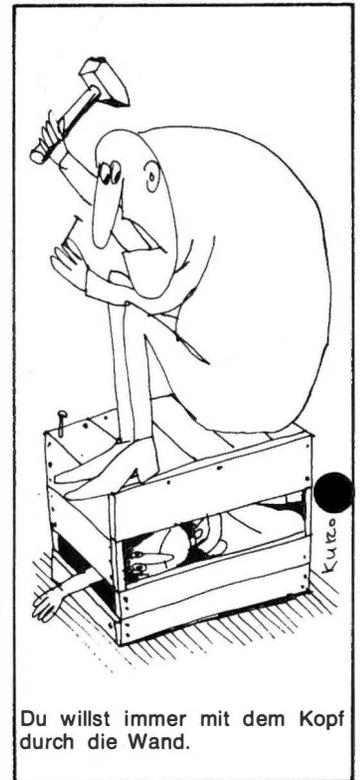
AKTION 18, Ludwigshafen

An Redaktion "elan"
46 Dortmund
Brüderweg 16

Leserbriefe können oftmals leider nur gekürzt veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis. Die Briefe erscheinen nicht unter Verantwortung der Redaktion.

PS.
Betrifft:
Briefkontakte

Liebe Leser!
Schreibt uns Eure Adresswünsche. Wir werden Euch gerne Anschriften aus den verschiedenen Ländern übersenden.



Du willst immer mit dem Kopf durch die Wand.

Offener Brief

In einer Fernsehsendung sagte der Wehrbeauftragte Schultz: „Die Identifikation mit Lenin läßt sich mit dem Grundgesetz schlecht vereinbaren.“ Darauf antwortete ihm ein Soldat der Bundeswehr in einem Offenen Brief. Darin heißt es u. a.:

Angeht die tatsächlichen Vorgänge in der Bundeswehr beweist diese Äußerung, daß Sie die

Machenschaften von Rechts gegen die Demokratie und gegen den Frieden zumindest weit unterschätzen. Es gibt unzählige Beispiele, daß demokratische Soldaten, unter ihnen vor allem die von „Soldat 70“, wegen ihres mühen Eintretens für Frieden und Verständigung und gegen die Militaristen und Neonazis mit Arrest, Ausgangssperre, Geldbuße und Verweisen bestraft worden sind.

Dagegen dürfen Offiziere u. Vorgesetzte der Bundeswehr strafrei ihre Aktivitäten im Sinne der NPD und „Aktion Widerstand“ entfalten, indem sie z. B. in Uniform an den nationalistischen und antidemokratischen Veranstaltungen der NPD, der „Vertriebenenverbände“ und der DJO teilnehmen. Es erscheint ihnen, Herr Schultz, nicht einmal erwähnenswert, daß der Angestellte im Bundesverteidigungsministerium, Werner Wolf, Kreisvorsitzender der NPD und Mitglied einer faschistischen Terrorbande ist. Von dort gingen schon immer die Angriffe auf die Demokratie aus.

Ein besonders klares Beispiel dafür, daß in der Bundeswehr massiv Hetze gerade gegen diejenige Politik der Bundesregierung betrieben wird, die ein Ansatzpunkt für Frieden und Verständigung ist, erlebte ich in meinem Bataillon, dem „schweren Fernmeldebetriebsbataillon 920“ in Kastellaun: die Kompaniechefs bzw. der Kommandeur gaben Dr. Reuter, einem Professor aus Dulsburg, die Möglichkeit, in Form eines Vortrags im Rahmen der „Aktuellen Information“ seine Hetzparolen gegen eine friedliche Politik loszulassen. Er diffamierte in der primitiven antikomunistischen NPD-Manier sowohl die jetzige Bundesregierung als auch unsere sozialistischen Nachbarstaaten.

Wir jungen Leninisten setzten uns konsequent für die Interessen und Rechte der Jugend ein. Die Jugendlichen, die heute in den Betrieben, Schulen und Universitäten für ihre Mitbestimmungsrechte kämpfen, werden dies auch in den Kasernen tun. Die Bewegung „Soldat 70“ findet immer breitere Unterstützung unter den Wehrpflichtigen – ein Beweis dafür, daß sich die Jugend nicht mehr mit der Phrase „Demokratie“ abspesen läßt, ihr geht es vielmehr darum, die Demokratie auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen.

Sich zu den Ideen Lenins zu bekennen, heißt, am entschiedensten für Frieden und Demokratie einzustehen.

Mit Ihrer Äußerung, Herr Schultz, haben Sie nur den Feinden der Demokratie und des Friedens gedient.

FRED HERGER, Kastellaun

Raumprobleme

So manche Jugendgruppe hat Schwierigkeiten, einen geeigneten Raum zu bekommen, so auch die SDAJ-Gruppe Hanau. Hier veröffentlichen wir einen Brief dieser Gruppe an den Hanauer Bürgermeister.

Wir können nicht verstehen, daß die Stadt Hanau uns keine Ausweichmöglichkeit zuweisen konnte, so daß wir nach wie vor uns in ungeeigneten Gaststätten treffen müssen.

Außerdem beantragten wir einen Raum, den wir nach unseren Vorstellungen ausgestalten können. Eine Rücksprache mit dem Hausmeister hat ergeben, daß dies leider nicht möglich ist, da uns ein Raum zur Verfügung gestellt werden soll, den wir nur zur Hälfte benutzen können. Also kein für die Jugendarbeit geeigneter Raum.

Da wir der Meinung sind, daß dieses Problem nicht nur unsere Gruppe betrifft, sondern auch für die Öffentlichkeit von Interesse ist, haben wir dieses Schreiben der Presse übergeben.

I. A. GÜNTER ROST, Hanau

Soldat 70

Im letzten Heft berichteten wir über neue Maßnahmen gegen „Soldat 70“.

Auf einer öffentlichen Veranstaltung hielt der Soldat Rüdiger Raguse eine Rede, in der er u. a. die Zustände bei der Bundeswehr kritisierte, allerdings trug Rüdiger Uniform. Nach seiner Rede sollte er verhaftet werden. Müssen wir uns das gefallen lassen?

Wir wünschen Rüdiger Raguse und allen anderen viel Erfolg. Gefreiter G. WATERMANN und Gefreiter W. WALKOWIAK, Oberbexbach

Wir protestieren gegen die erneute Inhaftierung von Wolfgang Hoffmann und fordern freie Diskussion der Studie „Soldat 70“ innerhalb und außerhalb der Bundeswehr.

Peter Schütt, Gerd Sowka, Edith Rabassede, Klaus Tschellesnig, Gerhard Müller, Liselotte Rauner, Erasmus Schöfer, Regina Korn, Anne-Marie Fablan, Harald Schmid, Gerd Hergen Lübben, Gabriele Herrmann, Marianne Rätzsch, Anneliese Althoff, Anne-Marie Stern.

Die Deutsche Jugend des Ostens bleibt auf ihrem alten Kurs. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung, die Klaus Engel (Stuttgart), Jens Flegel (Hamburg), Elvira Högemann-Ledwohn (München), Marianne Oldehoff (Bremen) und Ulrich Sander (Dortmund) vorgelegt haben.

Wer sich über die DJO informieren will, sollte diese Broschüre lesen.

18 Selten, 0,50 DM

Bestellungen bitte an:

Ulrich Sander,
46 Dortmund-Scharnhorst,
Schumpeterweg 4

„DJO“
**WEITER IM
ALTEN
MARSCH
TRITT**

Die Deutsche Jugend des Ostens
nach ihrem Bundesjugendtag 1971
Eine Analyse von Elvira Högemann-Ledwohn

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen:
Prospekte bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow
Reisedienst
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,
Tel.: 2 29 96 66



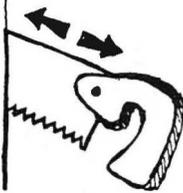
„**Abonnenten
haben's besser**“

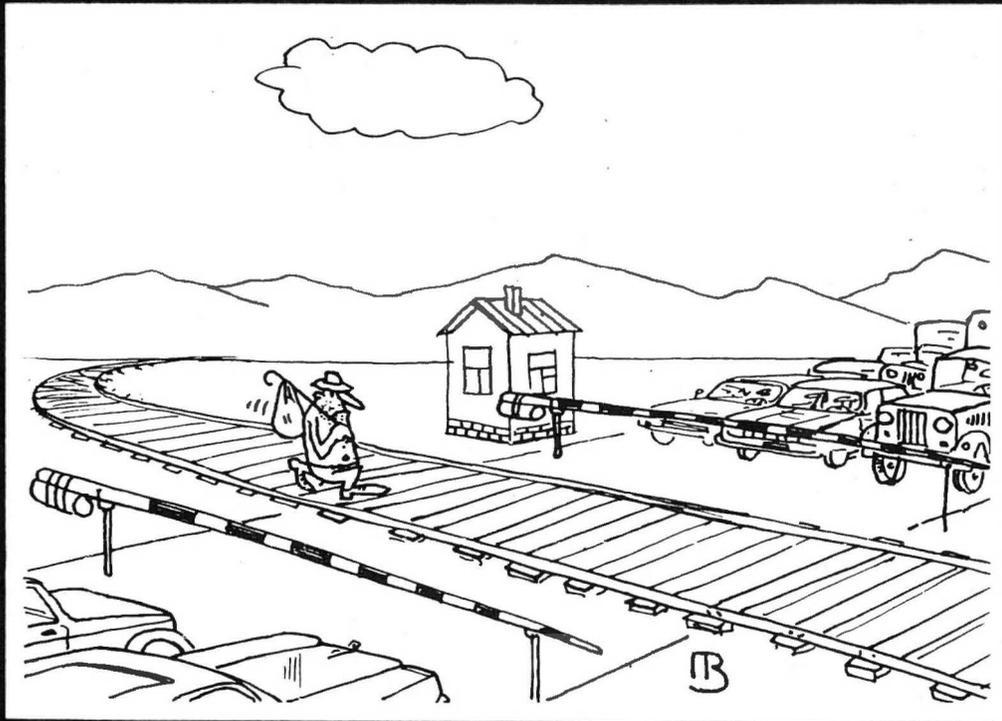
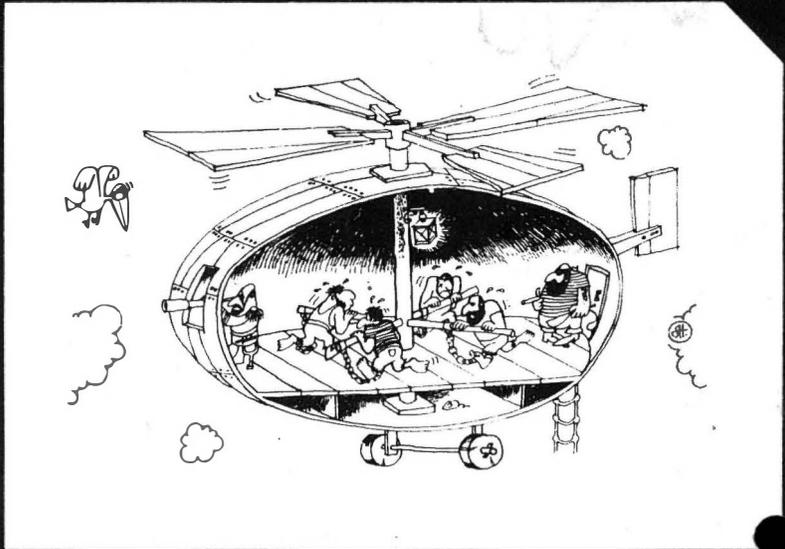
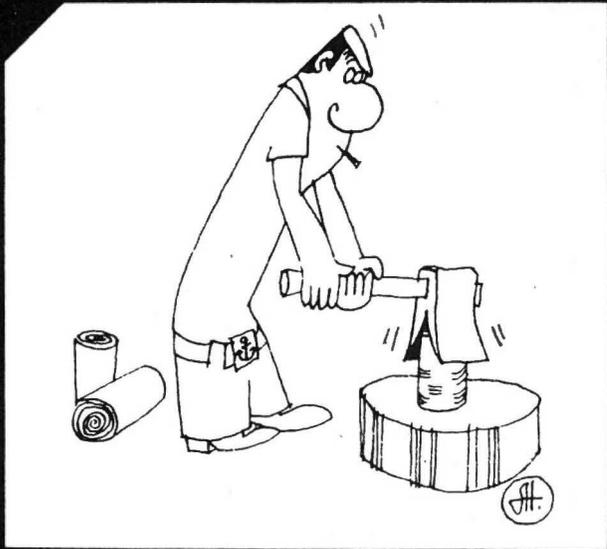
Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
elan.
(Jahresabonnement 13 DM einschließlich
Zustellgebühr)

(Unterschrift)

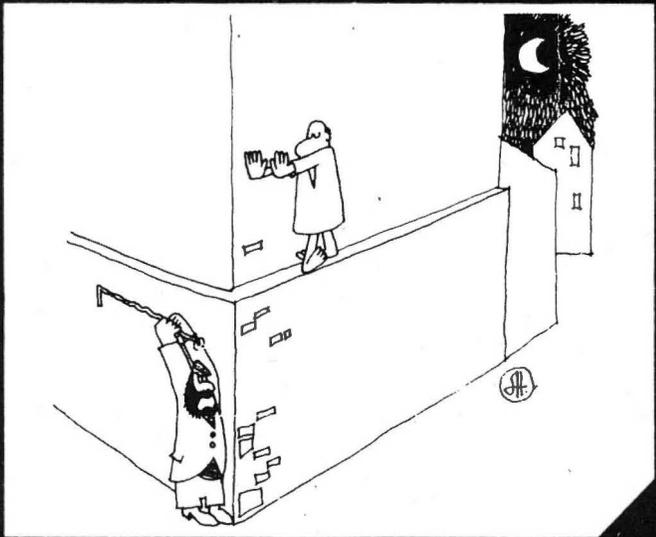
(Anschrift)

... und dann
entsenden an:
Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16





O.W.
(OHNE WORTE)
O.W.



R

wie
Rolnikaité

Maria Rolnikaité
Ausweiskontrolle!

Roman aus dem Russischen
Von Hans-Joachim Grimm
264 Seiten · Leinen 6,20 M

Ein heimliches Rendezvous wird für zwei junge Menschen im besetzten Vilnius zum tragischen Verhängnis. Eine Streife verschleppt das naive, katholisch-gläubige Mädchen Irena in ein deutsches Offiziersbordell. Von dort entweichen, haust sie fortan in Verstecken, jede Sekunde in Angst um ihr Leben. Aber das immerwährende Grauen härtet sie ab, öffnet ihr Herz für fremdes, noch schwereres Leid. Tagtäglich setzt sie ihr Leben aufs Spiel, um verfolgten Juden zu helfen. Da fällt sie der Gestapo in die Hände, und ihr tritt Algis entgegen, der einstige Freund, nunmehr willfähriges Werkzeug der Nazis, fähig zu Mißhandlungen und Notzucht. Viele Jahre nach dem Krieg, bei der dritten Begegnung, will sich Algis von jeglicher Schuld reinwaschen.

Konstantin Simonow
Die Lebenden und die Toten

Roman aus dem Russischen
528 Seiten · Leinen 9,80 M

„Die Lebenden und die Toten‘ ist ein wirkliches Kriegsbuch. Wahrscheinlich ist es das beste von allen über den zweiten Weltkrieg und wohl auch eines der wirksamsten gegen den Krieg.“
Neues Deutschland, Berlin

„Simonow ist durch seine Kriegsromane weltbekannt geworden. Der Krieg ist gesehen mit den Augen eines Zeitgenossen. Mit schonungsloser Offenheit spricht Simonow über die schweren Jahre und Monate, die im Weltgeschehen unauflöslich sind.“
Tagesanzeiger, Zürich

„Simonow zeigt die Tragik, die Schwäche, die Kraft, die Verzweiflung – und den unerschütterlichen Glauben seiner Helden. Das ist die ungeheure Dramatik dieser Romanchronik.“
Tagebuch, Wien

Konstantin Simonow
Man wird nicht als Soldat geboren

Roman aus dem Russischen
712 Seiten · Leinen 12,60 M

Die Fortsetzung des Romans „Die Lebenden und die Toten“ umspannt den Zeitraum der ersten drei Monate des Jahres 1943. Die bekannten Figuren – Serpilin, Sinzow, Tanja, Artemjew – bestimmen weiterhin die Handlung. Zu den Höhepunkten des Romans gehört ein äußerst aufschlußreiches, fiktives Gespräch mit Stalin. Dieser „Kriegsroman ohne Schlachtenbilder“, wie er genannt wurde, vergegenständlicht die Tragik des Kriegsalltags, indem er Raum läßt für die intimsten Gedanken und Empfindungen seiner Helden. Damit beschreitet Simonow einen künstlerischen Weg, der für das gewählte Thema ungewöhnlich ist.

B

Spitzentitel
aus dem
Hause
Volk und Welt

böhm electronic

weltmeister

NEUE TRANSISTOR-ORGELN DER SONDERKLASSE

T O 200/5 und T O 206
halten für Sie immer die richtige Klang-
farbe bereit

Vielseitige Variationsmöglichkeiten ge-
statten außergewöhnliche Klang-
kombinationen
Durch praktischen Auswahlschalter und
Mixturen – blitzschnelle Wahl zwischen
4 Klangfarben-Gruppen
Tonumfang: 8 Oktaven c – h –. Alle
Oktaven polyphon spielbar
Manualeilung zwischen h und c'
Vibrato, Frequenz und Amplitude –
einstellbar
Percussion, Abklingzeit einstellbar
Repeat-Percussion einstellbar
eingebauter Federhall, Nachhallzeit ein-
stellbar
4 Mixturen einblendbar

Lieferbar als Koffer- oder Heiminstrument



Exporteur:

Demusa GmbH,

DDR 9652 Klingenthal

Generalvertretung und Service für die
Bundesrepublik:

Helmut Schaller

8501 Feuch t / b. Nürnberg

11 Potmann

Dr. Wenzel-Verlag GmbH.

2835 Postf. B 1240